1979 — das Jahr, in dem die Tyrannen stürzten Seite 10 1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 51/52 vom 21. Dezember 1979 13. Jahrgang 1 DM

RUB Bochum
Inst. z. Gesch.
d. Arbeiterbew.
S2D 3476

Nach dem NATO-Beschluß über Atomraketen

Das Wettrüsten wird verschärft

Bonn: Rüstungshaushalt von 60 Mrd. Mark verabschiedet

In der vergangenen Woche fiel auf der NATO-Tagung in Brüssel der Beschluß über Bau und Stationierung von 572 amerikanischen Atomraketen in Westeuropa. Dieser Beschluß wurde von den Kriegs- und Außenministern der USA und der Bundesrepublik mit allen Mitteln des wirtschaftlichen und politischen Drucks durchgepeitscht.

Die NATO-Tagung war von massiven Protesten — vor allem in den kleineren Ländern des Pakts — begleitet. Als Ergebnis dieses breiten Widerstands zögerten die Regierungsvertreter aus Belgien, Dänemark, den Niederlanden und Norwegen bis zum Schluß, das Raketenprogramm voll mitzutragen. Vor allem wehrten sie sich dagegen, daß die amerikanischen Atomraketen in ihren Ländern stationiert werden. So bleiben jetzt als Stationierungsländer übrig: Britannien, Italien, und die Bundesrepublik.

Wobei nach dem Willen der Herren aus Washington und Bonn der größte Teil dieser Raketen auf dem Boden unseres Landes stehen soll.

Der Beschluß der NATO-Tagung trägt also dazu bei, die Bundesrepublik noch mehr in ein atomares Pulverfaß zu verwandeln. Und er gibt zudem den amerikanischen Imperialisten — die das alleinige Verfügungsrecht über die neuen Raketen haben werden — die Möglichkeit, vom Boden unseres Landes aus einen Atomkrieg gegen das östliche Lager zu führen.

Gekoppelt an den Beschluß von Brüssel war ein angebliches Abrüstungsangebot der NATO an den Warschauer Pakt. Dieses Angebot jedoch ist reine Augenwischerei, und nicht einmal die größten Kriegstreiber in der NATO gaben sich sonderliche Mühe, den Anschein von Abrüstungswillen zu erwecken. Ausgerechnet in der letzten Woche kündigte Carter ein neues gigantisches Rüstungsprogramm der USA für das nächste Jahr an, das 157 Milliarden Dollar umfassen soll. Es beinhaltet unter anderem die Modernisierung des gesamten strategischen Atompotentials, die Verstärkung der Truppen innerhalb der NATO und die Bildung von Eingreiftruppen außerhalb der NATO.

In der vergangenen Woche wurde auch in Bonn ein Rüstungshaushalt von nie dagewesener Höhe verabschiedet. Die realen Ausgaben für die Rüstung werden sich im Haushaltsjahr auf 60 Milliarden Mark belaufen. Das sind umgerechnet 1000 Mark auf jeden Bürger der Bundesrepublik.

In der DDR hat jetzt Honecker eine Verstärkung der Rüstungsausgaben angekündigt. Die anderen Länder des östlichen Kriegspakts werden folgen. So ist an der Schwelle der achtziger Jahre eine neue Stufe des Wettrüstens eingeläutet worden, durch die die Kriegsgefahr für die Völker Europas weiter wachsen wird.



Für Streik entschieden sich mit überwältigender Mehrheit die Beschäftigten an den Rundfunk- und Fernsehanstalten. 77,8 Prozent der Kollegen sprachen sich in der Urabstimmung dafür aus, daß am 19. Dezember an allen Funkhäusern die Arbeit von 20.00 bis 24.00 Uhr niedergelegt wird. Angesichts der massiven Einschüchterungsmaßnahmen der Intendanten und der Versuche der Massenmedien, den Warnstreik als illegal hinzustellen, ist dies ein hervorragendes Ergebnis. Die DGB-Gewerkschaft RFFU kämpft mit ihrer Aktion gegen die Zerschlagung des Norddeutschen Rundfunks durch die CDU/CSU (siehe auch den Kommentar auf Seite 2).

Lohnrunde 1980: scharfe Fronten

Unternehmer hetzen und drohen

FRANKFURT.— Ohne Rücksicht auf die innergewerkschaftliche Demokratie hat der IGM-Vorstand seine 10,5-Prozent-Richtlinie erlassen. Die gewerkschaftlichen Vertrauenskörper hatten höhere Forderungen aufgestellt. Den Unternehmerverbänden ist jedoch die Richtlinie des IGM-Vorstandes immer noch viel zu hoch.

Gesamtmetall-Chef Kirchner nannte die 10,5-Prozent-Marke „ein völlig falsches Signal, das uns schockiert". Gleichzeitig drohte er mit rücksichtslosem Einsatz der unternehmerischen Machtinstrumente in der Tarifrunde.

Man muß Kirchners Stellungnahme im Zusammenhang mit den unerhörten Äußerungen des Kapitalistenpräsidenten Esser sehen. Sollten die Gewerkschaften mit ihrem Kampf gegen die Aussperrung Erfolge erzielen — drohte Esser — müßten sie mit „Freiheitsbeschränkungen" rechnen.

Auch Bundesbank-Präsident Emminger stimmte in das Unternehmergeheule ein: Falls sich die Gewerkschaften nicht bereitfänden, „einigermaßen vernünftig abzuschließen", müßten noch mehr Arbeitsplätze vernichtet werden.

Gegen die skrupellose Konfrontationstaktik der Industrie- und Bankfürsten hilft nur eins: ein unversöhnlich geführter, offensiver Lohnkampf der Gewerkschaften.

Ein frohes, kämpferisches Neues Jahr...

...wünscht die Redaktion allen Lesern des „Roten Morgen". Die Kampfpositionen, die im vergehenden Jahr 1979 errungen wurden, sind nicht schlecht. 1979 war ein Jahr, in dem die Sache der Arbeiterklasse und der Revolution in unserem Land und in der Welt Fortschritte gemacht hat, ein Jahr, in dem unter dem Ansturm des Volkes solche verhaßten Despoten wie der persische Schah und der nicaraguanische Somoza stürzten.

In diesem Sinne in das nächste Jahrzehnt! Tragen wir unseren Teil dazu bei, daß die Schlinge um den Hals der Ausbeuter, Faschisten und Kriegshetzer wieder ein Stück enger und der Boden unter ihren Füßen noch schwankender wird.

Vorwärts im Kampf für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland!

Umweltverbrecher Hoechst durch Staatsvertrag geschützt

Offiziell darf Hoechst täglich 564 Tonnen giftiges Chlorid in den Main leiten. Darüber besteht ein „Gestattungsvertrag" mit dem Land Hessen. Inoffiziell darf der Chemie-Konzern noch zusätzlich giftige Abwässer in großen Mengen zwecks Schonung seiner Kläranlage um diese herum in den Main leiten. Die Vergiftung des Maines durch Hoechst läßt im Trinkwasser für rund eine Million Menschen den Krebstod lauern.

Aber der hessische Umweltminister Görlach meint, dagegen könne man nichts machen, schließlich stünden hier zu viele Arbeitsplätze auf dem Spiel. Es gab schon viele Umweltskandale um Hoechst.

Der Staat rührte bisher keinen Finger gegen den Konzern. 1969 krepierten Millionen Fische, weil Hoechst das Pflanzenschutzmittel Thiodan in den Main abgelassen hatte. Ermittlungen wurden gegen „Unbekannt" geführt und dann „ergebnislos" eingestellt. Für Konzernherren muß die Freiheit in diesem Land wohl grenzenlos sein...

„Von Stalin lernen heißt siegen lernen"

Großveranstaltung der KPD/ML zum Stalinjahr



Es spricht Ernst Aust, Vorsitzender des ZK der KPD/ML

Ort: Essen, „Saalbau", Huyssen-Alle (Nähe Hauptbahnhof)

Zeit: Freitag, 21.12., 20 Uhr (Einlaß 19 Uhr)

Übrigens: Auf der Veranstaltung wird erstmals der langerwartete Bildband „Zehn Jahre Kampf für ein vereintes,unabhängiges, sozialistisches Deutschland" verkauft. (Preis 25 Mark).

„Sofortiges Verbot der Grauen Wölfe!"

Kämpferische Demonstration in Köln

KÖLN.— Mehr als zweitausend Antifaschisten — die meisten von ihnen Kollegen und Genossen aus der Türkei — demonstrierten am vergangenen Samstag in einem machtvollen Zug durch die Kölner Innenstadt. Im Mittelpunkt ihrer Forderungen stand die nach einem Verbot der in der Bundesrepublik operierenden faschistischen Banden aus der Türkei, vor allem der berüchtigten Grauen Wölfe.

Anlaß für den Aufmarsch war der erste Jahrestag des Massakers von Maraş, einer Stadt in der östlichen Türkei. Dort hatten die faschistischen Terrorgruppen, an vorderster Stelle die Grauen Wölfe, ihr bislang brutalstes Blutbad unter den Werktätigen angerichtet. Über hundert Menschen sind diesem Massaker zum Opfer gefallen. In Sprechchören und auf Transparenten der kämpferischen Demonstration in Köln wurde darauf hingewiesen, daß die Mörder von Maraş und anderswo mit der Unterstützung des Bonner Staats in unserem Land Unterschlupf finden, wo sie ihr blutiges Handwerk gegen die bei uns lebenden Kollegen aus der Türkei fortsetzen.

Die Kölner Demonstration, zu der unsere türkische Bruderpartei und auch die KPD/ML aufgerufen hatten, war ein Zeichen der wachsenden antifaschistischen Kampfbereitschaft der Kollegen aus der Türkei. Auf vielen Transparenten wurde die Einheit der deutschen und ausländischen Arbeiter im Kampf gegen das westdeutsche Monopolkapital und seinen Staat hervorgehoben.



Kommentar

Der Streikbeschluß der RFFU-Gewerkschafter in den Rundfunkanstalten hat schlagartig ein sonst selten beachtetes düsteres Kapitel der bundesdeutschen Realität in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt: politische Streiks sind hierzulande verboten. Reaktion der bürgerlichen Öffentlichkeit auf den geplanten Warnstreik der RFFU macht dies wieder einmal deutlich. Nicht einmal dieser Proteststreik soll erlaubt sein. Im Sommer 1968, als die Koalition von CDU/CSU und SPD daran ging, die Not-

Weg mit dem Verbot politischer Streiks!

Ausgangspunkt für dieses Verbot ist der Artikel 9 des Grundgesetzes, der Streiks nur insofern für zulässig erklärt, als sie „auf die Förderung von Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen gerichtet sind".

Das Verbot von politischen Streiks ist übrigens nicht die einzige Beschränkung, der das Streikrecht in der Bundesrepublik und in Westberlin unterliegt. Auch wirtschaftliche Streiks sind nach unseren reaktionären Gesetzen keineswegs uneingeschränkt und in jeder Situation erlaubt.

Streiks für Forderungen, die Gegenstand tarifvertraglicher Regelungen sind, also für die Erhöhung der Tariflöhne, die Verkürzung der Arbeitszeit usw. sind solange nicht erlaubt, solange die Laufzeit des entsprechenden Tarifvertrages nicht abgelaufen ist. Das ist die sogenannte Friedenspflicht.

Und dieses stark beschnittene Recht auf wirtschaftliche Streiks wird auch noch dadurch ausgehöhlt, daß den Unternehmern das Recht zugestanden wird, mit dem brutalen Machtmittel der Aussperrung zurückzuschlagen.

Ferner zeigt sich die Tendenz, daß alle Streiks illegalisiert werden, die nicht von der arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsführung offiziell ausgerufen oder gebilligt sind. Bestimmte Teile der Lohnabhängigen, wie die Lehrlinge und die Beamten, sind vom Streikrecht völlig ausgeschlossen. Schließlich gibt es auch noch eine Reihe von Gesetzen, vor allem die Notstandsgesetze, die es der Regierung ermöglichen, das Streikrecht in Krisensituationen gänzlich außer Kraft zu setzen.

Das Verbot von politischen Streiks ist jedoch die einschneidendste Beschränkung. Es dient der Knebelung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. Die standsgesetze durch den Bundestag zu peitschen, zeigte sich in aller Schärfe, wie verhängnisvoll das Verbot von politischen Streiks ist.

Damals stemmte sich eine machtvolle demokratische Bewegung der Verabschiedung dieser Gesetze entgegen, die die Errichtung einer faschistischen Diktatur auf „legalem" Wege ermöglichen. Jedoch wurde schnell klar, daß allein mit Massendemonstrationen die Verabschiedung dieser Gesetze nicht zu verhindern war. Der Ruf nach einem Generalstreik wurde immer lauter. Von der DGB-Führung wurde jedoch mit dem Hinweis auf das Verbot von politischen Streiks abgewiegelt.

Auch jetzt, wo sich die Hetzer gegen den RFFU-Warnstreik auf das Verbot von politischen Streiks berufen, denkt die DGB-Führung nicht daran, eine Lanze für das Streikrecht zu brechen. Sie laviert vielmehr um diesen Punkt herum, indem sie so tut, als ginge es hier nur um die Erhaltung der Arbeitsplätze beim NDR.

Der Angriff der CDU/CSU auf das öffentlich rechtliche Rundfunksystem zielt letztlich auf die völlige Gleichschaltung der Massenmedien. Volksverdummung und -verhetzung à la *Bild* sollen wir als geistige Einheitskost schlucken. Das soll das Schmieröl sein für die Fahrt in eine Zukunft, in der uns eine „Krisenbewältigung" nach dem Rezept eines F.J. Strauß blüht.

Angesichts dieser Situation dürfen wir uns nicht länger mit dem sozialpolitischen Skandal abfinden, daß wir noch nicht einmal das Recht auf politische Streiks genießen, ein Recht, das in den meisten unserer Nachbarländer als Selbstverständlichkeit gilt. Kämpfen wir für die Forderungen:
Uneingeschränktes Streikrecht! Weg mit dem Verbot politischer Streiks!

Aus dem Inhalt

Eklat auf IGM-Vertreterversammlung in Bochum...... 4
Wie die DGB-Führung für das Verbot der Aussperrung „kämpft"............. 5
Die Stalinsche Sowjetunion — Demokratie und Wohlstand für die Werktätigen.. 6
„Grüne" wollen Senkung des Lebensstandards...... 7
Portugal: UDP steigerte ihre Stimmenzahl um 40 Prozent 8
Zu Gast auf einer Bauernversammlung........... 9
Einem „Roter-Rebell"-Verkäufer auf der Spur....... 11
Albanische Damenvolleyballmannschaft in Westdeutschland.................. 13
Erzählung: Das wunderbare Weihnachtsfest.......... 13
Maria, Josef und der heilige Geist.................. 14
Die Kinderseite.......... 15

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Aufruf der VOLKSFRONT an Demokraten und Antifaschisten

„Kämpft mit uns für eine antifaschistische Alternative zu Strauß"

KPD/ML unterstützt Aufbau und Wahlkampagne der VOLKSFRONT

Im Oktober hat sich auf Bundesebene die VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden gebildet. (Der RM berichtete darüber). Jetzt wandte sich die VOLKSFRONT mit einem Brief an verschiedene antifaschistische und demokratische Organisationen. Er enthält die Aufforderung, den gemeinsamen Widerstand gegen den Vormarsch der Reaktion in der VOLKSFRONT zu organisieren.

Unsere Partei hat in ihrer Antwort auf diesen Brief ihre Bereitschaft erklärt, sowohl den Aufbau der VOLKSFRONT als auch deren Teilnahme an der Bundestagswahl im nächsten Jahr zu unterstützen.

Nachfolgend im Wortlaut der Brief der VOLKSFRONT und die Antwort der KPD/ML.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Antifaschisten,
im Oktober haben Antifaschisten aus dem ganzen Bundesgebiet und aus Westberlin verschiedener Berufe — Arbeiter und Angestellte aus wichtigen Betrieben, aktive Gewerkschafter, Vertrauensleute und Betriebsräte, Bauern, Lehrer und Ärzte, Kulturschaffende, Schüler und Studierende, Aktivisten aus antifaschistischen Initiativen und Komitees gegen Reaktion und Faschismus — die VOLKSFRONT als bundesweite Organisation gegründet.

Wir haben die Initiative zur Schaffung einer breiten antifaschistischen-demokratischen Front in unserem Lande ergriffen, weil wir die politische Entwicklung wie viele Menschen in der Bundesrepublik mit großer Sorge verfolgen, und es für dringend erforderlich halten, dem zunehmend reaktionäreren und gefährlichen politischen Kurs, den die wirtschaftlich und politisch herrschenden und bestimmenden Kräfte steuern, in einer Front gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden entschlossen entgegenzutreten.

Der Aussperrungsterror der Unternehmer im letzten Jahr, brutale Polizeieinsätze gegen Antifaschisten und Atomkraftgegner, Naziprovokationen in vielen Städten, Berufsverbote und politischer Druck in den Betrieben und nicht zuletzt die Kanzlerkandidatur von F.J. Strauß sind deutliche Alarmzeichen für die Werktätigen, für jeden antifaschistisch und demokratisch gesinnten Menschen in unserem Land.

Es ist außer Zweifel, daß die Herren der Monopole und Banken und ihre politischen Schützlinge angesichts der Verschlechterung der Verhältnisse in unserem Lande und der sich für die 80er Jahre abzeichnenden Verschärfung der Krise, einen noch schärferen Kurs der politischen Unterdrückung und des Abbaus demokratischer Rechte nach innen und einer aggressiveren Politik nach außen einzuschlagen versuchen, und sich die faschistischen Tendenzen und die Gefahr einer politischen Entwicklung hin auf ein neues '33 verstärken werden.

Gegen diese Anzeichen und Erscheinungen wächst der Widerstand in unserem Volk. Wir meinen, daß es ein Gebot der Stunde ist, diesen in einer antifaschistischen Front des Volkes, in der VOLKSFRONT, zu organisieren, den Zusammenschluß aller antifaschistischen und demokratischen Menschen über die Grenzen weltanschaulicher, religiöser und parteipolitischer Orientierungen hinweg voranzutreiben. Wir rufen auch Eure Organisation und ihre Mitglieder auf: Schließen wir uns zusammen! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg! Für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden!

Helft mit, diese antifaschistische Front des Volkes zu schaffen und aufzubauen, damit unser Volk nicht noch einmal die bittere Erfahrung von Faschismus und Krieg machen muß, und wir nicht ein weiteres Mal sagen müssen, wir haben uns zu spät gewehrt.

Wir sind der Überzeugung, daß die Ziele und die Forderungen der VOLKSFRONT auch im Sinne Eurer Organisation und ihrer Mitglieder sind. Deshalb rufen wir Euch auf: Unterstützt die VOLKSFRONT, kämpft mit uns für eine schlagkräftige antifaschistische Alternative zu Strauß auch bei den Bundestagswahlen. Mit und in der VOLKSFRONT: Stoppt Strauß! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!

Wir sind gerne bereit, uns über diese Fragen mit Euch auseinanderzusetzen, weitere Informationen und Materialien über die Ziele der VOLKSFRONT zur Verfügung zu stellen.
Mit antifaschistischen Grüßen
Für den Zentralen Vorstand der VOLKSFRONT
Ulrich Leicht



Gegen den Naziparteitag der NPD in Ketsch demonstrierten am vorletzten Wochenende mehrere Tausend Antifaschisten. Unter den Organisationen, die dazu aufgerufen hatten, war auch die vor kurzem gegründete VOLKSFRONT, deren Block hier dem Polizeiaufgebot, das zum Schutz der Nazis angetreten waf, gegenübersteht. Gemeinsam gegen Reaktion, Faschismus und Krieg! — diese Losung der VOLKSFRONT war auch die Losung der zahlreichen Teilnehmer. die einen einigen Kamof forderten.

„Einen Beitrag zur Formierung einer Front gegen Reaktion und Faschismus leisten"

Antwort der KPD/ML

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir danken Euch für Euer Schreiben vom 27.11.79 und für die beiliegenden Materialien (Programm zur Bundestagswahl, Grundsätze, Satzung und Schiedsordnung der VOLKFRONT).

Wir stimmen mit Euch darin überein, daß die politische Entwicklung in der Bundesrepublik zu großer Sorge Anlaß gibt. Angesichts der zunehmenden Faschisierung von Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik hat deshalb zuletzt der IV. Parteitag der KPD/ML beschlossen, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Partei ist, zur Formierung einer starken Front gegen Reaktion und Faschismus beizutragen. In ihrem Aktionsprogramm ruft unsere Partei alle Antifaschisten und Demokraten auf: „Reiht Euch ein in die Front gegen Reaktion und Faschismus und Krieg! Helft mit, die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur zu verhindern."

In diesem Sinne haben wir bereits die vorbereitenden Aktivitäten Eurerseits zur Schaffung einer bundesweiten antifaschistisch-demokratischen Organisation mit großem Interesse verfolgt und auch aktiv unterstützt. Das Polit-Büro unserer Partei hat jetzt auf der Grundlage Eures Briefes und der uns zugesandten Materialien erneut gründlich über die VOLKSFRONT diskutiert und beschlossen, daß die KPD/ML sowohl den Aufbau der VOLKSFRONT als auch ihre Teilnahme an der Bundestagswahl unterstützen wird.

Wir begrüßen die Ausführungen in Euren Grundsätzen und die Forderungen in Eurem Wahlprogramm. Wie Ihr wißt, hat unsere Partei weitergehendere Ziele als Eure Organisation. Als Kommunisten meinen wir, daß endgültig nur der Sozialismus, die Errichtung der proletarischen Diktatur, Reaktion, Faschismus und Krieg zerschlagen kann. Unser Ziel ist ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Wir denken, daß diese unsere grundlegenden Ziele den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen entsprechen. Aber wir wissen natürlich auch, daß heute die meisten Antifaschisten, Demokraten und Gewerkschafter anders darüber denken.

Unsere Partei meint: Diese unterschiedlichen Auffassungen sind kein Hindernis für den gemeinsamen Kampf und dürfen es auch nicht sein. Das gilt unserer Ansicht nach auch für die kommende Bundestagswahl, die durch die Kanzlerkandidatur von F.J. Strauß eine besondere politische Bedeutung für die antifaschistisch-demokratische Bewegung gewinnt. Deshalb haben wir uns auch entschlossen, nicht nur den Aufbau der VOLKSFRONT, sondern auch ihre Teilnahme an der Bundestagswahl zu unterstützen. Denn wichtiger als die Kandidatur unserer eigenen Partei ist es uns, einen Beitrag zur Formierung einer starken, einheitlichen Front gegen Strauß, gegen Reaktion und Faschismus zu leisten. Und dazu, so meinen wir, ist eben notwendig, daß möglichst viele antifaschistisch-demokratische Kräfte in unserem Land über die Grenzen von Weltanschauung und Parteizugehörigkeit hinweg in und mit der VOLKSFRONT den Kampf führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir wünschen Euch abschließend viel Erfolg beim Aufbau Eurer Organisation und bei Eurem Kampf, der auch unser Kampf ist.

Stoppt Strauß! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!

Mit solidarischen Grüßen
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, Politbüro.

„Grüne“ wollen Senkung des Lebensstandards

Angriff auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen

Zum Programm der „Grünen“

Eine „grundlegende Alternative“ zu den Verhältnissen in der Bundesrepublik wollen die *Grünen* herbeiführen. Mit diesem Anspruch jedenfalls werden sie im kommenden Jahr bei der Bundestagswahl antreten. Es stellt sich dabei natürlich die Frage, was das denn für eine Alternative ist, die sie den Werktätigen in unserem Land anzubieten haben.

Im letzten RM haben wir die grundsätzlichen Positionen der *Grünen* dargestellt und kritisiert: Sie greifen einzelne Erscheinungen der gegenwärtigen tiefen Krise des Kapitalismus heraus (Umweltzerstörung, Gefahren durch den Bau von AKWs, „geistige und seelische Verkümmerung des Menschen“ usw.). Die *Grünen* isolieren jedoch diese Erscheinungen vollständig von ihrer Ursache, der kapitalistischen Produktionsweise. Stattdessen machen sie dafür „das ungehemmte wirtschaftliche Wachstum“ verantwortlich. In der Konsequenz stellen sie auch nicht — und sei es nur ansatzweise — das kapitalistische Profitsystem in Frage, sondern sie geben als Erlösung von allen Übeln den Wachstumsstop aus.

„Den Gürtel enger schnallen“

Was bedeutet diese Orientierung der *Grünen* konkret für den Kampf der Werktätigen gegen die Krisenlasten? Hören wir dazu den Programmentwurf, den Vertreter der *Grünen* gemeinsam mit Repräsentanten der *Bunten* und *Alternativen* erarbeitet haben. Darin heißt es: „Ein völliger Umbruch unseres kurzfristig orientierten wirtschaftlichen Zweckdenkens ist notwendig. Wir halten es für einen Irrtum, daß die jetzige Verschwendungswirtschaft noch das Glück und die Lebenserfüllung fördere; im Gegenteil, die Menschen werden immer gehetzter und unfreier. Erst in dem Maße, wie wir uns von der Überschätzung des materiellen Lebensstandards freimachen, wie wir wieder die Selbstverwirklichung ermöglichen und uns wieder auf die Grenzen unserer Natur besinnen, werden auch die schöpferischen Kräfte frei werden für die Neugestaltung eines Lebens auf ökologischer Basis.“

In diesen wenigen Zeilen offenbart sich der ganze Zweck all der Theorien über die „Grenzen des Wachstums“, all der Forderungen danach, das wirtschaftliche Wachstum zu begrenzen oder einzufrieren. Wir hatten ja schon in unserer letzten Ausgabe festgestellt, daß solche Forderungen, an die Kapitalisten — die Herren der Produktion — gestellt, völlig illusorisch und lächerlich sind. Jetzt sieht man, daß es darum den *Grünen* und ihrem Anhang auch gar nicht geht.

Denn nicht die Kapitalisten sind hier angesprochen, sondern **wir**, die Werktätigen. Wir sollen gefälligst unser „wirtschaftliches Zweckdenken“ ändern. Von uns wird erwartet, daß wir uns „von der Überschätzung des materiellen Lebensstandards freimachen.“ Was sollen wir also tun? Keine Forderungen stellen, im Gegenteil eine **Senkung** des Lebensstandards hinnehmen — mit einem Wort: den Gürtel enger schnallen. Und das soll dann die versprochene „grundlegende Alternative“ sein? Man schlage doch nur einmal eine beliebige Zeitung auf oder höre in irgendeine Nachrichtensendung hinein. Was die *Grünen* uns hier als Alternative andienen wollen, ist exakt das gleiche, was die Unternehmerverbände, die Herren von Regierung und Opposition seit Jahr und Tag von uns verlangen: maßhalten, auch mit weniger zufrieden zu sein.

Feinde der Arbeiterbewegung

In dem gleichen Programmentwurf, der diesen unverschämten Angriff auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen formuliert, kann man auch lesen, die *Grünen* (und die Mitautoren aus dem *bunt/alternativen* Lager) fühlten sich verbunden mit der Arbeiterbewegung. Welch ein Hohn angesichts der Tatsache, daß diese Leute die Sparappelle des Kapitals und seiner Politiker nachplappern. Darüber, daß sie mit der Arbeiterbewegung nicht das geringst zu tun haben, daß sie grundsätzlich im Lager der Bourgeoisie stehen, darüber können auch einige Forderungen im „sozialen“ Teil ihres Programms nicht hinwegtäuschen, die auf den ersten Blick einige Ähnlichkeit mit den von der Arbeiterbewegung erhobenen Forderungen haben.

Da heißt es: „Deshalb treten wir gemeinsam für eine Verkürzung der Arbeitszeit und für humane Arbeitsbedingungen ein.“ Es sei aber daran erinnert, daß die *Grünen* und ihr Anhang die Frage der Arbeitszeitverkürzung und der Arbeitsbedingungen ja vor dem Hintergrund ihrer Forderungen nach einer Einschränkung des materiellen Lebensstandards der Werktätigen aufwerfen. Und da liegt der Hase im Pfeffer. Die Arbeiterbewegung nämlich kämpft bekanntlich für die Sicherung bzw. den Ausbau des sozialen Besitzstandes (vor allem durch Lohnerhöhungen) **und** für eine kürzere Arbeitszeit, bzw. überhaupt für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Das drückt sich konkret beispielsweise in der Forderung nach der 35-Stunden-Woche **bei vollem Lohnausgleich** aus. Die *Grünen* treten dagegen **nur** für eine Arbeitszeitverkürzung ein, ohne jeden Ausgleich.

Solch ein Programm jedoch ist frontal gegen die Arbeiterbewegung gerichtet. Denn worauf läuft es hinaus? Auf eine unbezahlte Kurzarbeit. Und so etwas haben sich die Kapitalisten ja schon immer gewünscht.

Durch Verzicht mehr „Lebensqualität“?

An dieser Stelle sei auch erwähnt, wie die *Grünen* ihre arbeiterfeindlichen Forderungen nach Verzicht begründen. Sie machen folgende Rechnung auf: Die Werktätigen sollen auf einen Teil ihres **quantitativen** Besitzstands verzichten (also niedrigere Löhne und damit ein Sinken der Kaufkraft hinnehmen). Dafür könnten sie dann eine **qualitative** Verbesserung ihrer Lebenslage erreichen (eben die kürzere Arbeitszeit, aber auch mehr Bildung, saubere Luft, die „Selbstverwirklichung“ und dergleichen mehr.) Um diese Rechnung schmackhaft zu machen, tischen die *Grünen* das alte bürgerliche Märchen von der „Überfluß-, Verschwendungs- oder Konsumgesellschaft“ auf, ein Märchen, dessen reaktionäre Moral lautet: Den arbeitenden Menschen geht es viel zu gut, sie können sich ruhig etwas einschränken.

Solche Märchen werden tagtäglich von der gesellschaftlichen Wirklichkeit in unserem Land entlarvt. Es zeigt sich doch immer deutlicher, daß sich der Überfluß nur auf einer Seite anhäuft. Bei der Bourgeoisie nämlich, die immer größere Reichtümer an sich rafft, Reichtümer, die von den Werktätigen geschaffen wurden. **Dieser** Überfluß allerdings wird von den *Grünen* nicht in Frage gestellt. Einschränken sollen sich nur die Werktätigen. **Insofern läuft das reaktionäre Programm der *Grünen* darauf hinaus, daß die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden.**

Aber wenden wir uns der anderen Seite der erwähnten Rechnung zu, die von den *Grünen* aufgemacht wird. Können sich die Werktätigen durch materiellen Verzicht tatsächlich eine Verbesserung ihrer qualitativen Lebensbedingungen einhandeln? Zunächst einmal: so neu, wie sie vielleicht scheint, ist diese Rechnung nicht. Schon vor zehn Jahren ist ja bei ihrem Machtantritt in Bonn die Sozialdemokratie mit ähnlichen Versprechungen aufgetreten. Auch damals wurde die Verbesserung der „Lebensqualität“ in Aussicht gestellt. In dieser zentralen Parole der Brandt-Regierung war schon all das enthalten, was heute auch die *Grünen* in diesen Begriff hineinpacken — von der humanen Arbeitswelt bis zum blauen Himmel über der Ruhr. Und auch damals schon waren diese Versprechungen daran geknüpft, daß zu ihrer Verwirklichung die Werktätigen auch bereit sein müßten, Opfer zu bringen.

Was ist daraus geworden? Die Opfer wurden — allerdings unfreiwillig — gebracht. Man braucht nur an die Serie von niedrigen Lohnabschlüssen zu denken. Und sonst? Humane Arbeitswelt? Sauberer Himmel? Fehlanzeige. Arbeitsintensität und Rationalisierung in den Betrieben sind unerträglich verschärft worden. Das Arbeitslosenheer ist gewaltig gewachsen. Himmel und Flüsse sind noch schmutziger geworden usw. Und woran liegt das?

Das liegt an der Tatsache, die von den *Grünen* und ihrem Anhang so hartnäckig geleugnet wird: an der Tatsache nämlich, daß wir in einer Gesellschaft leben, die vom kapitalistischen Profitgesetz bestimmt wird. Die Bourgeoisie und ihre jeweiligen Regierungen denken nicht im Traum daran, auf Kosten des Profits freiwillig die „Lebensqualität“ der Werktätigen zu verbessern. **Jedes einzelne Zugeständnis muß ihnen im unversöhnlichen Klassenkampf abgerungen werden. Das gilt für die Arbeitszeitverkürzung (man denke nur an den harten Stahlarbeiterstreik im letzten Winter), das gilt für den Erhalt jedes einzelnen Arbeitsplatzes oder auch für den Bau einer Kläranlage, die industrielle Abwässer filtert.**

Die *Grünen* und ihr Anhang jedoch stellen sich gegen den Klassenkampf, sie wollen uns erzählen, durch Verzicht auf materiellen Besitzstand würde sich automatisch auch unsere „Lebensqualität“ verbessern. Ja, sie behaupten sogar, wie in dem oben angeführten Programmentwurf, materieller Verzicht würde uns Werktätigen „die Selbstverwirklichung ermöglichen“. Man fühlt sich an die allerdümmste religiöse Propaganda erinnert: durch Demut, Verzicht und Bescheidenheit auf dem geraden Weg ins Paradies!

Wer aber solche Selbstverwirklichung versteht als die Möglichkeit zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit und seiner Fähigkeiten, der muß sich sagen lassen: Eine solche Selbstverwirklichung ist nur dann möglich, wenn die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist. Sich eine solche Selbstverwirklichung erkämpfen, heißt mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei den Kampf für den Sozialismus aufnehmen.

Das Programm der *Grünen* ist also nicht nur in seinem allgemeinen Charakter, sondern auch in seinen konkreten Ausführungen reaktionär, ein Programm der kapitalistischen Krisenbewältigung auf dem Rükken der Werktätigen. Man könnte in den verschiedenen Materialien der *Grünen* oder auch in ihrer Praxis noch unzählige weitere (und oft auch noch krassere) Beispiele finden, die diesen reaktionären Charakter belegen. Wir haben uns bei den hier angeführten Äußerungen ausdrücklich auf den Offenbacher Programmentwurf beschränkt, weil an ihm — wie gesagt — auch Vertreter von *Bunten* und *Alternativen* Listen mitgearbeitet haben und so gezeigt werden kann, daß auch diese Gruppierungen die arbeiterfeindliche Stoßrichtung der *grünen* Bewegung mittragen.

In diesem Zusammenhang eine notwendige Anmerkung: Natürlich wollen wir hier nicht jeden Einzelnen, der in irgendeiner Form bei dieser Bewegung mitmacht, umstandslos dem Lager der Reaktion zuschlagen. Unsere Kritik zielt auf die politischen Grundlagen der Bewegung und deren aktive Vertreter. Wir wissen sehr wohl, daß es im *grün/bunt/alternativen* Dunstkreis auch Menschen gibt, die ihren Feind im Kapital sehen und auch bereit sind, gegen diesen Feind zu kämpfen. Allerdings müssen gerade sie sich fragen lassen, wo denn ihr Platz ist, bei den *Grünen* oder an der Seite der revolutionären Arbeiterbewegung.

Die *Grünen* und die Arbeiterbewegung

Es liegt auf der Hand, daß die *Grünen* und ihr Anhang der Arbeiterbewegung, auf die sie sich auch noch berufen, schweren Schaden zufügen. Und das nicht, weil sie, wie dargestellt, sich weitgehend auf ein Programm geeinigt haben, das ein einziger Angriff auf den sozialen Besitzstand der werktätigen Massen ist. Es gibt in diesem Zusammenhang noch einen anderen schwerwiegenden Faktor. Wie die letzten Wahlen zu kommunalen oder Landesparlamenten gezeigt haben, verfügt der *grün/bunt/alternative* Sumpf durchaus über einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf Teile der Jugend, der Intelligenz und anderer Schichten. Wobei dieser Einfluß nicht zuletzt daher rührt, daß es diese Bewegung verstanden hat, sich ungeachtet ihrer wirklichen Grundlagen einen fortschrittlichen Anstrich zu geben.

Wozu aber benutzen die *Grünen* usw. diesen Einfluß? Zum einen dazu, daß sie die erwähnten Schichten grundsätzlich von der Arbeiterbewegung isolieren, an deren Seite ihr Platz objektiv ist. Mit der Wachstums-Ideologie versuchen die *Grünen* diesen Schichten die Perspektive auf den Sozialismus zu verbauen und sie in eine allgemeine Gegnerschaft zur Produktionssteigerung oder zu „der Technik“ zu bringen. Das bedeutet aber auch, daß die *Grünen* ebenso im Tageskampf die Arbeiterklasse und die von ihnen beeinflußten Schichten spalten. Wir haben das hier an der zentralen Frage des Kampfes um den materiellen Besitzstand der Werktätigen dargestellt. Jeder kann sich ausmalen, was es bedeuten würde, wenn große Teile der Jugend oder der kleinbürgerlichen Intelligenz unter dem Kommando der *Grünen, Bunten* und *Alternativen* statt gemeinsam mit der Arbeiterklasse die Angriffe der Bourgeoisie auf den Lebensstandard zurückschlagen — gegen die Lohnerhöhungen der Arbeiter und kleinen Angestellten auftreten würden.

Wie eine solche gefährliche Spaltung funktioniert, kann man jetzt schon beobachten. Zum Beispiel in der Energiefrage. Eine der wichtigsten Forderungen der Arbeiterbewegung, auf deren Grundlage sich **alle** Werktätigen zusammenschließen können, ist die nach der Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis unter Ausschluß der Energiemultis. Aus den Reihen der *bunt/grün/alternativen* Bewegung wird jedoch ein Kampf **gegen** den Ausbau der Kohleförderung, **gegen** die Errichtung von Kohlekraftwerken usw. geführt.

Genauso ist es oft auch in Fragen des Umweltschutzes. Natürlich ist die Arbeiterklasse an einem solchen Schutz interessiert. Denn schließlich ist sie das erste Opfer der Vergiftung innerhalb und außerhalb des Betriebs (eine Tatsache übrigens, die von den *Grünen* usw. auch oft geleugnet wird. Diese Leute tun so, als sei die Umweltzerstörung ein sozusagen klassenneutrales Problem für alle Menschen, einschließlich der Unternehmer, die in ihren Villen im Grünen sitzen).

Der Kampf für eine saubere Umwelt liegt also im Interesse der Arbeiterklasse, er wird auch nicht erst heute (wo ihn die *Grünen* „entdeckt“ haben) geführt. Wogegen richtet sich ein solcher Kampf? Natürlich gegen die Verschmutzer, die Kapitalisten. Und es gibt auch genügend Beispiele dafür, daß sie durch einen entschiedenen Kampf gezwungen wurden, Vorrichtungen zur Reinigung der Luft oder ähnliches anbringen zu lassen. Unter dem Druck der werktätigen Bevölkerung sind auch gesetzliche Auflagen zur Reinigung von industriellen Schadstoffen verabschiedet worden. (Wobei diese Auflagen jedoch einerseits längst nicht ausreichend sind und auch keine wirkliche Bestrafung bei ihrer Umgehung durch die Kapitalisten erfolgt. Und andererseits generell Reinigungsanlagen auch nicht von den kapitalistischen Umweltverschmutzern bezahlt, sondern aus unseren Steuergeldern finanziert werden.)

Gerade an diesen Dingen muß ein verstärkter Kampf für den Umweltschutz ansetzen. Die *Grünen* und ihr Anhang gehen jedoch auch hier in eine völlig andere Richtung. Statt also etwa wirkliche Auflagen gegen die Verschmutzung, Übernahme aller Kosten durch die Unternehmer selbst und strenge Bestrafung der Umweltverbrecher zu fordern, schreiben sie nur zu oft die Schließung von ganzen Betrieben auf ihr Panier. Oder sie setzen alles in Bewegung, um geplante Industrieansiedlungen zu verhindern. **Das aber ist nichts anderes als ein Kampf gegen Arbeitsplätze.** Wo dann die entlassenen Kollegen bleiben würden? Das kümmert doch einen echten *Grünen* nicht. Sollen doch die Arbeiter sich erst mal von der „Überschätzung des materiellen Lebensstandards freimachen!“

Und wenn es dann noch so ist, daß sich er *bunt/grün/alternative* Sumpf „links“ gebärdet, bietet solch eine Politik der Bourgeoisie natürlich jede Menge Propaganda frei Haus. Dann kann ordentlich gehetzt werden, daß die „Linken“ den Kollegen ihre Arbeitsplätze wegnehmen wollen. Und angesichts der Tatsache, daß bei diesem Sumpf auch Gruppen mitmischen, die sich Kommunisten nennen (KB oder GRF), ergibt sich auch noch die Gelegenheit, Kommunisten als Arbeitsplatzkiller zu verteufeln.

So zeigt sich also, daß die *grüne* Bewegung und ihr Anhang in jeder Hinsicht von der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse gebraucht werden kann. Wie man es auch dreht und wendet, man wird nichts Fortschrittliches an ihr finden.



1978: Metaller kämpfen für mehr Lohn. Wenn es nach den „Grünen“ ginge, hätten sie besser den Gürtel enger geschnallt!

Eklat auf der IGM-Vertreterversammlung

Diskussion über Tarifrunde niedergebügelt

Kollegen fordern Rücktritt des 1. Bevollmächtigten F. Wirtz

BOCHUM. — Am Mittwoch, den 12. Dezember, also fünf Tage vor der Sitzung der Großen Tarifkommission, trat die Bochumer Vertreterversammlung der IG Metall zusammen. Zur Verblüffung der Kollegen hatte die Ortsverwaltung den Tagesordnungspunkt Tarifrunde nicht vorgesehen. Als dann die Vertreterversammlung auch noch einem Initiativantrag der IGM-Vertreter von Opel die Anerkennung verweigerte, kam es zum Eklat.

Schon zu Beginn der Versammlung wurde darüber abgestimmt, die Tagesordnung zugunsten der Diskussion über die Tarifrunde zu ändern. Der 1. Bevollmächtigte Wirtz nahm scharf dagegen Stellung. Offensichtlich fürchtete er einen Rüffel des IGM-Vorstandes, denn es war zu erwarten, daß die Vertreterversammlung sich keineswegs an die „Forderungsempfehlung" von höchstens 10,5 Prozent der IGM-Führer halten würde.

Und so kam es dann auch. Die IGM-Vertreter von Opel brachten einen Initiativantrag zur Tarifrunde ein, der auf den Tarifbeschlüssen des Vertrauensleutekörpers von Opel basierte und von 50 IGM-Vertretern durch Unterschrift unterstützt wurde. Der Antrag fordert 14 Prozent, mindestens aber 220 Mark Lohn- und Gehaltssteigerung.

Wiederum ergriff Fritz Wirtz das Wort und empfahl die Ablehnung des Antrags. In der Abstimmung sprachen sich jedoch nur fünf Vertreter gegen den Antrag aus.

Da zog der Versammlungsleiter seinen letzten Trumpf aus dem Ärmel und erklärte die Abstimmung unter fadenscheinigen Vorwänden für ungültig. Voller Empörung verließ die Mehrheit der IGM-Vertreter von Opel die Versammlung.

Die Ortsverwaltung versuchte den Eklat zu überspielen und ging zum nächsten Punkt der Tagesordnung über. Doch an ein ordnungsgemäßes Weiterführen der Versammlung war durch die Obstruktionspolitik der Ortsverwaltung nicht mehr zu denken. Auf Antrag einiger Kollegen mußte sich die Versammlung für beschlußunfähig erklären und wurde ergebnislos abgebrochen.

Die Ortsverwaltung konnte nicht entlastet werden und ist faktisch nicht mehr geschäftsfähig. Das Manöver, die Tarifdiskussion mit allen Mitteln abzuwürgen, endete für sie in einem Fiasko.

Die Ortsgruppe Bochum der RGO beschloß sofort, die Solidarität mit den IGM-Vertretern von Opel zu organisieren, die konsequent an ihrem Antrag festgehalten hatten und sich durch die Ortsverwaltung nicht den Mund verbieten ließen.

Sie informierten die Kollegen und Gewerkschafter mehrerer Bochumer Betriebe mit einem Flugblatt, in dem auch einer der IGM-Vertreter von Opel zu Wort kommt, über das diktatorische Vorgehen der Ortsverwaltung.

Im folgenden Auszüge aus den Darstellungen des IGM-Vertreters: *„Von einem breiten Raum für den Punkt Tarifrunde war in Wirtz Referat nichts zu merken. Er sprach vielmehr von der schlechten wirtschaftlichen Lage usw., so daß er mehrmals von Zwischenrufen der Kollegen unterbrochen wurde, die riefen: ‚Du sprichst wohl das Wort zum Sonntag' oder ‚Sollen wir für die armen Unternehmer sammeln gehen?'."*

Und zur momentanen Stimmung unter den Kollegen führte er aus:

„Von Kollegen habe ich auch schon gehört, daß sie sich überlegen, ob man nicht ein ***Mißtrauensvotum*** *gegen Fritz Wirtz stellen sollte. Im Grunde müßte die Vertreterversammlung jetzt auch schleunigst nachgeholt werden.*

Ich bin gespannt, mit welchen Tricks Fritz Wirtz versuchen wird, den Karren jetzt aus dem Dreck zu ziehen. Wer mit solchen Tricks versucht, Abstimmungsergebnisse bzw. Abstimmungen umzumodeln, der gehört nicht an die Spitze der Ortsverwaltung, sondern müßte zurücktreten."

Die RGO hat die Forderung nach dem Rücktritt des 1. Bevollmächtigten der IG Metall in Bochum aufgegriffen und fordert die Kollegen der Stahl- und Metallbetriebe auf, sich für die Amtsenthebung von Fritz Wirtz einzusetzen.

Stärkung der RGO im Interesse der Einheitsgewerkschaft

Erfahrungsgemäß flüchten sich die Gewerkschaftsbonzen nach solchen Vorkommnissen in Lügenpropaganda und Verleumdungskampagnen, um Verwirrung unter den Gewerkschaftern zu stiften, die die Vertreterversammlung nicht selber erlebt haben. Man braucht nur an die Hetze Loderers gegen die demonstrierenden Gewerkschafter am Verhandlungsort der Großen Tarifkommission zur Zeit des Stahlarbeiterstreiks zu denken.

So ist es nur zu begrüßen, daß die RGO mit ihrer Aufklärungsaktion für die Bekanntmachung der tatsächlichen Vorfälle gesorgt hat. Gegen das abwieglerische und diktatorische Auftreten der Bonzen vom Schlage eines Wirtz ist organisierte Opposition nötig.

Im Interesse der Einheitsgewerkschaft setzt sich die RGO in den DGB-Gewerkschaften dafür ein, solchen Funktionären wie Wirtz das Handwerk zu legen, sie ihrer Posten zu entheben. Sie müssen durch klassenkämpferische Kollegen ersetzt werden, denen die Forderungen und das Interesse der Arbeiterklasse am Herzen liegen.

RGO

IGM-Ortsverwaltung vor dem Chaos?

Tritt der 1. Bevollmächtigte der IGM Fritz Wirtz zurück?



Streikende Metallarbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden 1978

Metall-Tarifrunde 1980:

IGM-Vorstand diktiert 10,5 Prozent-Forderung

Empörung unter den Gewerkschaftsmitgliedern

FRANKFURT. — Kurz bevor die Großen Tarifkommissionen für die einzelnen Tarifbezirke zusammengetreten sind, hat der IGM-Vorstand die Parole ausgegeben, die Tarifforderungen dürften die 10,5 Prozent-Grenze nicht überschreiten. Wut und Empörung unter den Stahlkollegen und Metallern war die Folge.

Was sich nach den letzten Stellungnahmen der Spitzenfunktionäre bereits abzeichnete, ist nunmehr eingetreten. Die Forderung des IGM-Vorstandes bewegt sich weit unterhalb der zahlreichen Forderungen von Vertrauensleutekörpern und Vertreterversammlungen, die nach der abgewürgten Nachschlagsbewegung in den meisten Fällen Lohnforderungen um die 14 Prozent gestellt hatten.

Die Forderung des IGM-Vorstandes signalisiert in aller Deutlichkeit, daß die IGM-Bonzen Loderer, Jansen und Konsorten entgegen dem klaren Auftrag der Gewerkschaftsbasis Kurs auf einen Abbau der Reallöhne nehmen.

Die bis Redaktionsschluß bekanntgewordenen Forderungen richten sich im wesentlichen nach der Vorgabe des IGM-Vorstandes. In Westberlin ist die Große Tarifkommission sogar deutlich darunter geblieben.

In Baden-Württemberg sah sich Bezirksleiter Steinkühler genötigt, den IGM-Vorstand gegen heftige Kritik zu verteidigen. Sie entzündete sich vor allem daran, daß der IGM-Vorstand unter Mißachtung elementarer demokratischer Regelungen das Diskussionsergebnis der Tarifkommissionen durch eine öffentliche „Empfehlung" bereits vorweggenommen hat.

Wie die Forderung des IGM-Vorstandes ausgefallen wäre, wenn es die breite Bewegung für echte Lohnerhöhungen in den Betrieben nicht gegeben hätte, kann sich jedermann ausmalen. Die Forderung wäre sicherlich nicht zweistellig ausgefallen.

Erfahrungsgemäß dient die von der IGM-Führung beschlossene Tarifforderung lediglich als Ausgangspunkt für einen faulen Kompromiß. Schon jetzt haben die Unternehmer ein lautes Geschrei über die „unverantwortliche" und „extreme" Haltung der IG Metall angestimmt.

Jetzt gilt es, die Bewegung in Betrieb und Gewerkschaft für eine echte Lohnerhöhung zu verstärken, um der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage entgegenzutreten. Unterhalb der von der IGM-Führung ausgegebenen 10,5 Prozent-Marke darf nichts laufen.

Gericht setzt Betriebsräte ab

KARLSRUHE.— Weil sie einen spontanen Streik gegen den Abbau innerbetrieblicher Sozialleistungen unterstützt hatten, wurde der Betriebsratsvorsitzende des Karlsruher Reifenwerks Michelin und ein weiteres Betriebsratsmitglied durch Urteil des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg, Kammer Mannheim, ihrer Ämter enthoben.

Anfang September 1978 waren etwa 1500 Arbeiter des Betriebs in den Streik getreten. Unter anderem protestierten sie gegen die Einstellung der Werksbuslinien.

S. Merten (ÖTV-Vorstand) verhöhnt Kollegen

HAMBURG.— Kurz bevor ÖTV-Chef Kluncker die auf einen Reallohnabbau zielende 9-Prozent-Forderung bekanntgegeben hatte, machte sich das für Tariffragen zuständige Vorstandsmitglied Siegfried Merten öffentlich Gedanken über die Kampfkraft der ÖTV.

Dabei verstieg er sich zu folgender Äußerung: *„Nicht jeder, der für etwas ist, will auch dafür kämpfen."* Doch die Erfahrung zeigt, wenn in der ÖTV jemand nicht kämpfen will, so ist es der Hauptvorstand. Die Masse der Gewerkschafter jedenfalls ist entschlossen, in dieser Tarifrunde eine echte Lohnerhöhung herauszuholen.

Tarifabschluß im Hamburger Hafen

HAMBURG.— 12 Prozent hatten die ÖTV-Vertrauensleute im größten Hamburger Hafenbetrieb gefordert, 8,5 Prozent hatte die Große Tarifkommission unter großer Empörung der Kollegen als Forderung beschlossen.

Nur ließen die Gewerkschaftsbonzen einen Tarifabschluß zu, der noch nicht einmal die Steigerung der Lebenshaltungskosten ausgleicht, 6,8 Prozent mehr Lohn und Gehalt, 7 Prozent Lohnerhöhung für die unteren Tarifgruppen.

1 000 Kollegen gegen Arbeitsplatzvernichtung

LANDAU/ISAR.— Gegen die Absicht des Massex-Ferguson-Konzerns, die Belegschaft in Landau und Forsten von derzeit 1 000 auf 350 zu reduzieren, demonstrierten vorletzten Montag etwa 1 000 Kollegen.

Mittlerweile hat die Konzernleitung durchblicken lassen, daß die totale Schließung im Bereich des Möglichen liege.

Kurzarbeit bei Mannesmann

DUISBURG/MÜLHEIM.— Nachdem im Mülheimer Mannesmann-Werk bereits im November und Dezember kurzgearbeitet wurde, hat die Konzernleitung nun auch für das Stahlwerk in Duisburg-Huckingen Kurzarbeit beantragt.

Vom 20. Dezember bis 7. Januar soll die Produktion nur mit einem Notprogramm weitergeführt werden, obwohl den Kollegen wenige Monat vorher zugesichert worden war, daß bis zum Jahresende alle Schichten voll ausgefahren werden.

Wiesbaden legt neuen Preisindex vor

Das Weihnachtswunder

Inflationsrate nach unten „korrigiert“

Noch rechtzeitig zum Beginn der Tarifrunde hat das statistische Bundesamt in Wiesbaden den amtlichen Preisindex (Inflationsrate) auf neue Berechnungsgrundlagen gestellt. Der sogenannte Warenkorb, dessen Grundgerüst noch aus dem Jahr 1970 stammte, wurde modernisiert. Als Ergebnis kam — man höre und staune — eine Senkung der Inflationsrate heraus!

Belief sich nach dem alten Preisindex die Teuerungsrate Ende Oktober 1979 gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres auf 5,7 Prozent, so gibt der inzwischen renovierte Index anstelle dessen eine nach unten „korrigierte“ Teuerungsrate von nur noch 5,3 Prozent an.

Wahrhaftig, es weihnachtet sehr! Sogar Wunder geschehen. Das Wunder, das das Leben billiger macht, hat allerdings einen kleinen Fehler: Es hat nicht in der Wirklichkeit, sondern nur in der bürgerlichen Statistik stattgefunden.

Sogar der Wirtschaftsteil einer bürgerlichen Zeitung, nämlich der *Frankfurter Rundschau,* verbirgt seine diesbezügliche Skepsis nicht. Da heißt es unter anderem: *„Aus alledem folgt, daß sich mit der jetzt ‚statistisch‘ etwas gesenkten Inflationsrate wohl schlecht Politik machen läßt.“*

Und wer es ist, der seine Politik mit der Methode „statistischer Preissenkungen“ zu machen versucht, wird in besagtem Blatt ebenfalls ausgeplaudert:

„Eine niedrigere Inflationsrate ist natürlich eine erfreuliche Sache. Besonders zufrieden sein wird das Bonner Kabinett, denn damit dürften die Lebenshaltungskosten in diesem Jahr unter der psychologisch wichtigen Sechs-Prozent-Marke bleiben. Auch die Arbeitgeber haben in besonderer Weise Grund zur Freunde; […].“

Spaß beiseite. Was man sich hier für statistische Spiegelfechtereien erlaubt, ist eine Unverschämtheit. Der Volksmund bezeichnet dergleichen treffend mit dem Wort: „Leute verarschen“. Aber wenn es gegen die Lohnforderungen der Arbeiter geht, dann ist den Herren halt kein Taschenspielertrick zu schäbig!

Daß und wie die Preisstatistik von Wiesbadener Amt manipuliert wird, haben wir bereits im November (Roter Morgen Nr. 46) aufgezeigt. Es fängt schon mit der Bauweise des „Warenkorbs“ an, mit seiner Zusammensetzung. Durch den Wägungsanteil, den die verschiedenen Posten wie z. B. Nahrungsmittel, Miete, Heizöl usw. innerhalb des Warenkorbs erhalten, können statistische Verzerrungen der Teuerungsrate bewußt und zielgerichtet vorprogrammiert werden.

Außerdem gibt es noch genügend Tricks und Kniffe, um die Preisstatistik zusätzlich laufend zu frisieren. Etwa die sogenannten Basiskorrekturen. Dafür ein Beispiel: Wenn ein Waschmittel teurer wird, der Hersteller aber gleichzeitig behauptet, er habe die Waschkraft seines Pulvers um soundsoviel gesteigert, dann wird die Preiserhöhung vom Wiesbadener Amt nicht gewertet. Begründung: der Preis sei ja nur der gestiegenen Qualität des Produktes angeglichen worden.

Wann, wo und wie diese Manipulationen jeweils vorgenommen werden, läßt sich im einzelnen schwer nachweisen, denn das Wiesbadener Amt veröffentlicht keine Materialien über seine diesbezüglichen Berechnungen. Aber jeder, der seine eigenen Ausgaben für Nahrung, Miete, Heiz- und Beinzinkosten, Kleidung usw. überprüft und vergleicht, wird darauf stoßen, daß sich die wirkliche Verteuerung der Lebenshaltung erheblich über dem Pegel bewegt, den uns die amtliche Inflationsrate vorspiegelt.

Daraus hat der Zentrale Vorstand der RGO die Konsequenz gezogen und eigene Berechnungen über die Steigerung der Lebenshaltungskosten angestellt. Ergebnis: Im Oktober 1979 lagen die Preise um ca. 12,5 Prozent höher als im Oktober 1978. Man muß deshalb davon ausgehen, daß die Lebenshaltungskosten am Jahresende 1979 gegenüber dem Jahresende 1978 um mindestens 13 Prozent gestiegen sein werden. Das ist die wirkliche Inflationsrate!

Schon der alte Preisindex zauberte also die Teuerung auf weniger als die Hälfte ihrer wirklichen Höhe herunter. Diese Manipulation wird durch den renovierten Index jetzt noch frecher und weitgehender. Denn wenn bei den Berechnungen alles mit rechten Dingen zugegangen wäre, dann hätte das Ergebnis der Neuerstellung des Warenkorbs auf Grundlage der heutigen Konsum-Situation nicht eine Senkung der Preisstatistik, sondern ihre Erhöhung sein müssen.

Warum das? Im alten Warenkorb blieb der im Jahre 1970 festgelegte Wägungsanteil für Heizöl, Erdgas und Benzin zunehmend hinter dem wachsenden Anteil dieser Posten im wirklichen Arbeiterhaushalt zurück. Der Anteil von ihrem Einkommen, den die Arbeiterfamilien für diese Posten ausgeben müssen, ist heute weit höher als er es 1970 war. Da aber die Preise für Heizöl, Erdgas und Benzin gleichzeitig überdurchschnittlich gestiegen sind, sind die wirklichen Lebenshaltungskosten entsprechend stärker angestiegen, als es sich aus dem veralteten Warenkorb Baujahr 1970 statistisch ableiten läßt. Hätte man in jedem Jahr den Wägungsanteil für Heizöl und Benzin erhöht, wie es der wirklichen Entwicklung entsprach, dann wären uns aus Wiesbaden seit langem schon höhere Inflationsraten gemeldet worden.

Allerdings beruht auch der jetzt modernisierte Preisindex nicht auf der Untersuchung der Konsum-Verhältnisse von 1979 oder 1978. Vielmehr wurde als Basisjahr des neuen Warenkorbs das Jahr 1976 genommen. Selbst wenn der Wägungsanteil im neuen Warenkorb für Heizöl und Benzin entsprechend der geänderten Verhältnisse des Jahres 1976 korrekt festgelegt wäre, blieben immer noch die enormen Preiserhöhungen für diese Güter in den vergangenen Monaten unberücksichtigt, was den Wägungsanteil betrifft.

Dessen ungeachtet aber hätte auch die Inflationsrate bei dem renovierten Preisindex steigen müssen, statt zu sinken. Vorausgesetzt, daß man in Wiesbaden nicht in die Trickkiste gegriffen hätte. Der Kieler Wissenschaftler Norbert Walter zum Beispiel ging davon aus, daß der auf der Basis von 1976 neu berechnete Preisindex die Inflationsrate für Ende Oktober 1979 **nach oben hin** korrigieren würde und zwar von 5,7 auf 6,5 Prozent. In Wiesbaden jedoch kam man zu einem entgegengesetzten Ergebnis!

Nach alledem könnten Kritiker, die den staatlichen Institutionen übel gesonnen sind, darauf verfallen, das häßliche Wort ‚Fälschung‘ ins Spiel zu bringen. Wir aber sollten uns einer solch unausgewogenen Wortwahl enthalten. Nennen wir es stattdessen „wirtschaftliches Verantwortungsbewußtsein“. Ist es nicht klar, daß sich das Statistische Bundesamt seiner „Verantwortung für das Ganze“ ebensowenig entziehen kann und darf, wie dies die berühmten „Fünf Weisen“ tun können, wenn sie ihre Konjunkturgutachten verfassen?



Nackten Lohnabbau unter dem verlogenen Vorwand der Einschränkung von Schichtarbeit — das ist es, was die IG-Chemie-Bonzen den Kollegen aufs Auge drücken wollen. Als ob die Chemie-Arbeiter zu viel verdienen würden! Unser Foto zeigt streikenden Chemie-Arbeiter von Cassella im Jahr 1971.

Hauenschild und Co. planen Streichung von Schichtzulagen

Die „tarifpolitischen Erkenntnisse“ der IG-Chemie-Bonzen

KÖLN. — Letzte Woche fand in Köln die 10. Bundeskonferenz der Industriegruppe Chemie der IG Chemie Papier Keramik statt. Die 110 Delegierten beschäftigten sich unter anderem mit der Schichtarbeit. Dabei kamen sie zu bemerkenswerten Ergebnissen.

Schichtarbeit führt auf die Dauer zum gesundheitlichen Ruin und wirkt sich belastend auf das Familienleben aus. Von dieser durchaus richtigen Einschätzung wurde ausgegangen. Doch die Schlußfolgerungen der Delegierten sind schlichtweg ein Skandal.

Der Wochenzeitung des DGB *Welt der Arbeit“* kann der staunende Leser entnehmen, daß man zu der *„tarifpolitischen Erkenntnis“* gelangt sei, *„nicht mehr jede Belastung am Arbeitsplatz mit Zuschlägen zu ‚belohnen‘“*. Ist es schon unverschämt, die Schichtzulagen etwa für Nachtarbeit als „Belohnung“ hinzustellen (ein Maultier mag man mit einem Zückerchen belohnen, wenn es brav seine Lasten geschleppt hat, ohne zu bocken), so ist die Absicht der Bonzen, sich für die Streichung der Schichtzulagen stark zu machen, ein offenes Lohnraubmanöver, das einem Unternehmer zur Ehre gereichen würde.

Und das ist den Mannen um Hauenschild nur allzu bewußt. In zynischer Offenheit schreibt die *Welt der Arbeit,* die erwähnte *„tarifpolitische Erkenntnis“* sei *„deshalb auch nicht leichtgefallen“*. Und ahnungsvoll fügt man hinzu: *„Sie wird nur schwer durchzusetzen sein.“* Der nächste Abschnitt läßt keinerlei Zweifel daran, gegen wen man sich durchzusetzen gewillt ist: *„Um das aber zu erreichen, bedarf es einer gezielten Aufklärung der Betroffenen“*, und da man sich über die daraufhin einsetzende Wut und Empörung der „Betroffenen“ im klaren ist, fährt man fort, *„und diese wiederum kann man nicht alleine den Betriebsräten überlassen. Sie haben ein Wahlamt* [!!] *und wollen wieder gewählt werden* [!!!]. *Ihre Erfahrung sagt ihnen, daß schon manche Freundschaft an Lohn- und Gehaltsfragen gescheitert ist* [!!!!].“

Da ist wohl jeder weitere Kommentar überflüssig. Bleibt noch zu erwähnen, daß der Verfasser des Artikels in der *Welt der Arbeit* im Fettdruck anerkennend vermerkt, *„die Delegierten haben gute Arbeit geleistet“*. Im übrigen ist es bezeichnend für die Unverfrorenheit der DGB-Redakteure, daß dieser Artikel nicht etwa verschämt auf den hinteren Seiten unter ferner liefen plaziert wurde, sondern als Haupt- und Leitartikel auf der Titelseite prangt.

Wie die DGB-Führung für das Verbot der Aussperrung „kämpft“

Große Worte — doch wo bleiben die Taten?

Wäre das Verbot der Aussperrung allein durch markige Worte zu erreichen, dann müßte es längst verwirklicht sein. Die verbalen Kraftakte der DGB-Führer zu diesem Thema sind zahlreich. In der neuesten Ausgabe von „Welt der Arbeit“ hat ihnen der IGM-Vorsitzende Loderer aus Anlaß des ersten Jahrestags der Aussperrung der Stahlarbeiter einen weiteren hinzugefügt.

Im folgenden einige Kostproben:

„Solange die Aussperrung nicht verboten und aus dem Arsenal der Unternehmer verbannt ist, müssen wir den Kampf gegen sie als gewerkschaftliche Aufgabe Nr. 1 betrachten.“

„Der schrecklichste Irrtum, den wir uns dabei leisten könnten, wäre sicher, zu meinen, die Aussperrung sei nur das Problem der beiden Gewerkschaften, die zuletzt von ihr betroffen gewesen seien.“

„Die Aussperrung ist ein Angriff auf die ganze Gewerkschaftsbewegung. Ihr muß der Widerstand der ganzen Gewerkschaftsbewegung gelten.“

Wir können diese Worte Loderers nur voll unterstützen. Allerdings fragen wir Loderer und auch die anderen DGB-Führer: Wo bleiben die entsprechenden Taten? Wir vermissen die Taten und kommen zu der Schlußfolgerung, daß der „Kampf“ der DGB-Führung gegen die Aussperrung sich im wesentlichen auf Worte beschränkt.

Wie wir in einer früheren Ausgabe des Roten Morgen berichteten, hat der Vorstand der IG Metall am 1. Oktober an alle Verwaltungsstellen einen Rundbrief betreffs der *Kampagne für das Verbot der Aussperrung* geschickt. Darin wird die Unterstützung der *Kampagne* durch IGM-Mitglieder als „unerwünscht“ bezeichnet. In diesem Rundschreiben wird gleichzeitig angekündigt, mit Beschlüssen des DGB-Bundesvorstands *„über weitere öffentlichkeitswirksame gewerkschaftliche Aktivitäten für unsere Forderung nach einem Verbot der Aussperrung“* sei *„in Kürze zu rechnen“*.

Inzwischen naht das Jahresende. Aber die angekündigten Beschlüsse der DGB-Führung lassen noch immer auf sich warten. Warum braucht die DGB-Führung derartig viel Zeit, um solche Beschlüsse zu fassen und bekanntzugeben?

Am 25. Oktober reagierte der Zentrale Vorstand der *Kampagne* auf das erwähnte Rundschreiben des IGM-Vorstands mit einem Brief an den IGM-Vorstand. Zu den angekündigten Aktivitäten des DGB heißt es in diesem von der *Kampagne* inzwischen veröffentlichten Brief:

„Wir werden uns diesen Aktivitäten selbstverständlich anschließen und — sollten Sie im Rahmen dieser Aktivitäten Unterschriften für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung sammeln — Ihnen die Unterschriftenlisten auf Wunsch zur Verfügung stellen.“

Weiter schrieb der Zentrale Vorstand in seinem Brief: *„An dieser Stelle möchten wir es nicht versäumen, Sie über weitere Aktivitäten unserer Kampagne zu informieren. Wir wollen am 1. Dezember 1979 — dem Jahrestag der letzten Aussperrung der Stahlarbeiter — bundesweit einen Aktionstag gegen die Aussperrung durchführen.“*

Loderer ließ sein Sekretariat antworten, weil er selbst sich offensichtlich zu gut dazu war. In dem Antwortschreiben wird frostig erklärt, der Brief des Zentralen Vorstands vermittele *„keinen Anlaß, die Dinge anders zu sehen, als in dem von Ihnen angesprochenen Rundschreiben innerhalb unserer Organisation“*.

Hat nun die DGB-Führung oder wenigstens der IGM-Vorstand seinerseits Aktionen zum Jahrestag der Aussperrung der Stahlarbeiter initiiert? Nichts dergleichen! Die *Kampagne* führte am 1. Dezember den Aktionstag durch. Von Seiten der DGB-Führung geschah nichts, wenn man von markigen Worten in *Welt der Arbeit* absieht.

Große Worte, denen dann keine Taten folgen — dies scheint die Taktik zu sein, mit der die DGB-Führung den Kampf für das Verbot der Aussperrung zu sabotieren versucht.

In Baden-Württemberg versprach die DGB-Führung im vergangenen Frühjahr, man werde im Herbst im Stuttgarter Neckarstadion eine Großkundgebung organisieren. Diese Ankündigung blieb genauso leeres Stroh, wie die „Offensive gegen die Aussperrung“, die von der Bezirksleitung des DGB in Nordrhein-Westfalen im vergangenen April für das Jahr 1979 angekündigt worden war. In Hessen fand zwar Anfang Oktober eine Zentrale Veranstaltung als „Auftakt“ einer „landesweiten Kampagne gegen die Aussperrung“ statt. Aber dann passierte nichts mehr.

Keine „Pressionen“ auf das Bundesarbeitsgericht?

Am 3. und 4. März findet die öffentliche Verhandlung des Bundesarbeitsgerichts in Kassel zu den Aussperrungsklagen der Gewerkschaften statt. Das muß ein Anlaß für die Gewerkschaften sein, die Forderung für das Verbot der Aussperrung nachdrücklich zu vertreten. Notwendig sind bundesweite Demonstrationen und Kundgebungen noch vorher. Höhepunkt der Kampagne muß dann eine zentrale Kundgebung am 3. oder 4. März sein.

Offensichtlich versucht aber die DGB-Führung, Bestrebungen, die in diese Richtung gehen, jetzt schon abzuwiegeln. In seinem Beitrag in *Welt der Arbeit* nimmt Loderer zu diesem Termin des Bundesarbeitsgerichts folgendermaßen Stellung:

„Immer wieder wird uns vorgehalten, wir würden Pressionen auf das oberste deutsche Arbeitsgericht ausüben. Nichts dergleichen ist der Fall.“

Vom Gesetzgeber, also vom Bundestag, ein gesetzliches Verbot der Aussperrung zu fordern, lehnen die DGB-Führer ab. Druck auf das Bundesarbeitsgericht möchten sie auch nicht ausüben. Wie soll das Verbot der Aussperrung also dann durchgesetzt werden? Sollen wir etwa hoffen, daß es uns von den Herrschenden als Geschenk überreicht wird?

Eines steht fest: Wenn jetzt nicht die Gewerkschafter von unten her Dampf machen, dann wir die DGB-Führung keinen Finger dafür rühren, daß den Herren Bundesarbeitsrichtern bis zum März die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften vor Augen geführt wird.

In der Reihe von Artikeln, die der *Rote Morgen* bisher zum 100. Geburtstag J.W. Stalins veröffentlichte, wurde zu verschiedenen, seit langem von den Kapitalisten verbreiteten Lügen über die Politik der KPdSU(B) unter Stalins Führung Stellung genommen. Dabei wurde verschiedentlich auch davon geschrieben, daß die sowjetischen Arbeiter und Bauern die Politik der bolschewistischen Partei, sei es gegen die terroristischen Intrigen der Rechten und Trotzkisten, sei es im Kampf gegen die deutschen Faschisten, voll und ganz unterstützt haben. Das ist eine Tatsache, die nicht allein den positiven revolutionären Überzeugungen der Sowjetmenschen zuzuschreiben ist. Einer der entscheidenden Gründe für diese Haltung ist, daß für diese Menschen der Sozialismus Alltag war, daß sie die Vorteile dieses Systems ohne Ausbeuter nicht nur in der Theorie kannten, sondern jeden Tag erlebten. Dieser Alltag, dieses Leben der Sowjetmenschen, soll Gegenstand dieses Artikels sein.

Die Stalinsche Sowjetunion- Demokratie und Wohlstand für die werktätigen Massen

Damals genossen die Sowjetmenschen die Vorzüge des Sozialismus



In diesem Jahr jährt sich zum einhundertsten Mal der Geburtstag Josef Stalins. Stalin war mehr als ein halbes Jahrhundert lang ein großer kommunistischer Führer, ein Kämpfer an der vordersten Front der Partei der Bolschewiki und der internationalen kommunistischen Bewegung, war Lehrer, Führer und Inspirator des Kampfes des revolutionären Proletariats der ganzen Welt. Anläßlich des einhundertsten Geburtstages haben zahlreiche marxistisch-leninistische Organisationen und Parteien — darunter die KPD/ML — das Jahr 1979 zum Stalin-Jahr erklärt. Sie nehmen das Jahr zum Anlaß, um Stalin und sein Werk verstärkt zu würdigen und gegen die verschiedenen bürgerlichen und revisionistischen Angriffe zu verteidigen (Text der Erklärung: „Roter Morgen" Nr. 31/79). Der „Rote Morgen" befaßt sich in einer Reihe von Artikeln mit Stalin und seiner Politik.

Im Jahre 1936 verabschiedete der VIII. Allunionssowjetkongreß die neue Verfassung der UdSSR, die das politische und wirtschaftliche Leben des Landes regelte.

Diese neue Verfassung war von einer Kommission, die der Oberste Sowjet bestellt hatte, entworfen worden, in der J.W. Stalin den Vorsitz hatte. Sie ersetzte die alte Verfassung von 1924 und berücksichtigte die Entwicklung, die seitdem stattgefunden hatte, mit der Abschaffung der Ausbeuterklassen, der Schaffung der kollektivierten Landwirtschaft usw.

Volle Demokratie für die Werktätigen

Die Sowjetverfassung von 1936 sicherte jedem Bürger der UdSSR das Wahlrecht zu. Hatte die vorherige Verfassung noch bestimmt, daß für einen Arbeiterdeputierten zum Sowjet 5000 Stimmen nötig seien, während es für einen Bauerndeputierten 25000 Stimmen waren, so wurde dies jetzt, nachdem die kollektivierte Landwirtschaft geschaffen worden war, geändert. Jetzt galt das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht. Ein Recht, von dem bei der ersten Wahl entsprechend der neuen Verfassung rund 95 Prozent der Sowjetbürger Gebrauch machten. Zur selben Zeit lag die Teilnahme an den Wahlen in den USA etwa bei rund 44 Prozent. Zu betonen ist weiter, daß damals selbstverständlich die sowjetischen Frauen ebenfalls das gleiche Wahlrecht hatten, wie es schon seit der Oktoberrevolution von 1917 der Fall war. In England zum Beispiel wurde das Wahlrecht für Frauen 1928, in Frankreich 1945 eingeführt. In den USA hatten damals in einer ganzen Reihe von Staaten weder Schwarze noch Soldaten das Wahlrecht.

Die Stalinsche Verfassung garantiert jedem Sowjetbürger die Rede-, Presse-, Organisations- und Versammlungsfreiheit. Diese Freiheiten auch auszuüben wird dadurch gesichert, daß Druckereien, Papiervorräte, Versammlungsräume usw. Gemeineigentum und nicht der Willkür von privaten Besitzern unterworfen sind, wie es damals und heute in den kapitalistischen Ländern gang und gäbe ist.

Dem Obersten Sowjet, der im Jahre 1946 gewählt wurde, gehörten 511 Arbeiter, 349 Bauern und 479 Vertreter der Volksintelligenz an. Zur selben Zeit saßen im US-amerikanischen Repräsentantenhaus 301 Juristen, die vorher bei Banken, Trusten und Kapitalistenverbänden gearbeitet hatten, 97 Kapitalisten und Bankdirektoren, 46 große Farmer und über 100 Vertreter sogenannter freier Berufe, darunter auch mehrere Dutzend hohe Würdenträger verschiedener Kirchen, aber kein einziger Arbeiter, kein einziger normaler Bauer.

Während in den bürgerlichen parlamentarisch regierten Staaten die Aufstellung der Kandidaten allein den internen Ränken dieser oder jener Partei überlassen bleibt, stellten damals die Sowjetmenschen, entsprechend der Stalinschen Verfassung, ihre Kandidaten für den Block der Kommunisten und Parteilosen in offener Debatte auf Massenversammlungen auf. Diese Kandidaten, die auch innerhalb einer Wahlperiode von ihren Wählern abgesetzt werden konnten, arbeiteten im Lichte der Öffentlichkeit, denn die Sowjets waren ein Organ, das gleichzeitig gesetzgebend und regierend wirkte, und die Abgeordneten waren keine Berufspolitiker, sondern arbeiteten in ihrer Tätigkeit weiter.




Ein beispielloser Aufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wohlstands der Werktätigen kennzeichnete die Sowjetunion zur Zeit Stalins. Unser Bild zeigt eine Stoßbrigade aus Moskau, die sich 1931 am Aufbau eines Hüttenkombinats in Westsibirien beteiligte.

Soziale und kulturelle Errungenschaften der Sowjetmenschen

Bis in die Mitte der fünfziger Jahre erhöhten sich der Wohlstand der Sowjetvölker, ihre soziale Sicherung und ihre Möglichkeiten, aktiv am kulturellen Leben teilzunehmen, ständig.

So hatten die sowjetischen Arbeiter zu Beginn der fünfziger Jahre einen höheren Lebensstandard als ihre Klassenbrüder in Westeuropa, hatten sie Rechte und Möglichkeiten, von denen diese nur träumen konnten.

Der § 118 der Verfassung sagte jedem Bürger der UdSSR das Recht auf Arbeit zu, sowie seine Entlohnung nach Qualität und Quantität dieser Arbeit, ohne irgendwelche Einschränkungen. Konkret wurde dazu nach Ende des Krieges gegen Hitler-Deutschland ein Gesetz erlassen, das dafür sorgte, daß alle ausgemusterten Soldaten innerhalb eine Monats einen Arbeitsplatz bekommen sollten — was auch erfüllt wurde. Davon konnten die entlassenen Soldaten der kapitalistischen Länder, die oft jahrelang ohne Arbeit blieben, noch nicht einmal träumen.

Und auch die Arbeitsbedingungen waren sehr präzise geregelt. So gab es bereits seit den dreißiger Jahren für bestimmte Kategorien der Werktätigen den Siebenstunden-Tag, für Schwerarbeiter den Sechs- und für Schwerstarbeiter sogar den Vierstunden-Tag.

Es gab einen geregelten alljährlichen Urlaub, den sich zum Beispiel die französischen Arbeiter erst in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre unter der Regierung der Volksfront erkämpfen konnten und der ihnen danach wieder abgenommen wurde, es gab ein ganzes System mit Tausenden von Erholungsheimen, Sanatorien, gewerkschaftlichen Ferienhäusern usw. usf.

Es gab die kostenlose Sozial- und Altersversicherung, entsprechend § 120 der Verfassung, zu einer Zeit, als es in den kapitalistischen Ländern zu einem solchen System erst Ansätze gab, wobei die Arbeiter das alles aber selbst bezahlen mußten und auch heute noch müssen.

Das Rentenalter betrug damals für Männer 60 Jahre, für Frauen 55 Jahre, wobei Schwer- und Schwerstarbeiter das Recht hatten, bei gleicher Rente vier bis fünf Jahre früher in den Ruhestand zu treten.

Die Zahl der Krankenhausbetten überstieg schon vor dem Kriege die Halbmillionengrenze und stieg danach weiter an, der Staat bezahlte für die medizinische Versorgung alljährlich mehr als 15 Milliarden Rubel.

Die Stalinsche Verfassung garantierte und der Sowjetstaat verwirklichte auch das Recht auf Bildung. Gab es vor der Oktoberrevolution 200000 Lehrer, so hatte sich diese Zahl im Jahre 1948 versechsfacht. An Hochschulen und technischen Speziallehranstalten studierten damals rund zweieinhalb Millionen Menschen, die rund zweitausend Lehrinstitute in allen Gebieten der UdSSR belegten.

Im Jahre 1950 gab es in der UdSSR über 60000 Bibliotheken und über 110000 Kulturpaläste und Kulturhäuser, in denen die kulturelle Betätigung der Werktätigen gefördert wurde.

Überall wurden Stadien und Sportplätze, Grünanlagen und Erholungsparks angelegt, die Touristik im Lande wurde mit starken staatlichen Mitteln gefördert, damit die Sowjetmenschen ihr Heimatland kennenlernen konnten.

Alles das war im Vergleich zur Zeit vor der Revolution eine ganz andere Welt. Hier erfüllten sich alle jene Hoffnungen, für die so viele gekämpft hatten und gestorben waren, für die man so lange und hart gearbeitet hatte.

Aber das waren auch Errungenschaften, die weit vor jenen der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern lagen, die sich jeden noch so kleinen Fortschritt mühsam erkämpfen mußten, während der Sowjetwerktätige, als Herr des Landes, sein Leben planvoll durch die eigene Arbeit aufbauen konnte.

Steigende Einkommen der Werktätigen

In den ganzen Jahren der Sowjetmacht erarbeiteten sich die sowjetischen Werktätigen ein ständig steigendes Einkommen. Nach dem Kriege wurden in den Jahren 1947 bis 1952 jedes Jahr die Preise für Massenbedarfsgüter gesenkt, so daß sie am Ende dieser Zeitspanne nur noch knapp halb so hoch waren wie zu Beginn dieser Frist. Im Jahre 1951 waren im Vergleich zum letzten Vorkriegsjahr 1940, dem besten Jahr in bezug auf den Lebensstandard, die Löhne der Arbeiter um 57 Prozent, die der Bauern sogar um 60 Prozent gestiegen.

Die gesamte Zeit nach dem Großen Vaterländischen Krieg war, trotz der immensen Schäden, die von den deutschen faschistischen Aggressoren angerichtet worden waren, eine Zeit des gewaltigen Aufschwungs des Lebensstandards der Werktätigen. Nicht nur, daß die Löhne stark stiegen und die Preis gesenkt wurden, auch die staatlichen Ausgaben für Sozialfonds, Kultur und Medizin wurden, jeder einzelne, um das zwei- bis vierfache gesteigert. Das Radio, die elektrische Nähmaschine und das Motorrad waren jetzt auch im entferntesten Dorf nicht nur alltägliche Erscheinungen, sondern auch im Besitz eines großen Teils der Werktätigen. Grundlage für diesen steigenden Wohlstand war die gewaltige Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft im System des Sozialismus.

Im Vergleich zum besten Produktionsjahr 1940 betrug die Industrieproduktion im Jahre 1946, dem ersten nach dem Kriege, nur noch 77 Prozent, stieg aber bereits im Jahre 1948 auf 113 Prozent, um im Jahre 1952 bereits 223 Prozent zu erreichen. Dabei stieg insbesondere die Produktion von Produktionsmitteln um 267 Prozent, was die Grundlage für einen gewaltigen weiteren Aufschwung legte.

In der Landwirtschaft waren im Jahre 1952 5,3 Millionen Hektar Land mehr in Bearbeitung als vor dem Kriege. Die Landwirtschaft wurde jetzt von 97000 Großkolchosen betrieben, die allesamt weitgehend technisiert waren. Gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr war die Produktion von Weizen um fast 50 Prozent gestiegen, die Produktion von Nutzpflanzen und Gemüse mehr als verdoppelt. Nutzpflanzen nahmen jetzt mehr als 40 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Produktion ein.

In der Produktion von Getreide und Baumwolle, in der Förderung von Kohle und der Stahlerzeugung, in der Erzeugung von Elektrizität und im Ausbau der Infrastruktur nahm die UdSSR in jenen Jahren einen Platz in der Spitze der Weltstatistik ein.

Der Aufschwung der Wissenschaften

Zu jener Zeit, als der sowjetische Staat mit allen Mitteln die wissenschaftliche Forschung unterstützte, als alles getan wurde, um Wissenschaft und Technik im Volke zu verbreiten, wozu eigens große Massenorganisationen geschaffen wurden, hatte die Sowjetwissenschaft eine führende Rolle im Vergleich zur Wissenschaft in den kapitalistischen Ländern inne.

So in der Elektronik, was wenige Jahre später zum Start des Sputnik führte, aber auch in der Atomphysik, wo nach der Drohung der US-Imperialisten mit der Atombombe die sowjetischen Wissenschaftler in kürzester Zeit die Antwort der UdSSR, die eigene Bombe, lieferten. Aus der Stalinschen Sowjetunion, von den Wissenschaftlern der damaligen Zeit stammten die ersten Forschungen über die zivile Atomenergie, über das Farbfernsehen und so weiter.

Nicht nur, daß der Sowjetstaat alles tat, um diese wissenschaftliche Arbeit zu fördern, daß er alles tat, um die Ergebnisse dieser Arbeit unter den werktätigen Massen bekannt zu machen, sie dort verständlich zu machen, mit der großen Anzahl der damals eingerichteten technologischen Anwendungsinstitute wurde auch alles getan, um die Ergebnisse der Forschung dem alltäglichen Leben der Werktätigen nutzbar zu machen.

So sah das Leben der sowjetischen Werktätigen in der UdSSR zur Zeit Stalins aus. Das war der Grund dafür, daß sie die Politik der KPdSU(B) aus vollem Herzen und mit ganzer Überzeugung unterstützten.

Diese großartigen Errungenschaften, diese gewaltige Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen, sie wurden von der Gruppe um Chruschtschow, die die Macht in Partei und Staat an sich riß, zunichte gemacht. Statt Preissenkungen Preiserhöhungen, statt Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion Stagnation, statt Export von Getreide riesige Weizenimporte. Die Arbeiter verschwanden aus dem Obersten Sowjet und aus der Parteiführung, und eine neue kapitalistische Klasse etablierte unter dem Banner des Antistalinismus ihre Macht über die Werktätigen. Erneut müssen diese das schwere Los der Ausbeutung tragen, bis zu jenem Tage, an dem sie sich abermals erheben werden, um ihren Sowjetstaat wieder zu errichten.

Aufruf zu einem Kongreß gegen Reaktion und Faschismus

Wir, Unterzeichner dieses Aufrufs, wenden uns an Sie in tiefer Sorge über die politische Entwicklung in unserem Lande.

Während „Holocaust" noch einmal die Schreckensbilder faschistischer Barbarei in uns wachgerufen und bei Millionen Menschen das Verlangen bestärkt hat, alles zu tun, um ein erneutes Aufkommen des Faschismus zu verhindern, führen die wirtschaftlich und politisch herrschenden Kräfte dieses Landes ihren Weg der „Vergangenheitsbewältigung" in altbekannter Manier fort.

Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch (Bert Brecht)

Wo es für jeden aufrichtigen Demokraten, für jeden Antifaschisten bei uns und im Ausland gar keiner Frage bedarf, daß Kriegsverbrechen und Verbrechen an der Menschheit — wie es unter anderem auch die UNO-Konvention fordert — rigoros verfolgt und bestraft werden müssen, da haben die herrschenden Kreise dieses Landes in zynischer Weise die Verjährung von Naziverbrechen bereits vorweggenommen, wie uns nicht zuletzt der beschämende und empörende Ablauf des Majdanek-Prozesses einmal mehr anschaulich demonstriert hat:

Jahrelange Verschleppung des Prozesses; Verteidiger, die sich als Juristen im „Dritten Reich" schon ihre Sporen verdienten und nicht davor zurückschrecken, die als Zeugen auftretenden Opfer des Naziregimes zu verleumden und zu kränken; Prozesse, die darin enden, daß dem Tod entronnene ehemalige KZ-Häftlinge gedemütigt und beleidigt den Gerichtssaal verlassen, während die faschistischen Massenmörder wegen angeblichen Mangels an Beweisen und erschwerter Wahrheitsfindung nach so vielen Jahren der Prozeßverschleppung freigesprochen oder mit milden Strafen belangt werden.

Bei solch skandalöser „Vergangenheitsbewältigung" nimmt es kein Wunder, daß alte und neue Faschisten auch heute schon ungeniert und provokativ in der Öffentlichkeit auftreten. Da finden sich Angehörige der berüchtigten, von dem Nürnberger Tribunal als „kriminelle Vereinigung" erklärten „SS-Totenkopf-Division", wie jüngst in der hessischen Stadt Arolsen geschehen, munter zu ihrem „Kameradschaftstreffen" zusammen, unter ihnen auch ein Abgeordneter des Bonner Parlaments, vor den protestierenden Antifaschisten durch bundesdeutsche Polizei geschützt. Da bringt es ein Aschaffenburger Amtsgericht fertig, eben diese „SS-Totenkopf-Division" als „gemeinnützige" und damit „förderungswürdige" Organisation einzustufen. Bundesdeutscher Alltag, der sich um viele andere Beispiele — so das offene Treiben neofaschistischer Terrorgruppen, wie der „Wehrsportgruppe Hoffmann", der „Harting-Bande" und anderen, oder die Wahl eines Majors der Bundeswehr, wie im Falle Lindner, zu Landesvorsitzenden der NPD — ergänzen ließe.

Wehret den Anfängen! Ein neues '33 darf es nicht geben!

Während alte und neue Nazis sich der stillschweigenden bis offenen Duldung und des Schutzes deutscher Polizei und Gerichte erfreuen, während ihnen Gemeinnützigkeit und Verfassungstreue bescheinigt werden, geht dieser Staat mit zunehmender Härte gegen linksstehende und antifaschistische Kräfte vor. Sie werden als Verfassungsfeinde, als Sympathisantensumpf der Terroristen von führenden Politikern und in der Presse beschimpft, werden nur zu oft wegen ihres Widerstandes gegen die Faschisten von Polizisten zusammengeschlagen und vor Gericht gezerrt, werden wegen ihrer unliebsamen Gesinnung mit Hilfe eines mit den modernsten Mitteln der Datenerfassung ausgebauten und perfektionierten Überwachungssystems in Betrieb, Schule, in Bibliotheken und an Landesgrenzen usw. bespitzelt und längst nicht mehr nur von der Tätigkeit im öffentlichen Dienst ausgeschlossen. Es kommt nicht von ungefähr, wenn der Begriff „Berufsverbot" schon längst Eingang in den Sprachschatz unserer Nachbarvölker gefunden hat und zu einem Synonym für das hierzulande so gepriesene „Modell Deutschland" geworden ist, wenn immer öfter bezüglich der Bundesrepublik von einem „Polizeistaat" gesprochen wird.

Ein Staat, in dem ein Menschenleben recht wenig gilt. Als kürzlich der als Terrorist der RAF gesuchte Rolf Heißler durch einen in „putativer Notwehr" abgefeuerten Kopfschuß niedergestreckt wurde, da konnte man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß sich die „Staatssicherheitsorgane einer kriegsmäßigen Strategie des ‚kurzen Prozesses' befleißigten". Peter Stoll, Elisabeth von Dyck, „man macht keine Gefangenen mehr". Und es ist zu befürchten, daß durch den Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz (auch „Todesschußgesetz" genannt) — in Bayern bereits in Kraft und in den anderen Bundesländern ebenfalls vorgesehen — Erschießungen dieser Art als in „vermeintlicher Notwehr" abgegebener „finaler Rettungsschuß" legalisiert und weiter Schule machen werden.

All diese Maßnahmen sind Glieder in der Kette einer politischen Entwicklung, die im Namen des demokratischen Rechtsstaates seit Jahren die demokratischen Rechte des Volkes in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen einschränkt und abbaut, um der wachsenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten und der daraus sich ergebenden verschärften Klassenauseinandersetzungen Herr zu werden. Als Antwort auf den verstärkten Widerstand breiter Bevölkerungsteile gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, als Antwort auf die Streiks und andere Kampfaktionen der Arbeiter gegen Lohnabbau, Rationalisierung, Arbeitslosigkeit usw. zeigen die Unternehmer und die Machtorgane dieses Staates immer offener ihr reaktionäres Gesicht, indem sie das Demonstrationsrecht und auch das Recht auf Streik angreifen, mit Polizeieinsätzen und mit dem brutalen Mittel der Aussperrung gegen Arbeiter und Werktätige vorgehen.

Das Recht zu streiken, ein allgemein anerkanntes demokratisches Recht, wird durch die Aussperrung ad absurdum geführt. Sie ist eine brutale Machtdemonstration der Unternehmer. Wenn es ihnen erlaubt ist, mit ihrer ganzen Macht als Herren über Fabriken und Maschinen gegen die streikenden Arbeiter vorzugehen, kann von einem wirklichen Streikrecht keine Rede mehr sein.

Der Kongreß gegen Reaktion und Faschismus findet statt am Sonnabend, den 26. Januar 1980 in der Westfalenhalle IV in Dortmund, Einlaß ab 10 Uhr, Beginn um 11 Uhr. Eintritt 5,— DM.

Mit Rede- und künstlerischen Beiträgen wirken voraussichtlich mit: **Max von der Grün** • **„Schmetterlinge"**, Musikgruppe, Wien • **Werner Worschech**, Liedermacher, Bottrop • **„Kabarett K"** • **Jürgen Roth** • **Norbert Cobabus**, Deutsche Bibliothek Frankfurt • **Wolfgang Bittner** • **Hartmut Siemon**, Betriebsrat • **Dr. Wolfgang Schulz**, Schauspieler, Würzburg • **„Elbspeelers"** • **Hermann Treusch**, früherer Leiter des Theaters am Turm, Frankfurt • **„Eisler-Chor"**, Essen • **und andere.**

Am Sonntag, den 27. Januar 1980 ist ein Arbeitstreffen von Initiativen und Komitees gegen Reaktion und Faschismus geplant.

Anmeldungen und Bestellungen von Eintrittskarten, Plakaten und Aufrufen bei: Ulrich Leicht, Schäffleweg 4, 4600 Dortmund 14, Tel.: (0231) 23 08 49. Eintrittskarten sind nach Bezahlung per Scheck oder Überweisung auf das Konto Ulrich Leicht, Stadtsparkasse Dortmund-Scharnhorst-Ost (63), BLZ 440 501 99, Konto Nr. 632 093 217, Stichwort „Kongreß" und an den Vorverkaufsstellen der Westfalenhalle erhältlich. Wir bitten zur Unterstützung der Durchführung des Kongresses um Spenden auf dasselbe Konto, Stichwort: „Spende — Kongreß".

Carstens und Strauß — eine Provokation

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf den Charakter dieser „freiheitlichsten Republik auf deutschem Boden, die es je gab", wenn am Tage ihres dreißigjährigen Bestehens ein alter NSDAP-PG und SA-Gefolgsmann zum Oberhaupt dieses Staates gekürt wird. Carstens, seines Zeichens Propagandaoffizier der faschistischen Wehrmacht, verwickelt in Waffengeschäfte des BND, der Mann, der dazu aufrief, den „Sympathisantensumpf" um Heinrich Böll und seinesgleichen auszutrocknen — er ist beileibe kein Fremdkörper mehr in diesem Staat, sondern würdiger Repräsentant des reaktionären Kurses, den dieser Rechtsnachfolgestaat des „Dritten Reiches" heute steuert.

Und kaum, daß dieser profilierte Reaktionär „christdemokratischer Couleur" seinen Platz auf dem Präsidentenstuhl eingenommen hat, da meldet sein „christlichsozialer" Busenfreund aus Bayern seinen Anspruch auf das Kanzleramt an. Carstens und Strauß als Traumpaar von Reaktion und Faschismus, das im Gewande der biederen Demokraten an der Spitze dieses Staates marschiert — nur ein Alptraum, ein anachronistischer Zug? Mitnichten.

Eine Provokation, eine Warnung, eine Herausforderung an die Adresse der werktätigen Menschen, an die fortschrittlichen und antifaschistischen Kräfte in unserem Land. Die Herrschenden bereiten sich vor, und es besteht die konkrete, die akute Gefahr, daß sie wieder den Weg der '30er Jahre gehen. Es ist das Gebot der Stunde, dem Vormarsch von Reaktion und Faschismus Paroli zu bieten. Warten wir nicht, bis der Schneeball wieder zur alles vernichtenden Lawine wird. Ein neues '33 darf es nicht geben!

Machen wir Front gegen den Vormarsch der Reaktion

Unterstützen Sie den „Kongreß gegen Reaktion und Faschismus" und nehmen Sie teil an ihm. Treten Sie mit uns ein für die Forderungen:

- **Verbot aller faschistischen Organisationen**
- **Weg mit den Berufsverboten**
- **Wiedereinstellung aller bisher vom Berufsverbot Betroffenen**
- **Verbot der Aussperrung**
- **Weg mit dem Todesschußgesetz**

26. Januar 1980 Westfalenhalle IV in Dortmund, Beginn 11 Uhr, Eintritt 5,- DM

Dortmund, Westfalenhalle IV
STOPPT Strauß
Verhindert ein neues 33
Mit Beiträgen von: SCHMETTERLINGE HOBELBÜHNE MAX VON DER GRÜN DR.W.SCHULZ KABARETT „K" WORSCHECH JÜRGEN ROTH ELBSPEELERS W.BITTNER EISLERCHOR H.TREUSCH H.SIEMON und anderen
KONGRESS GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS
Sonnabend, 26. Januar 1980
Einlaß 10 Uhr, Beginn 11 Uhr 5DM

An unsere Leser!

Der „Rote Morgen" ruft alle Leser, alle Genossen und Freunde der KPD/ML und der Roten Garde auf, nach Kräften zum erfolgreichen Ablauf des Kongresses gegen Reaktion und Faschismus beizutragen. Propagiert den Kongreß in Betrieb und Gewerkschaft, an den Schulen und Unis, in euren Wohngebieten und im Bekannten- und Verwandtenkreis. Unterstützt den Kampf für den weiteren Zusammenschluß aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte über weltanschauliche Grenzen hinweg. Erklärt euch mit den Initiatoren des Kongresses solidarisch. Ein neues '33 darf es nicht geben!

Erstunterzeichner des Aufrufs

• **Max von der Grün,** Schriftsteller, Dortmund • **Josef Reding,** Schriftsteller, Dortmund • **Hartmut Siemon,** Betriebsrat Hoesch, Dortmund • **Peter O. Chotjewitz,** Schriftsteller, Haunetal • **Ingeborg Drewitz,** Schriftstellerin, Berlin • **Urich Leicht,** Angestellter, Dortmund • **Karola Bloch** (Schirmherrin des Kongresses) Tübingen • **Horst Grimm,** Musiker, Nürnberg • **Heinrich Schirmbeck,** Schriftsteller und Publizist, Darmstadt • **Walter Warnach,** Professor, Köln • **Gerd Sowka,** Schriftsteller, Düsseldorf • **Ralf Schneider,** Zahnarzt, Dortmund • **Gisela Trowe,** Schauspielerin, Hamburg • **Jürgen Roth,** Schriftsteller und Publizist, Frankfurt • **Anette Schnoor,** Betriebsrätin Siemens, Witten • **Wolfgang Weskamp,** Betriebsrat Hafen, Hamburg • **Dr. Wolfgang Schulz,** Dramaturg, Würzburg • **Norbert Bömer,** Betriebsrat Hoesch, Dortmund • **Marie-Luise Meier, Anneliese Schmidt,** Betriebsrätinnen AEG-Telefunken, Berlin • **Wolfgang Bittner,** Schriftsteller, Göttingen • **Manfred Hausin,** Schriftsteller, Celle • **Wolfgang Beßen,** Personalrat Klinikum Essen • **Antifaschistischer Arbeitskreis Bremerhaven** • **Andreas Weißert,** Oberspielleiter, Schauspielhaus Dortmund • **Peter Schöndienst** und **Brigitte Kolb,** Rechtsanwälte, Berlin • **„Kabarett K",** Mühlheim • **„Eisler-Chor",** Essen • **„Elbspeelers"** Musikgruppe, Hamburg • **Elke Hemmer,** IGM-Vertrauensmann, Klöckner, Bremen • **Jürgen Janz,** vom Dienst suspendierter Studienrat, Bochum • **Marion Roemer,** Mitglied im DGB-KJA, Herne • **Initiative gegen Reaktion und Faschismus Heren** • **Alfred L. Lorenz,** Diplom-Psychologe, Bremen • **Ulrich Feuerheim,** Betriebsrat, Mainz • **Antifaschistische Aktion Wilhelmshaven** • **Dieter Müller,** entlassener Betriebsrat Siemens-Hausgerätewerk, Berlin • **Doris Rehm,** Betriebsrätin, Kelkheim • **Rolf Jährig,** Arzt, Berlin • **Werner Aust,** Jugend- und Heimerzieher, Eppelheim • **Uli Mühlberger,** Diplom-Sozialpädagoge, Hannover • **Dr. György Széll,** Professor, Osnabrück, • **Fritz Major,** IGM-Vertrauensmann, Berlin • **Elisabeth Schüll,** Lehrerin, Bielefeld • **Antifaschistisches Komitee Flensburg** • **Joachim Neher,** Studienrat, Kassel • **Ursula** und **Martin Tuschen,** Krankenschwester und Arzt, Duisburg • **Marian Riebe,** Sozialarbeiter, Frankfurt • **Reimer Hoffmann,** Chirurg, Bremen • **Törk Hansen,** Vertrauensleutekörperleiter, Lübeck • **Ralf Jenders,** Zivildienstleistender, Emsdetten • **Monika Etspüler,** Biologin, Herzogenrath-Merkstein • **Friedhelm Knipping,** Sprecher der vom Ausschluß aus der ÖTV bedrohten Vertrauensleute der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek, Frankfurt und weitere Bibliotheksangestellte: **Norbert Cobabus, Doris Barth, Joachim Pahl, Susanne Petri** • **Christian Matthiessen,** Betriebsrat, Hamburg • **„Linkskurve"-Redaktion** • **Heike** und **Wolfgang Walter,** Krankenschwester und Arzt, Hamburg • **Werner Frütsche,** IGM-Vertrauensmann, Singen • **Diethard Möller,** Diplom-Psychologe, Wilhelmsdorf • **Gustav Tilmann,** Studienrat, Bremen • **Dr. med. W. Reibisch** und **Peter Reibisch,** Ärzte, Kiel • **Peter Pirker,** IGM-Vertrauensmann, Meersburg • **Dr. med. Marie-Helene Streicher** und **Hans Joachim Streicher,** Ärzte, Bremen • **Peter Simon,** Schauspieler, Tengen • **Gerhard Stäbler,** Musiker, Essen • **„Pfeffermühle",** Theatergruppe, Bochum • **Marianne Enzensberger,** Germanistin, München • **Detlef Ermisch,** Diplom-Pädagoge, Diez • **Hans-Dieter Schaake,** IGM-Vertrauensmann, Berlin • **Uygungül Gant,** Betriebsrat und Dolmetscher, Osnabrück • **Ulrich Kochan,** Buchhändler, Mainz • **Thomas Hummel,** Gastwirt, Amberg • **Jörn Janssen,** Professor Dortmund • **Helmut Neuhaus,** Dipom-Psychologe, Münster • **Monika Heubl,** Sozialpädagogin, Würzburg • **Peter Weiss,** Schriftsteller, Stockholm • **Leonie Ossowski,** Autorin, Mannheim • **Reinhard Lettau,** Schriftsteller, Frankfurt • • **Redaktion Roter Morgen**

Die Wahl vom 2. Dezember in Portugal

Die União Democrática Popular steigerte ihre Stimmenzahl um 40 Prozent!

Großartiger Erfolg der Volksfrontpolitik der PKP (W)

Die Nachwahlen vom 2. Dezember 1979 zum portugiesischen Parlament, die mit einem Wahlsieg der Rechtskoalition von Sa Carneiro endeten, der mit etwas über 40 Prozent der Stimmen die Hälfte der Sitze errang, brachte für die portugiesischen Kommunisten und Demokraten einen wichtigen Schritt nach vorne. Gegenüber den letzten Parlamentswahlen von 1976 steigerte sich der Stimmenanteil der UDP um über 40 Prozent. War damals ein Kandidat knapp ins Parlament gekommen, so fehlten dieses Mal in Lissabon ganze 3000 Stimmen, um einen zweiten Abgeordneten zu erreichen, in Poto und Selubal ebenfalls nur wenige Stimmen. Gewählt wurde der Spitzenkandidat der UDP, Major Tomé.

Die Steigerung in einzelnen Wahlbezirken war noch höher, vor allem dort, wo in der letzten Zeit große Kämpfe stattgefunden hatten. Auch im Vergleich zu den Wahlen der Regionalvertretungen im Jahre 1977, die der UDP eine ganze Reihe von Regionalabgeordneten gebracht hatten, stieg der Stimmenanteil sehr beträchtlich. Diese Erfolge wurden im Kampf gegen die Reaktion, die revisionistische Partei und die kleinbürgerlichen Opportunisten errungen, die eine Einheitskandidatur der Linken verhindert hatten.

Der absolute Stimmenanteil der UDP stieg von 1,6 Prozent auf rund 2,3 Prozent, 126.700 Stimmen. Die meisten davon wurden in Lissabon erzielt, mit rund 36.000 Wählern. Porto mit 17.100 und Setubal mit 16.000 Wählern folgten. Die größte Steigerung der Stimmenzahl wurde auf den Madeira-Inseln erreicht, wo die Zahl von 1.500 auf 8.500 bei dieser Wahl stieg, ein Anstieg um über 400 Prozent.

Bedeutend vom Ergebnis der Wahl her ist es auch, daß die meisten Stimmengewinne in den Arbeiterbezirken der Großstädte errungen wurden und in den Gebieten der Landreform. In den Wahlbezirken Marvila und Santo Contestável von Lissabon erreichte die UDP 5,0 bzw. 4,7 Prozent der Stimmen. Im Wahlbezirk von Funchal auf Madeira wurde die UDP hinter der Rechtskoalition und der Sozialistischen Partei Soares, die 21000 Stimmen erhielt, mit ihren 8.500 Stimmen drittstärkste Kraft, vor der revisionistischen APU, die 3.800 Stimmen erzielte.

In seiner Erklärung zur Wahl hebt das Exekutivkomitee des ZK der PKP (W) folgende vier Punkte hervor:

1. Obwohl die Mehrheit der Wähler gegen sie gestimmt hat, hat die rechte Allianz von PPD, PSD und CDS die Mehrheit der Sitze im Parlament errungen. Ohne Zweifel werden sie ihre Macht nutzen, um die Errungenschaften der Volkserhebung von 1974 zu beseitigen, vor allem die Agrarreform und die Verstaatlichungen. Sie werden ebenfalls versuchen, eine Änderung des Wahlgesetzes durchzuführen und eine verschärfte Pressezensur durchzusetzen, um sich in der regulären Wahl von 1980 die Mehrheit zu sichern. Diese Pläne können und müssen durch den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse, der Volkskräfte und der Antifaschisten zunichte gemacht werden, die Rechtskoalition muß 1980 wieder zur Minderheit werden.

2. Zum Sieg der Rechten trugen folgende Faktoren bei: die offene und massive Unterstützung der katholischen Kirche, die breite Teile katholischer Menschen für die Rechte mobilisierte, die gewaltige Presse- und Fernsehkampagne für die Rechten, die große politische, technische und vor allem finanzielle Hilfe der spanischen Regierungspartei UCD und der westdeutschen CDU für diese Parteien. Aber auch die volksfeindliche Politik der Soares-Leute in der Führung der Sozialistischen Partei hat schwankende und unsichere Schichten, des Kleinbürgertums vor allem, in die Arme der Rechten getrieben.

Die Politik der Zusammenarbeit mit General Eanes, die die PS von Mario Soares, aber auch die PCP von Alvaro Cunhal über Jahre hinweg betrieben hatten, sie führte dazu, daß in zahlreichen wichtigen Stellen des Staatsapparats und der Medien und vor allem auch der Armee demokratische Kräfte durch reaktionäre Kader ersetzt wurden, die jetzt die Kampagne der Rechtskoalition voll und ganz trugen.

3. Das Wahlergebnis für die UDP zeigt die wachsende revolutionäre Bewußtheit verschiedener Schichten des Proletariats und der Werktätigen. Sie erreichte eine großartige Steigerung ihres Stimmenanteils gegen die gemeinsame Propaganda der Revisionisten und der Spalter, die im Frühjahr des Jahres ausgeschlossen worden waren, sowie anderer Gruppen kleinbürgerlicher Intellektueller, die allesamt davon sprachen, UDP zu wählen sei eine verlorene Stimme.

Die Wahl hat gezeigt, daß die UDP feste Wurzeln im Volk geschlagen hat, daß frühere Wahlerfolge nicht zufällig und vorübergehend waren. Sie hat gezeigt, daß die UDP durch ihren Kampf für die Interessen des Volkes ständig Sympathie gewinnt. Die Wahl hat auch gezeigt, daß die Einheitskandidatur der Volksfront, wie sie die PKP(W) und die UDP gewollt haben, noch größere Siege hätten erringen können.

4. Das Exekutivkomitee des Zentralkomitees der Partei ruft zum Abschluß seiner Erklärung zur Wahl dazu auf, unverzüglich einen gemeinsamen Kampf gegen die Pläne der Rechtskoalition zu führen, die Einheitsfront zu organisieren und die Bezirkswahlen der nächsten Zeit zu Siegen der Volksfront zu machen.

Diese Erklärung des Exekutivkomitees der Partei ist ein deutlicherAusdruck der konsequenten Volksfrontpolitik der portugiesischen Bruderpartei, die die führende Kraft in der UDP ist.

Der Kampf, der zu Beginn des Jahres in der Partei und der UDP gegen jene kleinbürgerliche Kräfte geführt wurden, die angesichts der politische Entwicklung im Lande die PKP(W) auf einen Kurs der Zusammenarbeit mit den Revisionisten drängen wollten, die behaupteten, Volksfrontpolitik und revolutionäre Politik würden sich widersprechen, die von der Partei Zurückhaltung forderten, dieser Kampf führte nicht, wie es die Ausgeschlossenen Fraktionisten wünschten, zu einer Schwächung, sondern ganz im Gegenteil zu einer Stärkung von Partei und UDP.

Sicher, diese Leute haben mit der Kandidatur ihrer eigenen Gruppen ebenfalls Stimmen bekommen. In Lissabon erreichten die Listen mehrerer opportunistischer Gruppierungen zusammen rund 23000 Stimmen, und in Porto erreichten ebenfalls opportunistische Gruppierungen 4.000 Stimmen, die der UDP für einen Abgeordneten fehlten. Sie haben damit aber nicht der Partei und der UDP geschadet, sondern der portugiesischen Arbeiterklasse und den Werktätigen.

Dieses Mal hatten sich noch alle Opportunisten mehr oder weniger gegen die UDP zusammengerauft. Aber ihre Propaganda, die UDP sei nur ein Anhängsel der Partei, konnte nur einen wesentlich kleineren Teil der Wähler beeinflussen, als sie erhofft hatten, und die Festigung und Stärkung der UDP in dieser Wahl ist ein wichtiger Beitrag dazu, die Bedeutung dieser Gruppierungen vollends auf ein Minimum herabzudrücken.

Vor allem aber ist dieser Wahlsieg der UDP, der eine Bestätigung der Politik unserer portugiesischen Bruderpartei ist, ein Meilenstein beim Aufbau einer wahrhaften Volksfront, die über alle Parteigrenzen hinweg die Interessen der Werktätigen verteidigt und unter revolutionärer Führung steht.

Jetzt beginnt der Kampf um die Bezirksvertretungen, wo es darum geht, überall UDP-Abgeordnete zu haben, dort wo es schon einige gibt, ihre Zahl zu erhöhen, um regelrechte Fraktionen bilden zu können, und in einigen Vertretungen, wo es schon Fraktionen gibt, wird der Kampf um die Mehrheit aufgenommen.

Dieser Wahlkampf, betont die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut), muß dazu dienen, die Einheitsfront des Kampfes gegen die Reaktion zu stärken. Der Kampf gegen die Reaktion, gegen die Angriffe auf die Errungenschaften von 1974 und für ihren Ausbau ist die zentrale Aufgabe der portugiesischen Arbeiter und Werktätigen, der Demokraten und Kommunisten.



Major Tomé, einer der Führer der Soldatenbewegung von 1974, der jetzt als Spitzenkandidat der UDP in Lissabon kandidierte und als Abgeordneter für das Parlament gewählt wurde.

Das Programm der UDP wurde von den Massen gut aufgenommen

Interview von „Bandeira Vermelha" mit dem neuen UDP-Abgeordneten Major Tomé

Kurz nach der Wahl sprach *Bandeira Vermelha*, das Zentralorgan der PKP(W) mit dem neugewählten UDP-Abgeordneten Major Tomé. Wir geben das Interview im folgenden in Auszügen wieder.

Bandeira Vermelha: Major Tomé, welches sind Ihre ersten Eindrücke von dieser Wahl?

Major Tomé: Die Wahlen haben gezeigt, daß:

- die Rechte stärker geworden ist, als Konsequenz der rechten Politik des Partido Socialista und der Politik der Zugeständnisse der PKP, ihrer Unterwerfung unter General Eanes;
- das Programm der UDP, mit dem ich mich identifiziere, von den Massen gut aufgenommen wurde, was sich am entschiedenen Stimmengewinn zeigt;
- Die zentristische Politik, um die Einheit der Linken zu erreichen, zur Schwäche und zur Zersetzung führt, daß sie vom werktätigen Volk abgelehnt wird, wie es die — voraussehbare — Niederlage der UEDS (eine Organisation, die von ausgeschlossenen Fraktionisten der portugiesischen Bruderpartei aufgebaut wurde — RM) zeigt;
- jene nicht im Recht waren, die behaupteten, diese Wahlen seien nicht wichtig und sich weigerten, jetzt in den Kampf gegen die Rechten zu treten und für den Aufbau der Volkseinheit zu arbeiten;
- jene ebenfalls nicht im Recht waren, die, von Panik befallen, sich von der revolutionären Linken abwandten und, mit verschiedenen Schattierungen, die „nützliche Stimmabgabe" verlangten;
- jene gescheitert sind, die auf die Schwächung der UDP hofften und ihre „vorhersehbare" Zersetzung.

BV: Was heißt das für Sie konkret in bezug auf das Wahlergebnis der UDP?

Major Tomé: Die UDP ist stärker geworden. Ihre Politik, die in ihrem Wahlprogramm ausgedrückt war, hat bewiesen, daß sie in der Lage ist, eine immer wachsende Zahl von Menschen des armen und ausgebeuteten Volkes zu mobilisieren. Sie erreichte es, einen Abgeordneten zu erringen, wobei es knapp daran war, daß es drei oder gar vier wurden ...

BV: Welche Perspektiven hat die UDP jetzt im politischen Kampf?

Major Tomé: Die Verstärkung der rechten und volksfeindlichen Politik und die Angriffe auf die Freiheiten, wie sie dieser Wahl folgen werden, werden eine Radikalisierung der Volksbewegung erzeugen und dementsprechend die Möglichkeiten für die revolutionären politischen Vorschläge der UDP steigern, was es erlauben wird, die Reformisten zu entlarven, einen effektiven Aufbau der Volkseinheit im Kampf zu erreichen und eine Niederlage der Rechten 1980 vorzubereiten, nicht nur bei den Wahlen, sondern auch im praktischen Kampf und bei der Stärkung der Arbeiterorganisationen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 60.- ○ halbjährlich DM 30.-

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML' REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.

Reportage


Die bäuerliche Landwirtschaft ist vom Ruin bedroht. Trotz Verlängerung des Arbeitstages ist es den Bauernfamilien kaum noch möglich, einen ausreichenden Gewinn zu erwirtschaften. Pachtzinswucher, Bodenspekulation, extrem niedrige Erzeugerpreise, immer höhere Verschuldung: damit haben die kleinen und mittleren Bauern Tag für Tag zu kämpfen.

Über die Arbeit der revolutionären Landvolkbewegung

„Die freie Marktwirtschaft ist unser Untergang!"

Zu Gast auf einer Bauernversammlung bei Bremervörde

Gegen 16 Uhr 30 breche ich auf, Richtung Norden. Über die B1 geht es im nervenden Schrittempo. Ich habe es eilig. Um 20 Uhr muß ich in Alfstedt sein, einer kleinen Bauerngemeinde in der Nähe von Bremervörde. Die Revolutionäre Landvolkbewegung [RLB] hat zu einer Versammlung aufgerufen, an der ich teilnehmen möchte. Zum Glück ist die Bremer Autobahn frei, so daß ich gegen 19 Uhr 45 an der Gaststätte eintreffe, wo die Versammlung stattfinden soll.


Die Bäuerin Gertrud Becker aus Nordenham eröffnet die Versammlung der Revolutionären Landvolkbewegung.

Gleich am Eingang des Versammlungsraumes steht ein Informationsstand der RLB. Hier sind sämtliche Ausgaben der Zeitung *Freies Landvolk* als kostenlose Probeexemplare zu haben; der Programmentwurf der RLB liegt aus, und verschiedene illustrierte Tafeln machen auf die schwere Situation der bäuerlichen Landwirtschaft aufmerksam.

Gegen 20.10 Uhr sind etwa 45 Bauern versammelt. Die Bäuerin Gertrud Becker aus Nordenham in der Wesermarsch begrüßt die Anwesenden. Und damit die Bauern wissen, mit wem sie es eigentlich zu tun haben, stellt sie sich zunächst einmal vor.

25 Jahre lang hat sie in der Landwirtschaft gearbeitet. In der landwirtschaftlichen Ausbildung hat sie es bis zum Meister gebracht. Heute ist ihr Mann im pensionsfähigen Alter. Der Hof muß verpachtet werden, weil von den drei Söhnen keiner in der Landwirtschaft arbeiten will.

„Wir werden trotz harter Arbeit um den Ertrag betrogen!"

„Und warum?" fragt sie die Versammlung. **„Weil man heutzutage in der bäuerlichen Landwirtschaft trotz härtester Arbeit um den Ertrag betrogen wird. Weil der kleine und mittlere Bauer von allen Ecken und Enden bedroht wird. Weil man ihm ständig die Leier vom Gesundschrumpfen predigt, was ihn doch nur um Kopf und Kragen bringt."**

Die Gesichter der Bauern sprechen für sich. Ich sehe, daß ihnen diese Probleme nicht fremd sind. Mittlerweile hat Gerd Coldewey, der Verleger des *Freien Landvolk*, das Wort ergriffen. Seine Sprache ist den anwesenden Bauern vertraut, nicht nur von der Mundart her, die verrät, daß er in ihrer Gegend großgeworden ist. In kurzen Worten gibt er einen knappen Überblick über die Lage der bäuerlichen Landwirtschaft.

Wer weiß schon, daß das bäuerliche Einkommen nur etwa 60 Prozent der durchschnittlichen Industrielöhne ausmacht? Wer weiß schon, daß die überwiegende Mehrheit der Bauern trotz immer längerer Arbeitszeit kaum noch in der Lage ist, kostendeckend zu wirtschaften? Die Bauern bekommen für das von ihnen produzierte Schweinefleisch das gleiche Geld wie vor 24 Jahren.

Da die Preise ansonsten davongaloppiert sind, kann sich jeder ausrechnen, was da unter dem Strich übrigbleibt. Ein Bauer mit 100 Schweinen kann gerade noch ein Reineinkommen von 13,80 Mark pro Stunde erwirtschaften und muß davon alle Unkosten bestreiten wie Pachtzins, Kreditrückzahlung, Reparaturen an Haus und Hof, Neuanschaffungen, Lebenshaltungskosten etc.

Ein Agrarkapitalist dagegen, der sich Großanlagen für 2500 Schweine leisten kann, erwirtschaftet nach der gleichen Rechnung 60,80 Mark pro Stunde, wobei die Rabatte für Futtermittel etc., die er in großen Mengen bezieht, noch gar nicht mitgerechnet sind.

Die Betriebsmittel sind erheblich teurer geworden. Der Preis für Traktoren hat sich in den letzten acht Jahren verdoppelt. Den Bauern wird eingeredet, daran seien die hohen Arbeiterlöhne schuld. Daß dies eine hinterhältige Lüge ist, die darauf abzielt, die Einheitsfront zwischen Arbeitern und Bauern zu verhindern, beweist der Redner am Beispiel des Stickstoffdüngerpreises von 1970.

BASF mußte damals für die Erzeugung von einer Tonne Reinstickstoff 110 Mark aufwenden. Der Bauer mußte für eine Tonne das Zehnfache berappen. BASF verschiffte einen Großteil seiner Stickstoffproduktion nach Portugal. Ein kleiner norddeutscher Düngemittelhändler kaufte einen Teil des Stickstoffs in Portugal auf, finanzierte den langen Transport auf eigene Rechnung und konnte den Dünger immer noch erheblich billiger anbieten als BASF es tat.

„Hinter der Milch sitzt die Mafia!"

Als der Redner auf den sogenannten Milchpfennig zu sprechen kommt, gibt es Bewegung im Saal. „Hinter der Milch sitzt die Mafia!" höre ich einen Zwischenrufer aus den hinteren Reihen.

Die Milchwirtschaft ist ein sehr arbeitsintensiver Produktionszweig der Landwirtschaft. Sie ist eine der wenigen Sparten, in denen auch der kleine Bauer noch einigermaßen wirtschaftlich arbeiten kann.

Der Milchpfennig ist eine Erfindung, die von den Agrarbürokraten in Brüssel und Bonn stammt, die übrigens auch vom Bauernverband gutgeheißen wird. Der Bauer ist dazu verurteilt, pro Liter verkaufte Milch zwischen 0,9 und 3,6 Pfennig zu zahlen, eine Maßnahme, die vor allem den kleinen Bauern schadet. Der Vorwand für diese Zwangsabgabe ist der Milchpulverberg, der sich in den Lagerhäusern der EG türmt, damit die Agrarkapitalisten die enormen Verbraucherpreise hoch halten können.

Ein kleiner Bauer mit 20 Kühen produziert etwa 100000 Liter Milch im Jahr. Damit erzielt er einen Reingewinn von 20000 Mark. Dieser Bauer muß nun nach dem Willen der Brüsseler EG-Bürokraten 2,7 Pfennig pro Liter zahlen, um überhaupt das Recht auf Verkauf zu haben. So kommt es zu der stolzen Summe von 2700 Mark, um die sich sein Gewinn schmälert. Das ist ein Verlust von 13,5 Prozent.

Auch hier ist der Bauer gezwungen, den Arbeitstag zu verlängern, wenn er nicht in seiner bäuerlichen Existenz vernichtet werden will, worauf die Maßnahme mit dem Milchpfennig allerdings deutlich abzielt. Oder er muß seinen Betrieb durchrationalisieren, was mit erheblichem Kapitalaufwand verbunden ist. Das wiederum bedeutet, noch tiefer in die Abhängigkeit der Banken zu geraten.

Zwar ist den anwesenden Bauern aus der täglichen bitteren Erfahrung mit Banken, Behörden und Großbauern nur zu klar, daß ihr Berufsstand von der Ausrottung bedroht ist, doch zeigen sie sich durch die Bank weg beeindruckt, daß das auch einmal mit klaren Worten zur Sprache kommt, vor allem deshalb, weil der Deutsche Bauernverband, dem diese Aufgabe eigentlich zufiele, in dieser Hinsicht herzlich wenig unternimmt, womit wir beim letzten Punkt des Abends wären.

„Die Verbandsfunktionäre sind alle zu müde!"

Der besteht zunächst einmal darin, daß die anwesenden Bauern sich den aufgestauten Ärger und Unmut über ihre Verbandsfunktionäre von der Seele reden. Schwer enttäuscht sei er vom Landvolk (so heißt der Bauernverband in Niedersachsen), empört sich einer der wenigen jüngeren Bauern, die anwesend sind.

Ein anderer Bauer erzählte, er habe vor vier Jahren die Absicht gehabt, das seit 25 Jahren von ihm gepachtete Ackerland zu erwerben. Der Geschäftsführer des Landvolks erklärte ihm großspurig, man würde ihm ein Vorkaufsrecht einräumen. Doch den Zuschlag bekam ein anderer Bauer, der, wie sich später herausstellte, sein Brot nicht mehr mit landwirtschaftlicher Tätigkeit verdiente, sondern ein schwungvolles Geschaft mit Spielbanken unterhielt. „Vorkaufsrecht hat also nicht der, der das Land seit Jahrzehnten bebaut, sondern der mit der dicksten Geldbörse." Was einen anderen Bauern zu der knappen Einschätzung veranlaßt, „die Leute mit dem großen Geld, die nichts mit der Landwirtschaft zu tun haben, verdrängen uns von Grund und Boden", worauf der jüngere Bauer nachstößt: „Und unsere Verbandsfunktionäre machen das Spielchen mit."

Plötzlich erhebt sich ein bestimmt schon über 60jähriger Bauer schwerfällig, von dem ich die ganze Zeit den Eindruck hatte, er würde desinteressiert vor sich hindösen, sich lediglich auf seine kleinen, filterlosen Zigaretten konzentrieren, von denen er eine nach der anderen hereinzieht. „Die Bauernvertreter sind alle zu müde", urteilt er. Der für ihn zuständige Geschäftsführer des Landvolks sei mindestens 25mal im Jahr in der Zeitung, allerdings in seiner Funktion als Brandmeister, nie als Bauernfunktionär. „Und die letzte Demonstration vom Landvolk? Das war doch nichts Halbes und nichts Ganzes. Da wurde ein bißchen rumgequakt, und dann konnten wir wieder nach Hause. Die Trecker mußten wir unter den Buchen verstecken, daß sie auch ja kein Aufsehen erregen. Das nächste Mal muß so eine Aktion richtig beschickt werden. Wenn eine Demonstration, dann mit Nachdruck!"

„Wenn eine Demonstration, dann mit Nachdruck!"

Gegen 22.30 Uhr ist der offizielle Teil des Abends zu ende. Doch man sitzt noch bis nach Mitternacht zusammen. Alle sind sich einig, die Aktion ist die einzige Sprache, die die Agrarkapitalisten, die Großbauernschaft und der Bonner Staat verstehen. „Stillhalten hat nichts gebracht. Es ist unsere verdammte Pflicht, uns zu wehren."

Als ich am nächsten Morgen wieder südwärts, Richtung Ruhrrevier, fahre lasse ich mir die Bauernversammlung noch einmal durch den Kopf gehen. Schnell habe ich die Nordseedeiche hinter mir gelassen, die das bäuerliche Acker- und Weideland oft nur unzureichend vor Sturmfluten schützt. Die eintönige Autobahnfahrt, das sture Kilometerfressen läßt den Eindruck der mit zahllosen Entwässerungsgräben durchzogenen Küstenlandschaft schnell verblassen. Was mir aber lange in Erinnerung bleiben wird, sind die Bauern der Region. Das waren nicht die Bauern, die wir aus der Welt der bürgerlichen Vorurteile kennen; das waren Menschen, die Tag für Tag auf ihren Höfen während der harten landwirtschaftlichen Arbeit erfahren, daß der Kapitalismus die bäuerliche Landwirtschaft systematisch vernichtet zugunsten einer Handvoll Großbauern und Agrarkapitalisten. „Die freie Marktwirtschaft ist unser Untergang!" hatte ein schon älterer Bauer auf der Versammlung gesagt.


Die Milchwirtschaft ist noch eine der wenigen Produktionszweige, in denen auch der kleine Bauer noch einigermaßen wirtschaftlich arbeiten kann. Doch der Milchpfennig macht ihm schwer zu schaffen.

Iran, Nicaragua, El Salvador, Bolivien

1979 — das Jahr, in dem die Tyrannen stürzten

Die Revolution ist ein Problem, das zur Lösung ansteht

Am Ende des Jahres 1979 fällt bei einem Rückblick auf die Ereignisse in der ganzen Welt vor allem die lange Liste der Tyrannen und Diktatoren auf, die in diesem Jahr ihre Macht verloren, die von der Volksrevolution hinweggefegt oder unter dem Druck der revolutionären Bewegung von ihren jeweiligen Oberherren beseitigt wurden.

Angeführt wird diese Liste vom Henker der Völker des Iran, dem Schah Reza Pahlevi, der zu Beginn des Jahres von den breiten Massen der Werktätigen verjagt wurde. Dies war das Werk des Volkes und nicht die Tat dieses oder jenes Ayatollahs. Der Sturz des Schah war für den USA-Imperialismus eine gewaltige Niederlage. Dem folgte der Sturz der Somozaclique, deren Herrschaft in den hohen Wellen der Bewegung des nicaraguanischen Volkes unterging.

Diktatoren wie Oberst Romero in El Salvador, Bokassa in Zentralafrika, Park Chung Hee in Südkorea, Idi Amin in Uganda, Macias Nguema in Guinea mußten gehen, um die Woge der Unzufriedenheit, die in ihren Ländern ausgebrochen war, zu beruhigen. Der Putschversuch des Oberst Natusch Busch in Bolivien scheiterte am entschlossenen Widerstand der bolivianischen Arbeiterklasse.

In anderen Ländern, wie in Brasilien und Indien war das Jahr 1979 das streikreichste seit Jahrzehnten. Wobei die Streiks mit zahlreichen militanten Kämpfen gegen Polizei und Armee verbunden waren.

Angesichts der aggressiven Haltung der USA-Imperialisten gegenüber dem Iran entwickelte sich in letzter Zeit in ganz Asien eine machtvolle Bewegung gegen den USA-Imperialismus. Bei Demonstrationen in zahlreichen Ländern bekundeten Millionen von Menschen ihre Solidarität mit den Völkern des Iran.

Neue Taktiken der USA-Imperialisten

Nach der schweren Niederlage, die die USA durch den Sturz des Schahs erlitten hatten, als auch ihre neue Figur Bakhtiar im Iran keine Rolle mehr spielen konnte, reagierten die Strategen der Wallstreet mit einer Verfeinerung ihrer Taktik. Sie versuchen heute verstärkt, in die nationalen Befreiungsbewegungen selbst einzudringen, um so ihre Macht auch dann nicht zu verlieren, wenn sich das Volk gegen die alten von Washington gesteuerten Diktatoren erhebt. Die Entwicklung des „Frente Sandinista de Liberacion Nacional" in Nicaragua ist hierfür das beste Beispiel. Wurden solche Befreiungsbewegungen — auch wenn sie unter bürgerlicher Führung standen — früher von den USA bis aufs Messer bekämpft und kamen solche Organisationen dadurch meist unter den Einfluß der sowjetischen Revisionisten, wie am Beispiel Cubas und Angolas zu sehen ist, so wirkt jetzt der USA-Imperialismus, unter dem Mantel des „Kampfes für die Menschenrechte", wie ihn Jimmy Carter propagiert, in diese Befreiungsbewegungen hinein, macht seinen Einfluß geltend, um in jenen Ländern das kapitalistische System zu erhalten. Das war auch der Grund für das große Lob, das die sandinistische Befreiungsfront nach dem Sturz Somozas für ihre angeblich humane Vorgehensweise erhielt.

Es werden Zugeständnisse gemacht, um die eigene Macht zu erhalten. Daß es sich dabei jedoch nicht etwa darum handelt, daß der USA-Imperialismus seinen Charakter gewandelt hätte, zeigt sich daran, wie brutal vorgegangen wird, wenn diese Taktik nicht zieht, wie am Beispiel Iran, oder auch dort, wo die Lage für solche Experimente insgesamt zu labil ist, wie in Südkorea.

So wie diese Taktik in Nicaragua von dem Beauftragten des Washingtoner Außenministeriums Viron Vaky durchgeführt wurde, so versuchte dies im afrikanischen Raum der US-Botschafter Andrew Young, der sich als Fürsprecher des Kampfes gegen den Rassismus ausgab, Verbindungen mit nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika aufnahm und immer wieder erklärte, sie seien keineswegs „kommunistisch infiltriert".

Ein weiteres Beispiel für diese Taktik war der Putsch einer Obristenjunta gegen den Diktator Romero in El Salvador. Romero hatte sich geweigert, Reformen durchzuführen, die die USA von ihm verlangten, um die revolutionäre Bewegung im Lande abzubremsen. Also wurde ein Putsch von sozialdemokratisch orientierten Offizieren organisiert, der nun diese Aufgabe, die Beruhigung des Volkes, erfüllen sollte. Die neue Junta forderte denn auch alle Kräfte zur Zusammenarbeit auf, gewann aber nur die Unterstützung der revisionistischen Kommunistischen Partei Salvadors.

Auch die sowjetischen Sozialimperialisten schlugen bei der Liquidierung des vom Volke gehaßten Statthalters Taraki in Afghanistan eine ähnliche Taktik ein. Sein von Moskau ernannter Nachfolger Amin trat mit großen Reformversprechungen für das Volk sein Amt an, und unternahm verschiedene Versuche, um seinen Einfluß auf die Oppositionsbewegung wieder auszudehnen.

Wirkliche Verbesserungen für die Völker

Angesichts dieser Entwicklung, angesichts der Erfahrungen der Revolutionen von Nicaragua und dem Iran, stellt sich heute mancher die Frage, ob dieser Kampf, der dort gegen die Diktatoren geführt wurde, sich wirklich gelohnt habe, oder ob dies nicht alles nur ein Wechsel von Gesichtern gewesen sei, bei dem im wesentlichen aber alles beim alten geblieben sei.

Betrachet man die Entwicklung in diesen Ländern, aber auch in anderen der genannten Staaten genau, so kann man leicht feststellen, daß diese Ansicht ganz falsch ist. Sowohl in Nicaragua, als auch im Iran haben sich die breiten Massen des Volkes in der revolutionären Bewegung eine Reihe von Rechten erkämpft, die heute noch bestehen, von denen sie heute noch Nutzen haben. Solche Rechte, wie Versammlungsfreiheit, Streikrecht, Amnestie für politische Häftlinge usw. sind zunächst in der Regel einmal wichtige Verbesserungen der Lage der werktätigen Massen. Daß diese Rechte in der Regel von den neuen bürgerlichen Machthabern offen angegriffen werden, heißt nicht, daß das Volk auf sie verzichtet. Im Gegenteil, diese Entwicklung und die gesammelten Erfahrungen aus dem revolutionären Kampf gegen die alten Diktatoren selbst, tragen dazu bei, daß sich die politische Bewegung weiter entwickelt, daß sich die revolutionäre Perspektive als eine reale Alternative für breitere Teile des Volkes erweist.

In all diesen Ländern ist mit dem Sturz der alten Tyrannen die revolutionäre Bewegung der Volksmassen keineswegs zum Stillstand gekommen. Am deutlichsten zeigt sich das im Iran. Wir erleben dort in diesen Tagen nicht nur einen neuen Aufschwung des antiimperialistischen Kampfes, der sich in erster Linie gegen die amerikanische Supermacht richtet. Es wird auch deutlich, daß Khomeiny zunehmend an Einfluß verliert — trotz seines Bemühens, sich an die Spitze der antiamerikanischen Bewegung zu stellen. Die von ihm kürzlich erzwungenen Wahlen zu einer „Islamischen Republik" etwa wurden in einigen Provinzen vollständig und von den Erdölarbeitern — dem Kern des iranischen Proletariats — weitgehend boykottiert.

In Nicaragua ist es der neuen Junta trotz aller massiven Versuche bis heute nicht gelungen, die Volksmassen wieder zu entwaffnen. Für alle die genannten Länder ist kennzeichnend, daß die werktätigen Massen die Errungenschaften ihrer revolutionären Erhebungen auch gegen die neuen bürgerlichen Regimes verteidigen. Sie nutzen zudem die im Kampf errungenen Positionen, vor allem die erkämpften demokratischen Rechte, um weiter voranzuschreiten auf dem Weg ihrer vollständigen nationalen und sozialen Befreiung. Der entscheidende Faktor in dieser Entwicklung ist die Tatsache, daß sich in einigen dieser Länder kommunistische Parteien herausgebildet haben, die ihren Einfluß auf das Proletariat und die übrigen werktätigen Massen verstärken und sie im Kampf für die volksdemokratische Revolution organisieren.

Wenn auch in diesem Jahr einige vom Imperialismus abhängige Länder Schauplätze der größten gesellschaftlichen Erschütterungen waren, so bedeutet das keineswegs, daß die imperialistischen Länder selbst Zonen der Ruhe innerhalb des revolutionären Sturms geblieben wären. Westeuropa etwa war in diesem Jahr von breiten wirtschaftlichen Kämpfen erschüttert. In der Bundesrepublik war es der große Stahlarbeiterstreik um die Jahreswende; Italien erlebte eine ununterbrochene Kette von Kämpfen gegen die Teuerung; in Frankreich, Dänemark und den Niederlanden entwickelten sich breite Aktionen der Werktätigen gegen die Wirtschaftsprogramme der jeweiligen Regierungen zur kapitalistischen Krisenbewältigung. Bezeichnend war ferner, daß mit den Kämpfen gegen die Folgen der Krise auch der politische Kampf einen neuen Aufschwung genommen hat — Beispiele dafür waren die Massenaktionen gegen den Rassismus in Britannien, gegen Stauß in der Bundesrepublik, gegen politische Entlassungen in Italien usw.

Die marxistisch-leninistische Weltbewegung erstarkt

In diesem Jahr der allgemeinen Verschärfung des Klassenkampfes erstarkte auch die marxistisch-leninistische Weltbewegung.

Eine Anzahl neuer Parteien in verschiedenen Kontinenten nahm die Arbeit auf, während die bereits länger kämpfenden Parteien sich vom revisionistischen chinesischen Einfluß freigemacht haben und daran gehen, im Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen eine noch aktivere Rolle zu spielen. Die konkrete Anwendung der Einheitsfronttaktik hat in verschiedenen Ländern dazu geführt, daß der Einfluß der wahrhaft kommunistischen Parteien weiter gestiegen ist.

Während die Imperialisten, vor allem die beiden Supermächte darangehen, ihre Kriegsvorbereitungen zu verstärken, und ihre Positionen in den verschiedenen Teilen der Welt zu festigen, haben die marxistisch-leninistischen Parteien ihre internationale Einheit gestärkt, um eine Weltfront gegen Imperialismus, Revisionismus und Reaktion zu schaffen.

Sie scharen sich dabei um das sozialistische Albanien, das, allen Unkenrufen und Hoffnungen der Imperialisten zum Trotz, aus dem Kampf gegen den chinesischen Sozialimperialismus nicht geschwächt, sondern gestärkt hervorgegangen ist, und dessen Partei der Arbeit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung eine wertvolle Hilfe gibt.

Mit der Stärkung der wahrhaft kommunistischen Parteien, der Ausweitung ihres Einflusses, der Schaffung neuer Parteien in weiteren Ländern verbessern sich sowohl die Perspektiven des antiimperialistischen Kampfes in den abhängigen Ländern, wie auch die des antikapitalistischen, antifaschistischen Kampfes in den imperialistischen Ländern selbst.



Der 1. Mai in Teheran: Zum ersten Mal nach Jahrzehnten konnten die Arbeiter des Iran ihren Feiertag wieder öffentlich begehen. Diese Kundgebung stand im Zeichen des Verlangens nach der Fortsetzung des Kampfes. Die Parole lautet unter anderem: „Für die stählerne Einheit der Arbeiter!"



Streikende Arbeiter bei VW do Brasil: trotz des Einsatzes von Polizei und Armee durch die westdeutschen Kapitalisten hat sich in den letzten Jahren die Belegschaft von VW Sao Paulo zu einer der aktivsten Gruppen der brasilianischen Arbeiterschaft im Kampf gegen Diktatur und Inflation entwickelt.



Jubel in Nicaragua: Befreiungskämpfer ziehen in die Hauptstadt Managua ein, Somoza, der Herrscher von Washingtons Gnaden, war geschlagen.



Streik bei Fiat/Turin: mit der politischen Entlassung von 61 Fiatkollegen wollte der faschistische Großkapitalist Agnelli einen Schritt zur Knebelung der italienischen Werktätigen durchführen, der ihm — trotz der Hilfe der KPI Berlinguers — mißlang. Dies war einer der vielen politischen Kämpfe, die die europäischen Arbeiter in diesem Jahr durchführten.

Ein Jugendmagazin kommt an

Reportage



„Bei mir ist die Nummer mit dem Strauß am besten gegangen"

einem Westberliner Roter-Rebell-Verkäufer auf der Spur

Durchschnittlich verkauft er 60 *Rote Rebells* (RR) im Monat, der Genosse Klaus aus Westberlin, mit dem ich um 7.15 Uhr an der U-Bahn-Station „Berliner Straße" verabredet bin. Mit ein paar Minuten Verspätung treffe ich ein, steige zu Klaus in den Wagen und lasse mich zu einer in der Nähe liegenden Berufsschule für das Bäckereigewerbe kutschieren. „Bin selbst auf dieser Schule gewesen; bin gespannt, ob ich alte Bekannte treffe", erzählt er mir, während wir uns durch den Berufsverkehr schlängeln.

Schon sind wir angekommen. Klaus klappt den Kofferraumdeckel hoch und fördert aus einer großen Kiste etliche Nummern der Novemberausgabe des RR zutage. Es ist 7.30 Uhr. Die ersten Berufsschüler kommen müde und lustlos dahergeschlendert, gehen aber noch nicht rein, sondern finden sich draußen in einzelnen Gruppen zusammen, diskutieren, erzählen, sind sich einig darin, den Schultag möglichst schnell hinter sich zu bringen.

Zielstrebig steuert Klaus auf die erstbeste Gruppe zu. Er hat seine eigene Verkaufsideologie, am Abend vorher hat er mir sein Rezept bei einer gemütlichen Tasse Tee verraten.

„Jedenfalls bin ich der Meinung, daß wir mit dem RR etwas anzubieten haben", hat er seinen Bericht begonnen, ***„und genau davon müssen wir ausgehen."***

Als ich ihn gefragt habe, welche Erfahrungen er beim RR-Verkauf vor Gewerkschaftsjugendveranstaltungen gemacht hat, ist er ins Schwärmen gekommen: *„Gewerkschaftsjugendveranstaltungen sind generell das Ideale überhaupt!"* hat er klipp und klar erklärt. Es sei ihm in seiner Verkäuferlaufbahn noch niemals vorgekommen, daß er keinen RR an den Mann gebracht hat. Im Gegenteil: *„Bei einer Gewerkschaftsjugendveranstaltung gabs da so einen Funktionär, einen Vertrauensmann oder sowas, nimmt sich einen RR mit rein, kommt wieder raus und ruft mir zu: ‚Da draußen frierst Du doch, komm rein und verkauf drinne!' Bin ich eben reingegangen und habe 17 RRs verkauft."*

Ob er in Jugendheime ginge? Klar, könnte man auch mal machen, aber die Gewerkschaftsjugend, das ist das wichtigste. Und es soll ihm niemand erzählen, das ginge nicht, dann wird er fuchsteufelswild.

Zurück zu unserer Verkaufsaktion vor der Berufsschule. Mittlerweile ist Klaus in einer Traube Jugendlicher verschwunden. Nur sein Organ — echt Berliner Schnauze — ist weit zu hören. *„Hey Leute, habt Ihr schon den neuen RR gelesen?"* ruft er in der Manier eines abgebrühten Vertreters, so daß die Berufsschüler garantiert den Eindruck bekommen, sie hätten was verpaßt, wenn sie den neuen RR noch nicht gelesen haben. Ich höre heiße Diskussionen. Und mit einer Geste, die keinen Widerspruch duldet, drückt er jedem ein Exemplar in die Hand, zum Durchblättern.

Ende Oktober brachten KPD/ML und Rote Garde eine Zeitung für das BFW heraus, REHA genannt. Klaus beschreibt die Wirkung so: *„Ein Riesengetümmel überall! Das war vielleicht ein Wirbel! Schnell war die REHA vergriffen."*


Klaus beim Verkauf des *Roten Rebell*

Dann geht er weiter. Abkassieren bzw. zurücknehmen kann man ja noch später. Auf dem Rückweg stellt er ärgerlich fest, daß er alte Exemplare vergessen habe. Auf meinen fragenden Blick hin, klärt er mich auf, daß es manche Berufsschüler mit dem Geld nicht so dicke haben, da sei es immer gut, wenn man kostenlose Probeexemplare hat. Insgesamt verkaufen wir sechs RRs in einer knappen halben Stunde.

Der freie Verkauf des RR ist ohne Zweifel eine wichtige Methode, das Jugendmagazin der Roten Garde unter der Jugend bekannt zu machen. Entscheidend aber ist die Gewinnung eines breiten Käuferstammes. **Unter diesem Gesichtspunkt hängt die erfolgreiche Arbeit mit dem RR mit der Verankerung des Jugendverbandes zusammen — und darum geht es uns Kommunisten ja schließlich.**

Auch in dieser Hinsicht verdienen die Erfahrungen von Klaus einige Beachtung. Klaus, der das Bäckerhandwerk erlernt hat, ist Umschüler am Berufsförderungswerk (BFW). Das Lernen macht ihm Spaß; hier und da gibt er Nachhilfeunterricht; auf diese Weise hat er guten Kontakt zu seinen Kollegen bekommen. Seine Gruppe besteht aus 28 Leuten. Zehn lesen regelmäßig den RR; sie hat er als feste Käufer gewonnen.

Die Zeitung packt heiße Eisen an. Sie nimmt sich einen gewissen Berater mit Namen Herrmann aufs Korn, der Manieren hat, *„die an das III. Reich erinnern oder an den Stasi in Ostberlin"*.

Ferner bedeckt sie eine bereits existierende BFW-Zeitung — die *Rosarote Brille* — mit beißendem Spott. *„Sie kommt nur alle drei Monate 'raus und bringt dabei nichts, was dem Herrn Geschäftsführer nicht genehm wäre — ganz legal, nach Vereinbarung!"* Auf der letzten Seite dann Abo-Werbung für den RR und Mitglieder-Werbung für die Rote Garde.

Vergeblich fahndet der Geschäftsführer nach den Verfassern der REHA. Klaus hat erzählt: *„Wie ich da durch die Gegend laufe, kommt mir ein Mädchen entgegen und grinst mich an; ich grinse zurück, warum nicht? Bin ja ein höflicher Mensch. Beim nächsten Mal grinst sie wieder. Ich frage: ‚Was grinst Du denn so?' — ‚Habt Ihr dufte gemacht, das Ding, wa?', sagt sie. Ich darauf: ‚Die REHA? Die hab' ich nicht gemacht!' — ‚Ja, ick weeß, die hast Du nicht gemacht, aber trotzdem prima! Übrigens, Du hast doch bestimmt einen RR in der Tasche!' Auf diese Weise habe ich jetzt 15 feste Abnehmer am BFW."*

Und so ist Klaus immer auf Achse. „Gewerkschaftsveranstaltungen nehm' ich grundsätzlich mit." Da durchforstet er die Veranstaltungskalender der Tagespresse und ruft auch schon mal seinen Bruder an, der ist V-Mann bei der ÖTV. Der hat öfter mal einen heißen Tip auf Lager.

Dann ist Klaus jeden Samstag vor einer Schule zu finden; dann hat er jede Menge Bekannte und Freunde, und ich kann mir lebhaft vorstellen, daß die gleich ein Markstück vorkramen, wenn sie ihn von weitem sehen. Und so kommt er dann auf 60 Stück pro Monat, **im Durchschnitt**, wohlgemerkt!

Die Strauß-Nummer ist sein heißer Favorit. Das sei bisher die beste, die die RR-Redaktion herausgebracht hätte. Schon allein die Titelseite — Klaus ist ganz begeistert. Seine Begeisterung drückt sich auch in Zahlen aus. 80 Stück im Monat ist sein Rekord. Den hat er mit seiner Lieblingsnummer errungen . . .

Übrigens, den *Roten Morgen* verkauft er auch, durchschnittlich drei bis vier pro Woche. Aber seiner Meinung nach ist das zuwenig. Das muß verbessert werden, meint er.

Solang der Vorrat reicht der Preisknüller des Jahres

Stückpreis zwischen 25 und 50 Pfennig

„Für jeden etwas!" ist man geneigt zu sagen, wenn man die Fülle der verschiedenen Themen des Jahrganges 1979 des „Roten Rebell" (RR) an sich vorüberziehen läßt. Dabei ist das Jugendmagazin der Roten Garde beileibe kein Blatt, daß sich jeder Modeströmung — und sei sie noch so verkommen — anpaßt, um nur ja ins Geschäft zu kommen.

Der Report über die DBG-Jugend „Zoff an der Basis oder Alles Gute kommt von unten" zeigt, daß der RR durchaus in der Lage ist, zu einem Organ der klassenkämpferischen jungen Gewerkschafter zu werden. Zum Teil hervorragend sind die Beiträge des RR zum Kampf gegen Reaktion und Faschismus. Die ironischen und knallharten Kommentare zur Kanzlerkandidatur des CSU-Chefs haben weit über den Kreis der Roten Garde hinaus Anerkennung gefunden. Ein Thema für sich: Der Rebell-Speziell, „vier Seiten mit nur Quatsch". Wer dabei über untrainierte Lachmuskeln verfügt, wird sich schnell einen Muskelkater einfangen.

Zur Sache: Der Verlag Roter Morgen hat für Kenner und Genießer noch einige Exemplare in der Hinterhand und gibt sie für 25 Pfennig (Nr. 1-10/79) bzw. 50 Pfennig (Nr. 11 und 12/79) ab. Postkarte genügt! Verlag Roter Morgen; Postfach 30 05 026; 4600 Dortmund 30.



Nachlese zum Herbstmanöver „Harte Faust"

„Der Krieg wird bis auf den scharfen Schuß durchgespielt!"

Aus „Roter Marder", Soldatenzeitung der Roten Garde

Bekanntlich veranstaltet die Bundeswehr in Zusammenarbeit mit der NATO Jahr für Jahr im Herbst ihre Manöver; in diesem Jahr war das Training für den Krieg besonders breit angelegt. Die Folge waren besonders viele Todesopfer, besonders starke Flurschäden. (Wir berichteten darüber). Im folgenden nun ein Artikel aus der Sicht revolutionärer Soldaten. Wir haben ihn der Soldatenzeitung *Roter Marder*, die die Rote Garde für den norddeutschen Raum herausbringt, entnommen.

Das Manöver — schon sein Name *Harte Faust* sagt alles — war für uns einfache Soldaten eine Rödelwoche. „Der Krieg wird bis auf den scharfen Schuß durchgespielt", sagte ein Hauptfeldwebel. Wir vom Jägerbataillon 172 waren bei den Angreifern, bei den „Roten". Typisch für die Bundeswehr und die NATO, daß „Rot" immer der Angreifer ist.

Gleich am ersten Tag zeigte sich, daß sich die Bundeswehr einen Dreck um uns kümmert. Wir vom Vorkommando bekamen zwar noch vor der Abfahrt in unseren Verfügungsraum bei Papenburg Kaltverpflegung (ein Plastikbeutel mit ein paar Scheiben Brot, Wurst und Käse), aber natürlich viel zu wenig. Zu trinken gab es überhaupt nichts. Abends sollten wir warmes Essen bekommen, aber denkste.

Am nächsten Tag gab es wieder Kaltverpflegung, natürlich wieder zu wenig. Erst um 21.30 Uhr gab es warmes Essen. Da haben die meisten Kameraden allerdings schon geschlafen und das Essen Essen sein lassen. Klar, wenn man andauernd Streife laufen muß, nützt man die paar Stunden Schlaf schon aus.



Überhaupt gab es während des gesamten Manövers für uns zu wenig oder sehr schlechtes Essen. Den Nutzen zieht die Bundeswehr, die durch solche Schweinereien Geld auf unsere Kosten einspart. Die Offze (Offiziere — RM) hatten es da schon viel besser. Besoffen spielten sie im großen Zelt Karten. Einer hatte nichts besseres zu tun, als nachts im besoffenen Kopf die Leute anzupupen.

Schlaf gab es für uns sehr wenig, wenn überhaupt. Einige Kameraden der Betriebsstoff-Gruppe kamen 48 Stunden nicht zum Schlafen. Sie mußten mit ihren Fünf-Tonnern meist nachts und übermüdet die Marder (leider keine roten) und Mannschaftstransportwagen des Bataillons betanken. Ein Kamerad ist dabei zwischen den Kanistern eingeschlafen. Aber so etwas passiert ja öfter. Häufig kommt es dazu, daß Fahrer während der Fahrt einschlafen oder kurz davor sind — total übermüdet.

Bei der ewigen Rödelei, dem Verlegen, dem Tarnen und Enttarnen der Kraftfahrzeuge, dem ewigen Sichern der Fahrzeuge durch Alarmposten und Streifen rund um die Uhr und bei der ewigen Antreiberei durch die Uffze (Unteroffiziere — RM) und Offze ist das auch kein Wunder. Genausowenig erstaunen da noch die neun Toten, von denen wir erfahren haben.

Die Schäden, die vor allem den Bauern zugefügt wurden, sollen 3,5 Millionen Mark betragen. Sicher liegt der Schaden in Wahrheit weit höher.



Dinamo Tirana gewann in der Vorausscheidung gegen den VC Schwerte 3:1

Albanische Damenvolleyballmannschaft in Westdeutschland

3:1 für Dinamo Tirana

Sportbegegnung im Zeichen der Völkerfreundschaft

Vom 6. bis 9. Dezember hielt sich die Damenvolleyball-Mannschaft des Clubs Dinamo Tirana in Westdeutschland auf. Es ging um die Ausscheidung im Europapokal gegen den Volleyball-Club Schwerte (VCS), den westdeutschen Meister. Die Begegnung fand am 8. Dezember in Meinerzhagen im Sauerland statt, in der Sporthalle am Rothenstein. Das Spiel endete 3:1 für die Mädchen aus Tirana.

Die rund 500 Zuschauer in der Meinerzhagener Sporthalle sahen ein spannendes Spiel. Im ersten Satz waren die Mädchen aus Tirana sehr aufgeregt und machten — besonders am Netz — viele Fehler. Sie kamen rasch in den Rückstand und konnten erst gegen Ende des Satzes zu ihrer Form finden. Sie verloren den ersten Satz 8 : 5. In den folgenden Sätzen konnten sie jedoch voll ihre Überlegenheit ausspielen. Insbesondere glänzten sie durch Kampfgeist und bessere Kondition. Auch die Lokalpresse würdigte die „temperamentvollen Frauen aus Tirana, gegen deren unbändigen Kampfgeist kein Mittel mehr gefunden werden konnte" (*Ruhrnachrichten*).

Den zweiten Satz gewann Dinamo Tirana mit 15 : 7, den dritten Satz mit 15 : 13 und den vierten mit 15 : 9. Sowohl durch ihre Spielstärke als auch durch ihr sympathisches und freundliches Wesen hatten die Albanerinnen unter dem Meinerzhagener Publikum bald ihre Anhänger, die sie durch Beifall unterstützten. — Das Rückspiel Dinamo Tirana - VC Schwerte findet am 15. Dezember im Sportpalast Partizani in Tirana statt, der 3500 Zuschauer faßt. Der Gewinner wird dann im Wettbewerb um den Europapokal eine Runde weiterkommen und gegen die Volleyball-Mannschaft aus Bari/Italien antreten. Die albanischen Sportlerinnen rechnen sich nach dem guten Start in Meinerzhagen gute Chancen aus.

Die nach Westdeutschland gereiste albanische Mannschaft bestand aus sechs Stammspielerinnen, fünf Auswechselspielerinnen sowie dem Trainer Kreshnik Tartari, dem Präsidenten des Volleyball-Clubs, Vasil Afezolli, seinem Stellvertreter und dem Vereinsarzt. Die albanische Mannschaft ist sehr jung; das Durchschnittsalter der Spielerinnen beträgt 19 1/2 Jahre. Die Spielführerin Ela Tase ist 21 Jahre alt, sie studiert an der Sporthochschule Voja Kushi in Tirana Sport und Körperkultur. Es gibt unter den Spielerinnen zwei Arbeiterinnen, eine Büroangestellte, eine Lehrerin und eine Zahnärztin, Schülerinnen und Studentinnen.

Der westdeutsche Meister VC Schwerte — Trainerin ist Dagmar Berg — hatte sich schon mehrfach an den Ausscheidungskämpfen zum Europapokal beteiligt und in einem Fall auch den dritten Platz belegen können. Die Mannschaft besteht im wesentlichen aus Schülerinnen und Studentinnen. Den Albanerinnen zeigten sie sich an Körpergröße überlegen, was die Albanerinnen aber durch Sprungstärke, Krafteinsatz, technisches Können und Kondition mehr als ausglichen.

War die Begegnung zwar für Meinerzhagen ein herausragendes Sportereignis, wurde das Spiel in der Bundesrepublik dagegen kaum bekannt. Lediglich die Lokalzeitungen berichteten darüber. Das hängt wohl damit zusammen, daß Volleyball in der Bundesrepublik weit hinter anderen Sportarten rangiert, was die Bekanntheit und Beliebtheit betrifft. In Albanien dagegen gehört Volleyball zu den populärsten Sportarten. — So wurde das Spiel in Meinerzhagen beispielsweise vom albanischen Fernsehen aufgezeichnet. Das Rückspiel in Tirana am 15. Dezember wird im albanischen Fernsehen direkt übertragen.

Volleyball wird in Albanien schon in der Grundschule unterrichtet. Ab dem Alter von neun Jahren gibt es spezialisierte Volleyball-Klassen. Die Talente unter den Kindern werden systematisch gefördert. Der Trainer von Tirana beobachtet ständig die Entwicklung der Schüler und holt sich aus den auf Volleyball spezialisierten Klassen seinen Nachwuchs. „Um eine Weltklassespielerin zu werden", sagt der Trainer Tartari, „muß man zehn Jahre gespielt haben." Die stärkste Spielerin der albanischen Mannschaft — Spielführerin Ela Tase — spielt seit ihrem 15. Lebensjahr. Heute gibt es im Verein mehrere jüngere Mädchen, die bereits ein größeres Können aufweisen, als Ela Tase im gleichen Alter aufgewiesen hat. Das zeigt, daß die spielerische Qualität und das sportliche Niveau in der albanischen Mannschaft laufend steigen.

Wenn die Sportlerinnen von Dinamo Tirana auch einer Spitzenmannschaft angehören, so sind es doch keine Profis. Sie arbeiten an sechs Tagen jeweils fünf Stunden täglich. Die restlichen drei Stunden stehen sie dem Verein zum Training zur Verfügung. Sie erhalten dabei ihren vollen Arbeitslohn. Weitere Vergünstigungen allerdings gibt es nicht, keine materiellen Prämien für den Sieg, wie sie etwa im kapitalistischen Westdeutschland üblich sind.

Im Gespräch haben die albanischen Sportlerinnen und ihre Betreuer immer wieder betont, daß es ihnen bei solchen Spielen wie in Meinerzhagen nicht nur um den Sieg geht — obwohl sie sich natürlich voll einsetzen, um zu gewinnen. Sie nehmen solche Sportbegegnungen vor allem auch als Möglichkeit und Mittel, um die Verständigung und die Freundschaft zwischen den Völkern und Sportlern zu fördern.

Diese Haltung wurde nach der Erzählung von Beteiligten ganz deutlich auf dem Empfang, der nach dem Spiel in dem Hotel in Meinerzhagen, wo die albanische Mannschaft wohnte, vom Schirmherrn der Sportbegegnung, dem Meinerzhagener Bürgermeister, gegeben wurde. Hier herrschte eine sehr freundschaftliche Atmosphäre, es wurde viel gesungen und viel gelacht. Hier trugen die albanischen Mädchen nebst ihrem Trainer und Clubpräsidenten mit viel Schwung ihre herrlichen Volkslieder und ihre revolutionären Lieder vor, die begeistert aufgenommen wurden.

Durch diesen Abend wurde wohl auch der Schwerter Mannschaft ein gut Teil ihrer Scheu vor dem Rückspiel genommen, denn für die westdeutschen Sportlerinnen ist Albanien noch immer ein Buch mit sieben Siegeln. Sie erhielten an diesem Abend einen ersten Eindruck von dem Leben in Albanien, von den albanischen Menschen. Der Präsident des albanischen Clubs betonte immer wieder, daß die Albaner mit der Aufnahme in Westdeutschland sehr zufrieden waren, daß sie gut untergebracht waren und daß sie sich auch bemühen werden, den Mädchen aus Schwerte in Tirana optimale Bedingungen zu bieten. Er zeigte sich felsenfest davon überzeugt, daß die Mädchen aus Schwerte — trotz leider nur kurzem Aufenthalt in Albanien — mit den besten Eindrücken nach Westdeutschland zurückkommen werden.

Die albanische Mannschaft war von Verantwortlichen des Schwerter Vereins am Donnerstag am Flughafen in Düsseldorf abgeholt worden und wurde dann in Meinerzhagen einquartiert. Auf dem Rückweg am Sonntag besichtigten sie in Wuppertal das Friedrich-Engels-Haus. Von Düsseldorf flogen sie — verabschiedet von Freunden und Genossen — nach Westberlin. Dort wurden sie von Freunden der Deutsch-albanischen Freundschaftsgesellschaft empfangen, die mit ihnen eine Stadtrundfahrt machten und ihnen unter anderem die Tafel zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zeigten. Am Abend traten sie über Ostberlin ihre Heimreise nach Tirana an. Insgesamt nahmen sie einen sehr guten Eindruck von ihrem Aufenthalt in Westdeutschland — insbesondere von den Menschen, die ihnen begegnet waren — mit nach Hause.

Nach der albanischen Damenschützenmannschaft, die im November an den Europameisterschaften in Frankfurt teilgenommen hatte, waren die Volleyballspielerinnen die zweite albanische Damenmannschaft, die nach Westdeutschland kam. Vor der Befreiung Albaniens wäre ein solches Unternehmen undenkbar gewesen. Sport war damals in Albanien sowieso wenig entwickelt, aber Sport zu treiben, war für eine Frau ein Ding der Unmöglichkeit. Die Frau wurde praktisch als Sklavin in den vier Wänden eingesperrt gehalten, hatte keinerlei Rechte, mußte sich verschleiern, durfte keinerlei Fremden ihr Gesicht zeigen. Die albanischen Mädchen aber haben heute diese mittelalterlichen Fesseln völlig abgeworfen. Wie beim Aufbau des Sozialismus auf allen Gebieten, in der Produktion, als Leiterinnen, in höchsten Funktionen bis hin zu Ministerämtern, so spielen sie auch auf dem Gebiet des Sports eine wichtige Rolle. Diese Rolle können sie auch nur spielen dank der Befreiung Albaniens unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei, dank der neuen Gesellschaftsordnung. — Die Sportbegegnung in Meinerzhagen war so auch ein Ausdruck der Emanzipation der albanischen Frau.



Albanische und deutsche Spielerinnen tauschen vor dem Spiel Geschenke aus

Letzte Meldung

Beim Rückspiel im Sportpalast Partizani in Tirana am 15. Dezember schlug die Damenvolleyballmannschaft Dinamo Tirana den westdeutschen Meister VC Schwerte 3 : 0. Den ersten Satz konnte Dinamo Tirana mit 15 : 6, den zweiten mit 15 : 3 und den dritten mit 15 : 11 für sich entscheiden. Die Mannschaft von Dinamo Tirana ist damit im Spiel um den Europapokal eine Runde weitergekommen.

Presseprozeß gegen Genossen Jochen Beyer

Teilerfolg durch breite Solidarität

1 200 Mark Geldstrafe / Schulklasse plädierte für Freispruch

BOCHUM.— Gegen den Genossen Jochen Beyer, früher presserechtlich verantwortlich für Veröffentlichungen der KPD/ML in Nordrhein-Westfalen, wurde am 5. und 10. Dezember vor dem Bochumer Amtsgericht verhandelt. Die Staatsanwaltschaft warf ihm vor, die Bundesrepublik Deutschland verunglimpft, die Polizei und Franz Josef Strauß beleidigt zu haben. Insgesamt lagen fünf Anklageschriften vor, die sich auf verschiedene Flugblätter der KPD/ML bezogen.

In dem Prozeß, der mehrmals verschoben worden war, ging es auch um Äußerungen im Zusammenhang mit den Polizeischüssen in Bochum, mit dem Vorgehen der Polizei während der Schleyer-Entführung, während des Druckerstreiks 1976 sowie die Polizeiaktionen gegen Antifaschisten bei Nazi-Aufmärschen.

In seinen Einlassungen wies Genosse Jochen anhand zahlreicher Fakten nach, daß es sich bei den inkriminierten Aussagen auf Flugblättern der KPD/ML weder um eine Verunglimpfung des Staates, noch um eine Beleidigung von Polizei oder Strauß handele, sondern um Tatsachen, die die Partei vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus entsprechend bewertet.

Das Gericht sah sich gezwungen, die Verfahren wegen Beleidigung der Polizei einzustellen. Außerdem konnte nur in einem Fall nachgewiesen werden, daß die unter Anklage stehenden Flugblätter auch tatsächlich verbreitet wurden. Ohne diesen Nachweis zu erbringen, ist eine Verurteilung in Pressedelikten eigentlich nicht möglich.

Trotzdem stellte der Staatsanwalt den Antrag, Jochen Beyer zu einer Geldstrafe in Höhe von 3 600 Mark zu verurteilen. Er machte sich nicht die Mühe, auf das zahlreich vorgelegte Faktenmaterial des Genossen Jochen einzugehen.

Das Gericht vermochte diesem Antrag nicht zu folgen und verurteilte Jochen Beyer zu einer Geldstrafe von 1 200 Mark.

An beiden Prozeßtagen war eine Schulklasse anwesend, die das Urteil gegen die Meinungsfreiheit mit Empörung zur Kenntnis nahm. Die Schüler hatten den Prozeß nach dem ersten Verhandlungstag gründlich durchdiskutiert und waren einstimmig zu dem Schluß gekommen, daß sie an Stelle des Richters den Genossen Jochen freisprechen würden.

Trotzdem ist dies Urteil ein Teilerfolg, bedenkt man die Forderung des Staatsanwalts, die das dreifache betrug, bedenkt man, daß in der fast zweijährigen Prozeßvorbereitung davon die Rede war, den Genossen Jochen zu einer Gefängnisstrafe zu verurteilen.

Grund für diesen Teilerfolg ist die breite Solidarität. Genosse Jochen stand nicht allein in seinem Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz. Nicht nur seine Partei stand ihm bei den Prozeßvorbereitungen zur Seite; in Bochum hatte sich eine Initiative gegen Pressezensur gebildet, die die Solidarität über weltanschauliche Grenzen hinweg organisierte und durch viele Aktionen dafür sorgte, daß der Prozeß in der Öffentlichkeit bekannt wurde.

Und nicht zuletzt die Rote Hilfe Deutschlands e.V. (RHD) hat durch ihre finanzielle Unterstützung dazu beigetragen, daß Genosse Jochen durch Anwaltskosten nicht in materielle Schwierigkeiten kam. Im Anschluß an den zweiten Prozeßtag fand ein Treffen der RHD statt, zu dem ca. 30 Interessierte kamen und Geld für die Prozeßkosten spendeten.

Bei dem Urteil gegen Genossen Jochen Beyer handelt es sich um ein reines Gesinnungsurteil. Zwar ließ man im Verlauf der Verhandlung die Anklage wegen Beleidigung der Polizei fallen, doch auf eine Verurteilung nach Paragraph 90a Strafgesetzbuch (Verunglimpfung der BRD) mochte man nicht verzichten.

Rechtsanwalt Flint ging in seinem umfangreichen Plädoyer auf die Geschichte dieses berüchtigten Paragraphen ein. In der Bundesrepublik wurde er 1951 eingeführt und zwar zu einer Zeit, als die Bourgeoisie in Sachen KPD-Verbot aktiv wurde. Der 90a hat seine Vorbilder in der Gesetzgebung der Nazi-Diktatur und einem Gesetz zum Schutz des Kaisers. Seine Ursprünge gehen auf die Sozialistengesetze Bismarcks zurück.

Obwohl die Bochumer Staatsanwaltschaft über die Anwendung des 90a in diesem Prozeß erheblich zerstritten war — drei Oberstaatsanwälte hatten verschiedenartige Auslegungen getroffen — zog das Gericht den 90a heran, um Genossen Jochen zu verurteilen.



Heinrich Zille: Weihnachtsmarkt am Arkonaplatz

Carl Wüsthoff

Das wunderbare Weihnachtsfest

Neunzehnhundertneun, als ich ein Kind war, gab es in Mecklenburg noch einen Großherzog, Grafen und Barone. Die Knechte, Tagelöhner und Hofgänger waren rechtlose Menschen.

Meine Eltern waren Tagelöhner auf Gramelow, einem großen Gut. Da meine Mutter aber gut mit ihrer Hauswirtschaft umgehen konnte, waren wir noch lange nicht die Ärmsten im Dorf. Zu Fest- und Feiertagen gab es immer noch etwas Besonderes auf dem Eß- und Gabentisch.

Im Herbst dieses Jahres jedoch war ein Schwein gestorben, und die Sorgen waren größer als die Freuden. Viel Vorrat für das Weihnachtsfest war nicht im Hause.

Eines Abends lag vor Vater ein Stück Papier, und er schrieb auf, was Mutter sagte.

Soundsoviel für Pfeffernüsse. Für den Spekulatius. Für den Stuten. Alles Sachen für das Weihnachtsfest.

Uns Kinder störten die Sorgen der Eltern nicht. Gab's keine Pfeffernüsse, gab's eben keine. Wir waren nicht verwöhnt. Lebten in den Tag und in die Jahreszeit hinein, leckten und schleckten, was auf den Tisch kam.

Jetzt sagte Vater: „Komm her mein Sohn, hör genau zu." Am nächsten Morgen, noch in der Dunkelheit, sollte ich aufbrechen nach Stargard, die uns nächstliegende Stadt, um die aufgeschriebenen Sachen zu besorgen.

Ich bekam einen Schreck. Sah den Vater ängstlich an. Jetzt im Winter, wo hoher Schnee lag, sollte ich in die ferne Stadt gehen. Vater merkte meine Angst. Nahm mich zwischen seine Knie, schüttelte mich und sprach mir soviel Mut zu, daß die Angst verflog. Ich rekapitulierte vor dem Einschlafen: „Nicht stehen bleiben auf der Straße. Nicht in den Schnee setzen. Kaufmann Jakob den Zettel geben. Zur Stärkung zwei süße Schnecken kaufen."

Zur Mittagszeit sollte ich zu dem Zimmermann gehen, der uns öfters besuchte. Für den Zimmermann hatte der Vater einen extra Zettel geschrieben. Der würde mir auch ein Päckchen machen. Das auch in den Sack tun, und dann zurück.

Eine Stunde schon stampfte ich durch den Schnee. Es war hell geworden, und die Schneedecke glitzerte wie ein Spiegel. Noch keine Spur war auf der Straße zu sehen. Als ich in den Wald kam, dachte ich an das Rotkäppchen und den Wolf. Dann hörte ich Schellengeläut und sah wirklich den Wolf.

Den Kutscher des Grafen, der Wolf hieß.

Er kam die Straße entlang mit den beiden Braunen vor den Schlitten. Ich ging von der Straße runter. Der Schlitten sauste an mir vorüber.

Hinten im Schlitten saß der Graf.

Hundert Meter weiter hielt der Schlitten.

Wolf, der oben auf dem Kutschbock saß, drehte sich um und rief mir zu: „Herkommen, aber ein bißchen dalli dalli".

Mir schlug das Herz bis zum Hals. Ich sollte mich mit niemandem einlassen, hatte der Vater gesagt.

Aber Kutscher Wolf! Na, den kannte ich doch. Seine Tochter saß neben mir auf der Schulbank. Und der Herr Graf saß doch auch in dem Schlitten! Ja, ja, der Herr Graf auch.

„Na, wo willst du denn hin?" fragte der Graf. „Bei solchem Wetter schickt dich dein Vater los?"

Er löste die dicke Felldecke und sagte: „Komm rein."

Ich vergaß vor Schreck „Danke, gnädiger Herr Graf" zu sagen.

Saß, eh ich mich versah, neben dem von uns Kindern gefürchteten „gnädigen Herrn". Dicht an dicht.

Es war eine Pracht, so mit Peitschenknall und Schellengeläut durch den Schnee zu rauschen. Ganz väterlich fragte der Herr Graf, was ich denn bei solchem Wetter in der Stadt wolle.

Ich hatte meine Gedanken wieder beisammen und erzählte frei von der Leber weg, daß das wegen der Pfeffernüsse sei, weil uns das Schwein gestorben sei, und daß mir Vater alles aufgeschrieben habe.

Das Aufgeschriebene wollte er dann mal sehen.

Ich gab ihm den Zettel. Auch den für den Zimmermann.

Als er den kleinen Zettel für den Zimmermann in der Hand hatte, befahl er Wolf, zu halten.

Wolf sollte ihm den kleinen Zettel vorlesen.

Wolf zügelte die Pferde, zog die dicken Handschuhe aus, und las.

„Lieber Emil", schrieb mein Vater, „kannst du meinem Sohn wohl das dicke Buch von August Bebel mitgeben? Ich möchte Weihnachten darin lesen. Auch Zeitungen, wenn du hast. Besten Dank im voraus. Ernst."

Die beiden sahen mich an.

„Ich könnte dem Herrn Grafen darüber noch etwas mehr sagen" sagte Wolf.

„Nachher in der Stadt. Fahr weiter!" sagte der Graf.

Wir sausten weiter durch den weißen Wald, und ich war beglückt, daß ich neben dem Herrn Grafen sitzen konnte und daß er sich freundlich mit mir unterhielt.

Ich würde im Dorf erzählen, wie gut er es mit mir gemeint hätte.

In der Stadt angekommen, ging ich zu Jakob, reichte den Zettel über den Ladentisch, packte die Sachen und bummelte dann durch die Straßen, um das Stadtleben zu beobachten.

Viele, viele Schlitten. Einer prächtiger als der andere. Ein besonders prächtiger kam gerade an. Vier glänzend schwarze Rappen. Jedes Pferd ein besonderer Schellenton. Das war der Freiherr von Schomburg. Er kutschierte selbst. Die Leute beeilten sich, aus der Reichweite seiner Peitsche zu gelangen. Es war bekannt, daß er nach jedem schlug, den seine Peitsche erreichen konnte.

Vier Rappen. Jedes Pferd ein anderer Schellenton. Was für eine Musik!

Ich konnte mich nicht satt sehen und hören.

Und dann noch die Schaufenster mit den Weihnachtsauslagen.

Oh, es gab viel zu sehen und zu hören in der Stadt.

Aber kalt war es auch. Der Atem blieb einem vor dem Mund stehen. Ich beeilte mich, zum Zimmermann zu gelangen.

Dort lobte man mich, und ich wurde bewirtet. Ich durfte Mittagsbrot mitessen, und der Zimmermann richtete das Päckchen, schnürte meinen Sack, und ich wurde mit den besten Wünschen und Grüßen wieder auf die Reise geschickt.

Wolf hatte mir befohlen, wieder zum „Hotel zum Großherzog" zu kommen, wenn ich meine Sachen besorgt hätte.

Er stand vor der Tür des Hotels, als ich ankam, und sagte: „Gib deinen Packen mal her. Der Herr Graf ist noch nicht fertig. Wir beide gehen noch in ein Geschäft. Du sollst dir ein Weihnachtsgeschenk aussuchen. Der Herr Graf will dir etwas schenken."

Er nahm mir den Sack ab und legte ihn in den Schlitten.

Ich sah Wolf verständnislos an.

„Ja, ja", sagte er, „der Herr Graf will dir was zu Weihnachten schenken. Los, los. Du sollst dir was aussuchen."

Oh, wie war mir warm ums Herz.

Der Herr Graf wollte mir etwas schenken. Wolf ging mit mir in ein Geschäft.

Oh, die vielen Wunderdinge, die da in den Regalen standen. Eine Eisenbahn, Schaf-, Schweine- und Rinderherden. Mit Hirte und Hund. Puppen mit Augen aus Glas und richtigem Haar.

„Such dir was aus", kommandierte Wolf.

Schüchtern und überwältigt von all den schönen Sachen, wählte ich die Puppe mit den Haaren. Meine Schwester hatte nur eine, die aus alten Stoffresten gemacht war. Die Augen waren alte Wäscheknöpfe und die Haare aus Werg.

Die Leute lachten über mich, aber ich war von der großen Puppe so begeistert, daß ich an ein Geschenk für Jungen gar nicht dachte.

Dann mußten wir schnellstens ins Hotel.

Der Herr Graf ließ sich vom Hoteldiener gut einpacken. Als ich mich für das Geschenk bedanken wollte, sagte er: „Marsch, marsch, zu Wolf auf den Bock."

Er sah ganz rot aus im Gesicht und spuckte über die Schlittenkante.

„Los, los Wolf!" schrie er, trommelte mit den Fäusten auf die Lederdecke und sang das Lied von den blauen Dragonern.

Der Schlitten rauschte durch den Schnee. Die Schellen klingelten. Wolf sprach nur mit den Pferden: „Äh, äh, hü, hü", sagte er, wenn sie nicht mehr traben wollten.

Der Graf schien zu schlafen.

Ich überlegte, daß wir im Dorf ankommen müßten, wenn es noch einigermaßen hell sein würde. Die anderen Kinder, die sicher noch am Pumpenberg rodeln würden, sollten sehen, wie ich aus dem Schlitten des Herrn Grafen aussteigen würde. Sicher war noch keiner mit dem gnädigen Herrn Schlitten gefahren.

Wie im Märchen. Dort wurden die Armen ja auch des öfteren so von den Königen behandelt, wie mir heute geschehen war.

Wolf hielt den Schlitten jetzt an. „Raus", sagte er nur. Und fuhr wieder an, ehe ich mich bedanken konnte.

Obwohl meine Schulfreunde mich anriefen, lief ich schnellstens nach Hause. Was meine Mutter wohl sagen würde zu der Puppe. Und zu den beiden süßen Schnecken, die ich ja auch noch im Sack hatte, und daß ich mit dem Herrn Grafen gefahren war.

Mutter freute sich sehr über die Puppe. Über alles, was ich besorgt hatte und sagte: „Schön, prächtig hast du das gemacht."

Als der Vater kam, zeigte sie ihm die Puppe. Vater hörte die Geschichte und sagte: „Na, wo gibt's denn sowas?"

Aber er machte sich gleich über die Zeitungen her. Das Buch legte er unter sein Kopfkissen.

Es wurde ein fröhlicher Abend. Mutter rührte den Pfefferkuchenteig, und wir durften schlecken.

Todmüde von den vielen Eindrücken des Tages schlief ich bald ein.

Am anderen Tag war „Heiligabend".

Die Mutter und Schwester wirtschafteten schon in Küche und Stall, als ich aufwachte. Zuerst dachte ich wieder an die Stadt. An den Herrn Grafen und den Kutscher Wolf. Die vier Rappen und ihren herrlichen Schellenklang.

Und Zimmermann würde ich werden. So mit weiten Hosen und breitem Hut. Mit Zollstock und Bleistift in der kleinen Tasche am rechten Hosenbein.

Und jetzt raus auf die Straße. Den anderen Jungs erzählen, was ich alles mit dem Herrn Grafen erlebt hatte. Die größeren verhöhnten mich. Ob ich gar nicht gemerkt hätte, daß der gnädige Herr stinkeduhn gewesen sei. Daß er die ganze Lederdecke vollgespuckt hätte.

Da habe ich den gnädigen Herrn verteidigt. Die blauen Dragoner hätte er gesungen und dazu auf die Lederdecke getrommelt. Und sie wären bloß neidisch, daß sie nicht mitgenommen würden. Basta.

Am Nachmittag kam dann die Weihnachtsstimmung ins Haus. Mutter war glücklich, daß sie noch ein rechtes Weihnachtsfest herrichten konnte

Als es dunkelte, wurden wir gewaschen und gebürstet, bekamen unsere Sonntagskleidung angezogen. Vater kam ja heute eine Stunde früher von der Arbeit. Die Männer mußten auch an der „Bescherung" teilnehmen.

Das Schloß war am heiligen Abend erleuchtet. Die Frau Gräfin stand bei der Bescherung in der Mitte des Saales unter dem Lichterbaum.

Die Kinder des Dorfes standen links an der Wand, die Erwachsenen rechts. Wenn der Lehrer den Taktstock hob, sangen alle ein Weihnachtslied. Dann hielt der Schäfermeister eine Rede. Vom Christkind, dem lieben Gott und der großen Güte des Herrn Grafen und seiner Gemahlin.

Darauf bekam jedes Kind ein Geschenk. Entweder einige Äpfel oder einiges Weihnachtsgebäck. Links an sie herantreten, sich bedanken mit den Worten: „Gott vergelt's gnädige Frau Gräfin." Die Erwachsenen bekamen kein Geschenk. Sie mußten nur ihre Hand küssen.

Jedes Jahr hatte sie neue Handschuhe an, die ihr bis zum Ellenbogen gingen. Mal schwarze, mal weiße, mal rote. Der Herr Graf ließ sich bei der Feier nie sehen.

Wir saßen in der Stube und warteten auf den Vater. Es war höchste Zeit, wenn wir nicht zu spät zur „Bescherung" kommen wollten.

Jetzt hörten wir seine Schritte.

Als er die Stube betrat, schrie die Mutter auf.

Wie sah der Vater aus. Blutete aus Mund und Nase. Hatte blutunterlaufene Striemen im Gesicht. Die linke Hand war aufgeschlagen, ohne Mütze, und die Jacke war zerrissen.

Wir Kinder schrien ebenfalls. Drängten an ihn heran.

Er schob uns zur Seite und ging in der Stube auf und ab. Wischte sich dann das Blut vom Gesicht und setzte sich. Wir dachten, daß etwas mit dem Gespann passiert sei, das er geführt hatte. Ein Unfall.

Mutter saß schon neben ihm und versuchte, das Blut zu stillen. Versuchte zu erfahren, wie das Unglück geschehen sei.

Wir saßen still in der Ofenecke und stierten den Vater an. So hatten wir ihn noch nie gesehen.

Das rechte Vorderpferd sei ein Teufel. Und ausgerechnet heute am heiligen Abend müsse sowas passieren, sagte Mutter und bemühte sich, ihn wiederherzurichten.

„Komm", sagte sie, „ich wasche dich schnell, sonst kommen wir zu spät ins Schloß."

Hurtig und liebevoll raschelte sie um den Vater herum. Redete und putzte.

Und dann lächelte der Vater.

Das Lächeln wurde zum Lachen. Er schlug mit der Faust auf den Tisch und lachte aus

Fortsetzung auf S. 14


„Rote Hunde": Versammlung von Druckereiarbeitern (N.N. Shukow)

Fortsetzung von Seite 13

vollem Hals.

Er sah uns dabei an und wirkte schaurig: Das zerschundene Gesicht und das Lachen dazu.

„Genau so, wie es in Emils Zeitung steht, genau so ist es“, sagte er. Und immer noch tropfte ihm das Blut aus der Nase. „‚Roter Hund‘ hat er zu mir gesagt. Ab heute werde ich einer sein! Worauf er sich verlassen kann. Der saubere Herr Graf. Er hat den Jungen gestern mitgenommen, um ihn auszuhorchen. Hat das Paket geöffnet und alles nachgeschnüffelt. Der Speichellecker Wolf mußte mit dem Jungen in die Stadt gehen, und die Puppe ist sein Sündengeschenk. Er wußte genau Bescheid. Der saubere Herr Graf. Als ich mein Gespann an der Krippe hatte, stand er da. Schrie mich an. Ein roter Hund sei ich. Ein Sozi. Ein Verbrecher, den man vom Hof jagen müsse wie einen räudigen Hund. Sofortige Kündigung. R.r.rraus! Ich bin nicht still gewesen. Hab nicht gebettelt.

Da hat er den Kutscher und den Diener gerufen. Die standen schon parat. Mit Reitpeitsche und Ochsenziemer sind sie über mich hergefallen. Komm her, mein Sohn, sieh dir deinen Vater an. Behalte das im Gedächtnis. So geschehen am heiligen Abend, wo sie jetzt gleich singen werden vom Frieden auf Erden. Glaube nie, was die Herren und ihre Speichellecker sagen.“

Es war ganz still im Raum.

Mutter stand mitten in der Stube. Stemmte die Fäuste in die Hüfte und atmete laut.

Ganz helle Augen hatte sie.

Sie ging an die Schublade, holte Streichhölzer heraus und begann, den Tannenbaum anzuzünden. Ging an den Schrank und holte die Geschenke hervor. Als sie die Puppe in den Händen hielt, zögerte sie und sagte: „Dieses Sündengeschenk werde ich meiner Tochter nicht in die Hände geben. Ich werden sie verkaufen. Für das Geld, das ich dafür bekomme, werden wir beide in Emils Partei eintreten. Du und ich. Wir werden in die Stadt ziehen. Wir werden die Sklaverei auf dem Lande nicht mehr mitmachen.“

Dabei sah sie den Vater an und gab ihm die Hand.

Ein eigenartiger „heiliger Abend“, als Vater und Mutter sich unter dem brennenden Christbaum schworen, in Emils Partei einzutreten.

Am anderen Tag stiefelte sie los.

Zu Emil natürlich.

Am zweiten Weihnachtstag kam sie wieder. Eine Wohnung hatte sie. Arbeit für den Vater auch. Die Zimmerleute hatten dafür gesorgt. Als am Silvestertag ein Kohlenhändler unsere Sachen abholte, kamen mehrere Tagelöhner und verabschiedeten sich. Der Stellmachergeselle, der meiner Mutter die Puppe abgekauft hatte, kam auch und sagte: „Ich weiß jetzt, wie es mit der Puppe zugegangen ist. Jetzt schenke ich sie dir.“ Und gab sie meiner Schwester.

Meine Mutter machte für diese Puppe ein rotes Kleid. Sie hat jahrelang bei uns auf dem Vertiko gestanden. Immer, wenn Besuch kam, wurde von der Puppe gesprochen.

Die meisten Besucher, die zu uns kamen, waren auch solche „Roten Hunde“ wie mein Vater und meine Mutter.

(Aus: „Der rote Großvater erzählt. Berichte und Erzählungen von Veteranen der Arbeiterbewegung aus der Zeit von 1914 bis 1945.“ — Fischer Taschenbuch 1445)

Maria und Josef und der Heilige Geist

Rechtzeitig zum Weihnachtsfest ist wieder einmal eines der delikatesten Dogmen der christlichen Erlösungslehre, die Jungfernschaft der „Gottesmutter“ Maria, in den Schnittpunkt der Richtungskämpfe der Theologen geraten, diesmal der norwegischen. Befleckt oder unbefleckt — das ist hier die Frage. Wer hat Jesus gezeugt vor fast 2000 Jahren? War es Marias Verlobter, der biedere Zimmermann Josef, oder war es — wie die Evangelisten Lukas und Matthäus behaupten — der „Heilige Geist“?

Daß der „Heilige Geist“ ein Schlingel ist, ist mittlerweile ja hinlänglich bekannt und vor allem aktenkundig. Nur zu oft schon hat sich ein Liebhaber schließlich als „Heiliger Geist“ erwiesen, hat sich nachher verdünnisiert und in Luft aufgelöst und ist namentlich betreffs der Unterhaltsverpflichtungen unauffindbar und unansprechbar geblieben. Auch im Neuen Testament findet sich kein einziger Hinweis auf Alimentenzahlung an Maria, und so betrachtet spricht natürlich einiges für die Vaterschaft des „Heiligen Geistes“ im Falle Jesu.

Andererseits hätte sich auch ein noch so einfältiger Josef die himmlischen Liebschaften seiner Versprochenen nicht ohne weiteres bieten lassen. Es hätte Krach gegeben im Haushalt der beiden, und in der Bibel, in der doch sonst alle Zerwürfnisse, Eheprobleme und Unpäßlichkeiten der Hauptdhelden getreulich verzeichnet sind, müßte sich unfehlbar ein Hinweis auf die Krise finden. Dem ist aber nicht so, und damit liegt ein gewichtiges Argument auf der Waagschale derjenigen, die in Josef den Vater sehen.

Aber wir wollen nicht weiter in die Debatte der norwegischen Theologen eingreifen. Das Niveau ist uns schlichtweg zu hoch. Und am Ende gehen wir noch unter in den Strudeln der Auseinandersetzung, die immer schärfere Formen annimmt.

In der norwegischen Kirche ist sozusagen der Teufel los. Von den Kanzeln herunter und von den Tribünen der Massenmedien wettern und eifern die Theologen und zanken sich — nein, nicht um des Kaisers Bart, sondern um die Jungfernschaft Mariens. Der Propst Skollevolle, der zum „Heiligen Geist“ hält, sperrte in dem südnorwegischen Hafenstädtchen Arendal sogar seinen theologischen Widersacher Jorvell, einen Anhänger Josefs, kurzerhand aus der Kirche aus, in der dieser predigen wollte. Der Fall erregte Aufsehen. Ein Parlamentsabgeordneter wurde eingeschaltet, und dann der Kirchenminister Einar Förde selbst. Förde zog sich allerdings mit einem salomonischen Spruch wieder aus der Affäre: Es sei den einzelnen Pfarrern überlassen, wer in ihren Kirchen predigen dürfe und wer nicht, gleichwohl aber die Kirche — geistig gesehen — geräumig genug sein müsse, um auch Meinungen wie die Jervalls gelten zu lassen.

So tobt nun in den „geistlichen Räumen“ der Theologen der Richtungskampf weiter. Wobei die Diskussion über die Jungfernschaft der „Gottesmutter“ immer noch theologisch fundierter ist als die über andere hochbrisante Fragen, die bei den Schriftgelehrten Norwegens auch schon zur Debatte standen: ob die Hölle mit Kohle oder Öl beheizt werde. Dieses Thema allerdings würde heute in der angespannten energiepolitischen Situation unserer Tage gerade noch fehlen...

Von Männern und ihren Kindern oder — der Mann, das unbeholfene Wesen

Bastelabend vor Weihnachten im Kindergarten, wieder einmal haben sich fast nur Frauen versammelt, um ihre Fähigkeiten auszuprobieren. Zu Hause passen so einige Männer auf die Kinder auf, sie sind also doch noch zu etwas zu gebrauchen, oder?

Wenn nicht das...Kind plötzlich aufwachen sollte oder etwa anfangen würde zu schreien, der Mann es nicht wickeln oder beruhigen oder mit ihm spielen müßte, es würde gut gehen.

Bastelabend im Kindergarten. Nach 1 1/4 Stunden tauchte plötzlich ein Mann auf, im Arm das Kind, barfuß, bekleidet nur mit einem Skianzug wohl über dem Schlafanzug. Völlig hilflos, der Mann, aufgelöst das Kind, beunruhigt und besorgt die Mutter.

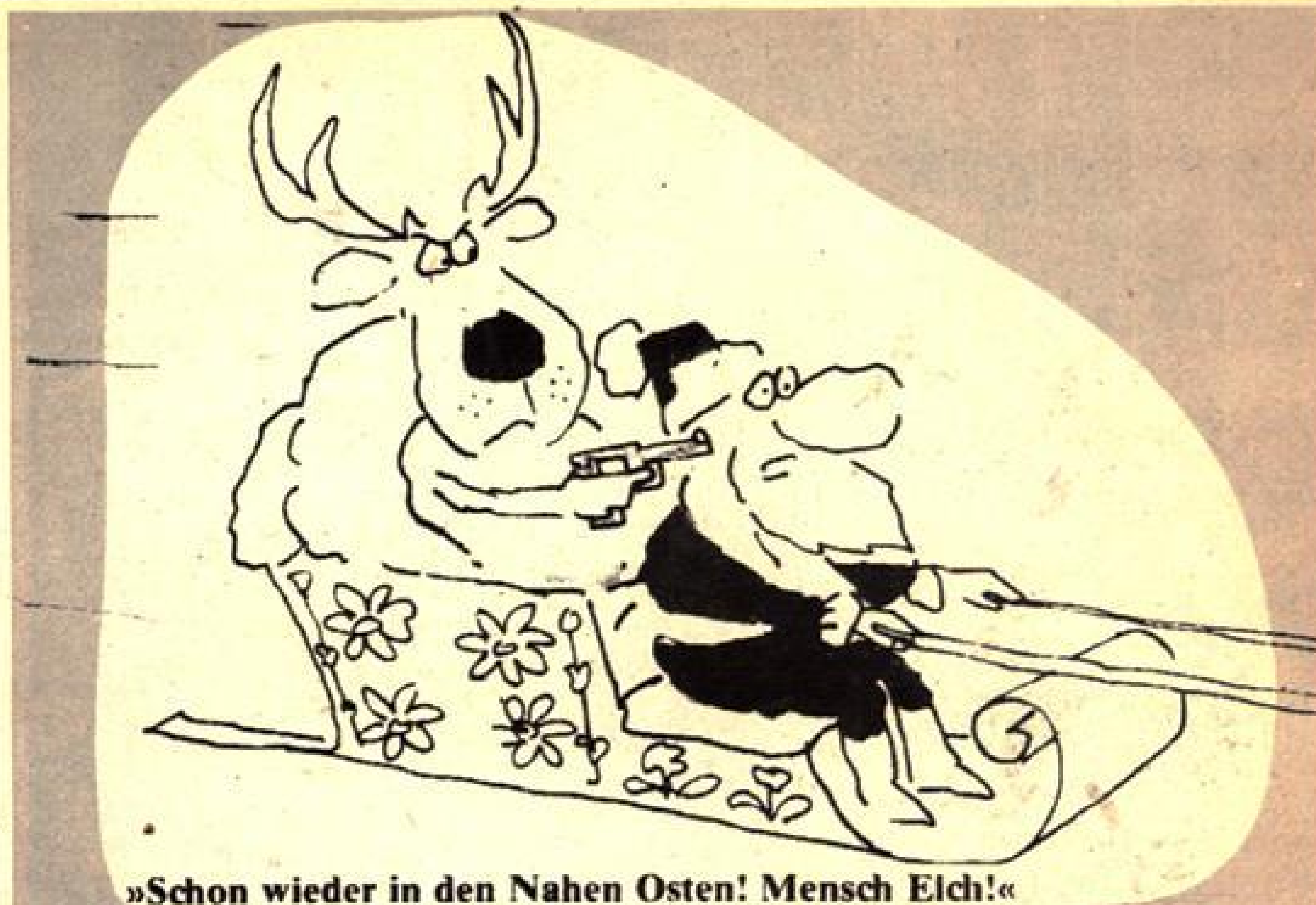
Laut Auskunft des Vaters sei das Kind nicht zu beruhigen gewesen. Folgerung: die Mutter holen und sie ging natürlich mit, für sie war also ein Abend außerhalb des Hauses wieder einmal vorüber. Kurze Zeit später packte eine andere Mutter ihre Sachen zusammen, auf die Frage, warum: „Mein Mann rief an, die Kleine schreit und ist nicht zu beruhigen“.

Sind Kinder nur von Müttern zu beruhigen? Haben nur Mütter die Aufgabe, sich um ihre Kinder zu kümmern, kennen nur sie ihre Kinder um zu wissen, was sie wollen, wenn es schreit? Muß dem Vater vor dem Weggang der Mutter ein Zettel zurechtgelegt werden wie einem unbekannten Babysitter?

Spielen die Väter nie mit ihren Kindern?

Es scheint so, sie kennen die kleinen Kinder wohl wirklich nicht richtig, denn so manche Mutter berichtete mit nachsichtigem Lächeln von ähnlichen Hilflosigkeiten ihres Mannes.

Es bleibt also weiterhin bestehen, trotz aller Aufklärung, Aufforderung, gemeinsam die Kinder zu betreuen, sich der Erziehung gemeinsam zu widmen, die Mutter scheint heute tatsächlich immer noch die einzige Bezugsperson zu sein, es hat sich leider nicht sehr viel geändert.



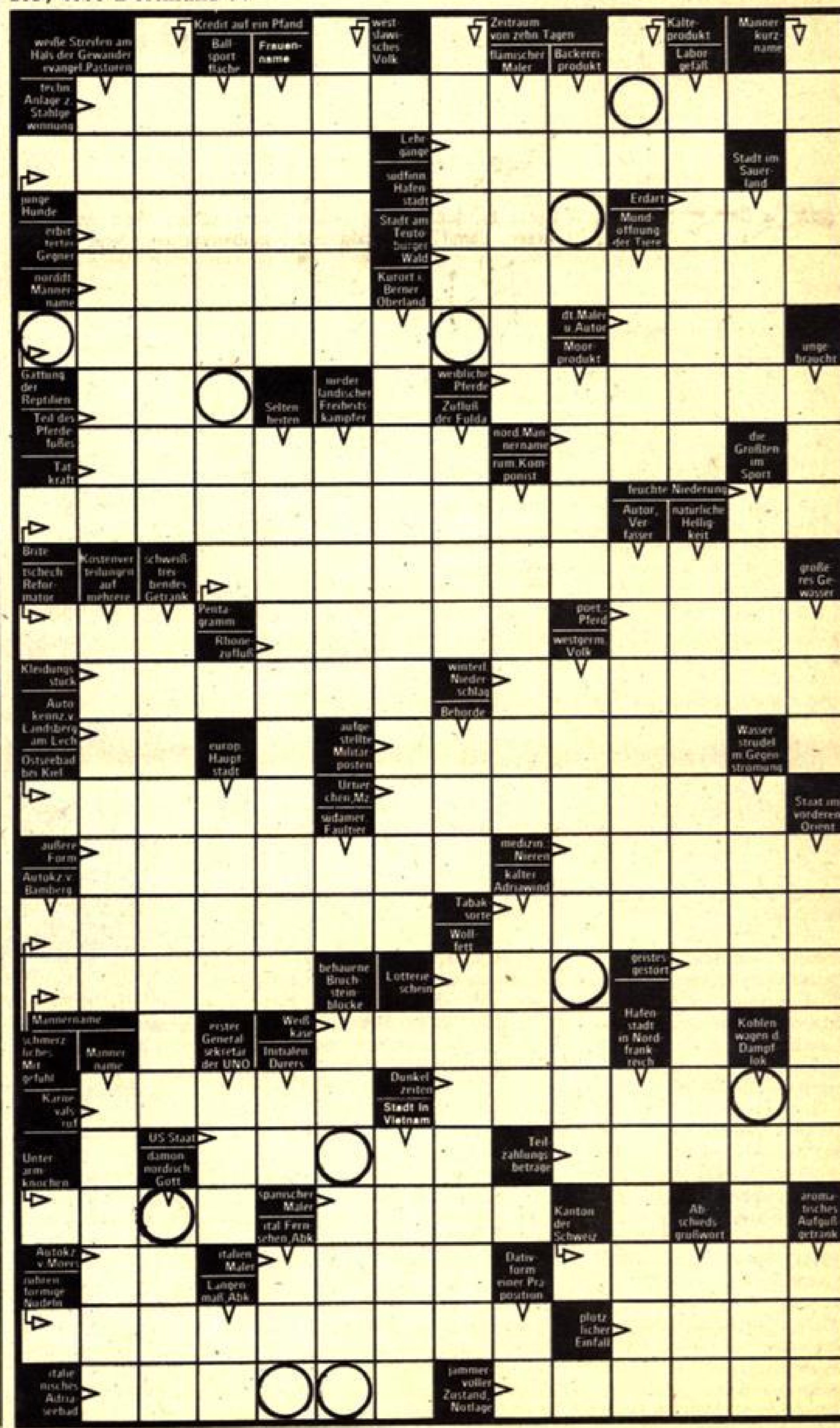
»Schon wieder in den Nahen Osten! Mensch Elch!«

PREISRÄTSEL



Die eingekreisten Buchstaben ergeben, von oben nach unten gelesen, den Namen eines großen kommunistischen Revolutionärs. Wer uns bis zum 10. Januar 1980 (Datum des Poststempels) das richtige Lösungswort zuschickt, kann die Langspielplatte „Maria Farantouri — LIVE“ gewinnen. Drei dieser Platten sind als Preis ausgeschrieben; bei mehr als drei richtigen Einsendungen entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist dabei generell ausgeschlossen.

Einsenden an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30



KINDERSEITE

Aus welchen Städten kommen diese Briefmarken?



Ich gehe meilenweit

Erika Krause-Gebauer

Kennt ihr den Typ, der meilenweit für eine ... Filter geht? Den knackigen, braungebrannten Mann mit dem Loch in der Sohle? Er braucht viel Platz für sein Foto auf einer Werbefläche, einer Hauswand, einem Bretterzaun.

Wie findet ihr den?

Heiko kennt ihn und findet ihn astig. Ein toller Typ ist das, findet Heiko. Er kennt keinen in seiner Umgebung, der solche tollen Klamotten trägt und so lässig die Filterzigarette raucht, für die er meielnweit durch den Dschungel gegangen ist.

Heiko ist meilenweit gegangen, aber er hat nirgendwo den Urwald gefunden in der Großstadt, in der er wohnt, höchstens ein paar mickrige Straßenrandbäume.

Sein Vater kauft Zigaretten unterwegs am Büdchen, wenn er von der Arbeit nach Hause kommt, und raucht sie dann nervös vor dem Fernseher, weil er am Feierabend ziemlich kaputt ist. Heikos Vater ist kein knackiger, braungebrannter Typ. Er arbeitet in der Fabrik und hat nur einmal im Jahr Urlaub.

Vielleicht ist der Typ ein Schauspieler oder ein Fotomodell. — Er muß um Punkt acht Uhr im Studio sein, muß die duften Klamotten anziehen und die Schuhe mit dem Loch in der Sohle. Er muß sich schminken lassen, damit er knackig und braungebrannt aussieht. Er muß sich im heißen Scheinwerferlicht vor einem riesigen Urwaldfoto auf eine Kiste setzen und sich immer wieder eine Filterzigarette anzünden und lässig rauchen, immer noch einmal, so lange, bis der Werbefotograf das Foto geschossen hat, auf dem er aussieht wie einer der meilenweit für eine... Filter geht. Dann zieht er die duften Klamotten aus und die Schuhe mit dem Loch in der Sohle und verkleidet sich für den nächsten Job. Und beeilen muß er sich; denn im Studio werden schon die Kulissen gewechselt.

Wenn er wirklich im Urwald arbeiten, etwa eine Straße durch den Dschungel bauen würde, dann wäre er nach Feierabend genauso kaputt wie Heikos Vater und würde niemals meilenweit für eine... Filter gehen.

****

Kennt ihr die Mutter, die sich gar nichts daraus macht, wenn die Fußböden, die sie gerade geschrubbt hat, wieder schmutzig werden? Die lachend zuschaut, wenn die Kinder mit dem Hund von draußen hereinstürmen und überall auf den spiegelblanken Böden Dreckklumpen verlieren? Die ein Putzmittel hat, das mühelos saubermacht?

Wir haben nie spiegelblanke Böden. Wir kleckern beim Essen, uns laufen manchmal Flaschen aus. Bei uns wirbeln Staubflusen und Fadenreste vom Nähen. Aber wenn wir saubermachen, dann ist das richtige Arbeit. Dann müssen wir in die Ecken kriechen, Flekken reiben, Reste kratzen, auskehren und wischen. Da gibt es kein Mittel, das mühelos saubermacht und keine Mutter, die sich gar nichts daraus macht.

Über die Berge

Über die Berge
Fliegt der Mensch wie nichts
Groß sind seine Werke
Doch am Brot für alle, da gebricht's.
Menschenskind!
Daß nicht alle satt sind!

Über Kontinente
Spricht der Mensch von Haus zu Haus
Hunderttausend Hände
Strecken sich zueinander aus.
Menschenskind!
Wenn die erst beisammen sind!

Bertolt Brecht

Onkel Ede

Onkel Ede hat einen Schnurrbart
Der Schnurrbart hat fünf Haar.
Und daß ihm keins verloren geht
Hat jedes einen Namen klar.

Sie heißen Fritz und Otto
und Max und Karl und Paul.
Max ist etwas kränklich
Und Fritz ein wenig faul.

Bertolt Brecht



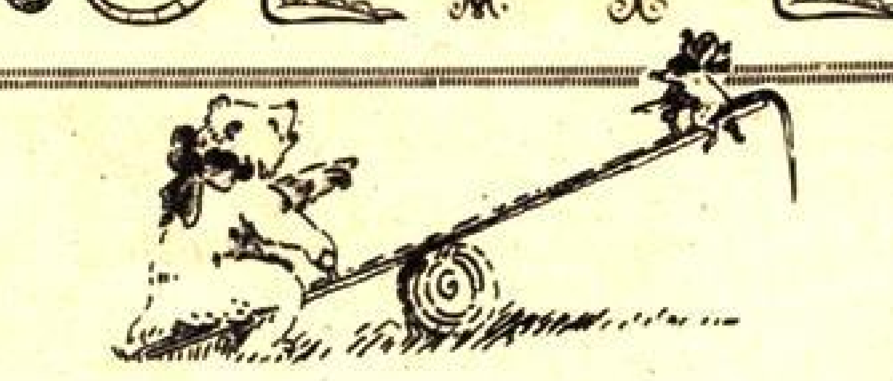
Aberglaube

Vierblättriges Kleeblatt
Lieschen fands am Rain.
Vor Freude es zu haben
Sprang Lieschen übern Graben
Und brach ihr bestes Bein.

Spinnelein am Morgen
Lieschen wurd es heiß.
Der Tag bracht keinen Kummer
Und abends vor dem Schlummer
Bracht Vater Himbeereis.

Der Storch bringt nicht die Kinder.
Die Sieben bringt kein Glück.
Und einen Teufel gibt es nicht
In unsrer Republik.

Bertolt Brecht



»Ich warne dich zum letzten Mal, laß mich jetzt endlich nach unten!«
»Dann laß du mich erstmal nach oben, sonst laß ich dich nie nach unten.«

DAS HASSEN

Carl Wüsthoff

Mein Vater war Pferdeknecht auf einem großen Rittergut. Wir Kinder mußten oft das Mittagessen oder das Vesperbrot aufs Feld bringen.

An einem schönen Sommertag mußten Helmut und ich das Vesperbrot zu den Vätern bringen. Links ein geschnittenes Roggenfeld, rechts ein Erbsenfeld. Wir waren barfuß. In den Stoppeln konnten wir nicht gehen. Wir hätten uns die Füße zerstochen. So gingen wir auf dem schmalen Rain, der die Flächen abgrenzte.

Links das verführerische Erbsenfeld.

Wir wußten, daß wir da nicht rangehen durften.

Aber wir waren sieben Jahre alt. Geht so ein Stepke an prall gefüllten Erbsenschoten vorbei?

Wir saßen bald dazwischen und pulten.

Unten im Tal zogen die Gespanne ihre Pflüge durch den Brachacker. Unsere Väter konnten uns sehen. Aber auch der Gutsbesitzer, der die Pflüger kontrollierte, sah uns.

„Haia", schrie er und wendete sein Pferd.

Die drei Boxerhunde, die er immer bei sich hatte, verstanden ihn früher als wir Erbsensünder. Sie waren im Nu da und umkreisten uns. Wir konnten nicht mehr weglaufen, krochen zusammen vor Angst und Schreck.

Als der große dicke Mann herangekommen war, sprang er vom Pferd und hatte sofort Helmut beim Wickel. Teilte so an die fünfzehn Hiebe aus und warf ihn in die Stoppeln. Mich legte er nicht übers Knie. Mich packte er in Brusthöhe beim Hemd und ließ seine Reitgerte um meinen Kopf kreisen. Sie ringelte sich, und das Ende schlug mir die Backe auf. Dann flog auch ich in die Stoppeln. Die Hunde waren über Helmut und leckten ihm das Blut von den Schenkeln.

Mich konnten sie nicht mehr belecken, der „Herr" saß schon wieder im Sattel, schrie „Haia" und stob davon.

Unten im Tal zogen die Pflüger an uns vorbei. Sie hatten alles gesehen und hörten auch unser Wimmern. Aber keiner, auch nicht unsere Väter, durften zu uns.

Wir lagen in unserem Jammer und pusteten gegenseitig unsere Wunden. Unser Körbchen mit dem Kaffee und dem Brot lag zertreten auf der Erde. Unsere Väter hatten also nichts zum Vesper zu erwarten. Wir schleppten uns zurück ins Dorf. Hatten Angst, morgen in der Schule nochmals verprügelt zu werden. Der „Herr" meldete so etwas dem Lehrer.

Ich glaube, damals hat bei mir schon das Nachdenken begonnen. Denn: Wenn der „Herr" in vollem Karacho sein Pferd und die drei Hunde durch das Erbsenfeld jagte, machte er mehr Erbsen kaputt, als wir jemals hätten essen können. Er hat uns also nicht wegen unserer „Untat" bestraft, seine Prügelei war reine Willkür.

Von diesem Augenblick an hatte ich keine Angst mehr vor dem „gnädigen Herrn" — ich habe ihn nur noch gehaßt.

Der Haß hat mich das Nachdenken gelehrt. Das Nachdenken darüber, wie man Willkür und Ungerechtigkeit begegnen kann.

Diese Geschichte hat der „Rote Großvater" erzählt. Wollt ihr hören, wie er als Junge mit seinen Eltern das Weihnachtsfest gefeiert hat? Dann müßt ihr auf Seite 13 weiterlesen.

RÄTSEL

Was ist das?

Hängt an der Wand —
hat den Hintern verbrannt.

Hat er Lust?

Zu einem x-beinigen Ochsen Namens Yak in China quakten vier pudelnasse, lustige Frösche: „Willst du hochgeehrtes, kraushaariges Rindvieh mit uns tollen Schwimmern baden gehen?"
(Unter den Anfangsbuchstaben der Wörter ist — fast — das ganze ABC vertreten. Die Buchstaben, die nicht mitgemacht haben, ergeben die Antwort.)

Zwei Vierbeiner

Sie passen zusammen wie Kuh und Kalb: Der eine ist groß der andre nur halb.

Auf dem Kalb an der Kuh sitzen wir oft, ich und du.

Rätselauflösung

Was ist das?
Eine Pfanne

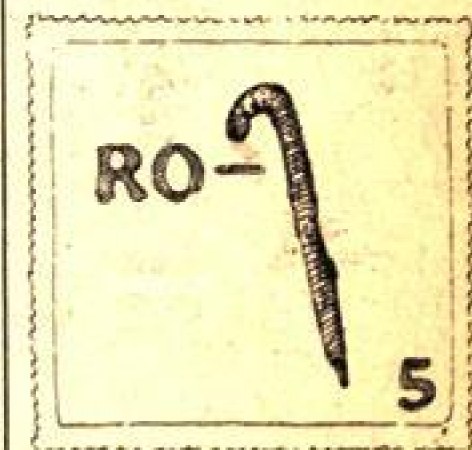
Hat er Lust?
Ja.

Zwei Vierbeiner
Tisch und Stuhl



Aus welchen Städten kommen diese Briefmarken?



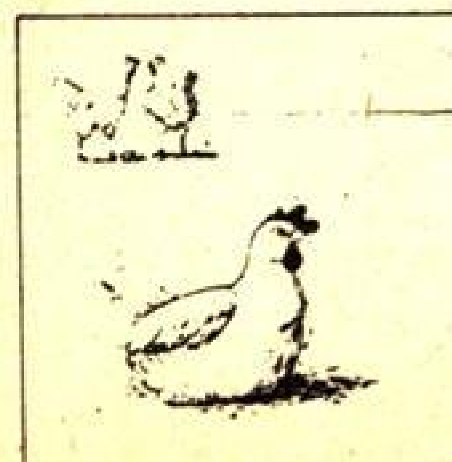


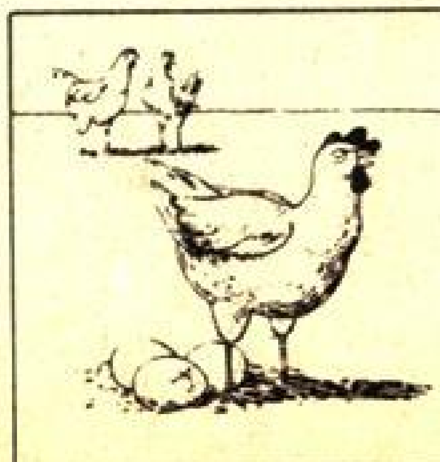


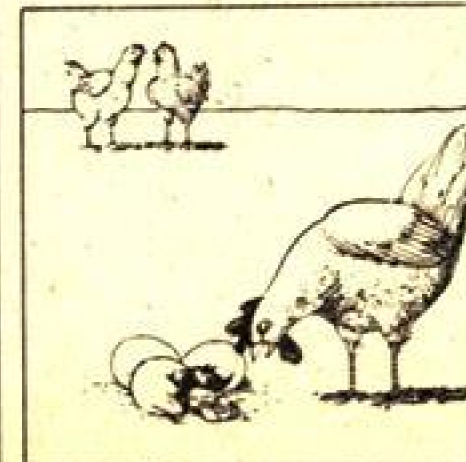


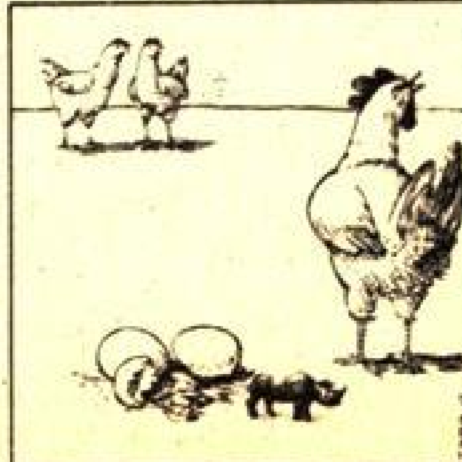


In diese Schuhe paßt jemand hinein.
Ob du ihn zeichnest?









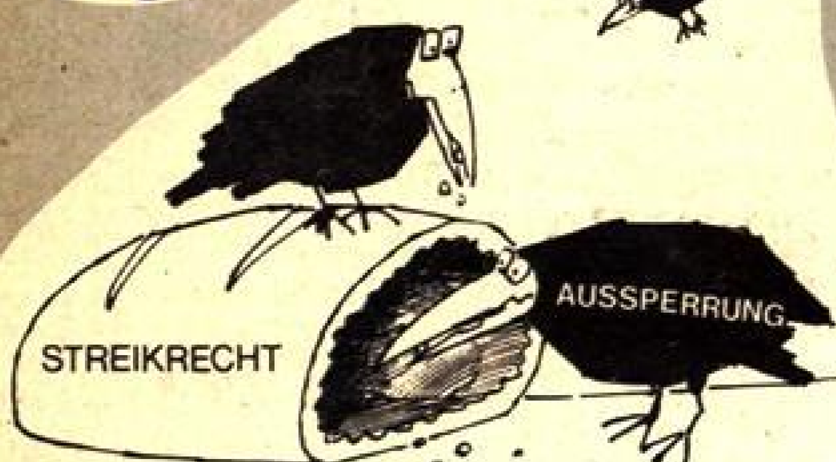


In diese Schuhe paßt jemand hinein.
Ob du ihn zeichnest?

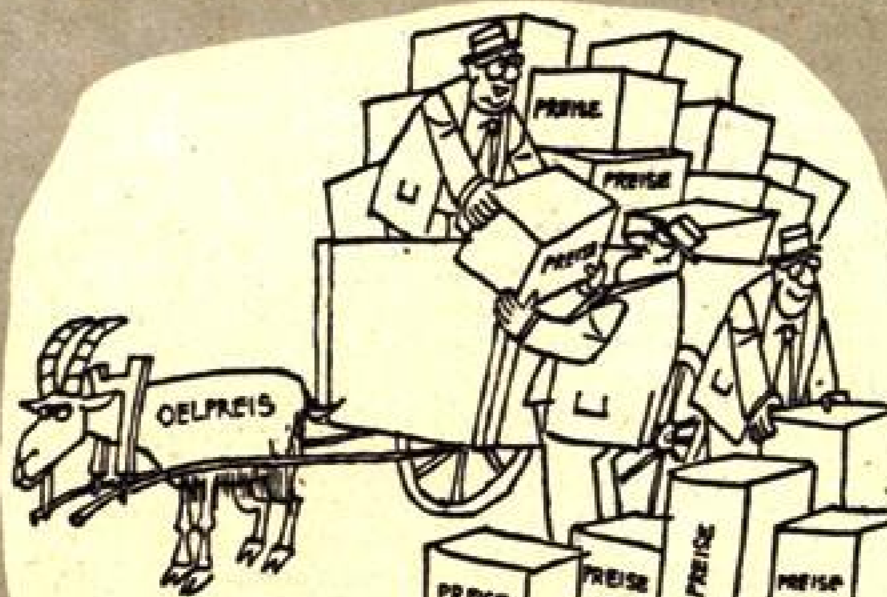


1979 IN DER KARIKATUR





Die Kapitalkrähen knabberten 1979 kräftig an den Grundnahrungsmitteln der Arbeiterklasse.



„Rauf damit! Wenn man schon einmal einen so schönen Sündenbock hat, muß man das auch ausnutzen!"
Aufgrund internationaler Entwicklungen — Stichwort: Ayatollah — ließ sich auch 1979 ein leichtes Anheben des Preisniveaus nicht ganz vermeiden.



„Aufmachen! Ich bin eure liberale, tolerante, elastische und gelenkige Mutti!"
Der Kanzlerkandidat der CDU/CSU begann mit gewohnter Offenheit um das Vertrauen der Wähler zu werben.



„Wir wollten ihm nur die Einladung zum Polizeisportfest überbringen, aber dann hat er eine verdächtige Bewegung gemacht."
Auch in diesem Jahr war die Polizei unermüdlich im Einsatz an der inneren Front für Ruhe, Ordnung und Sicherheit.



Es ist genug Zündmaterial da, um in der neuen Lohnrunde den Kapitalisten kräftig einzuheizen. Aber der Vorstand will wieder nicht.

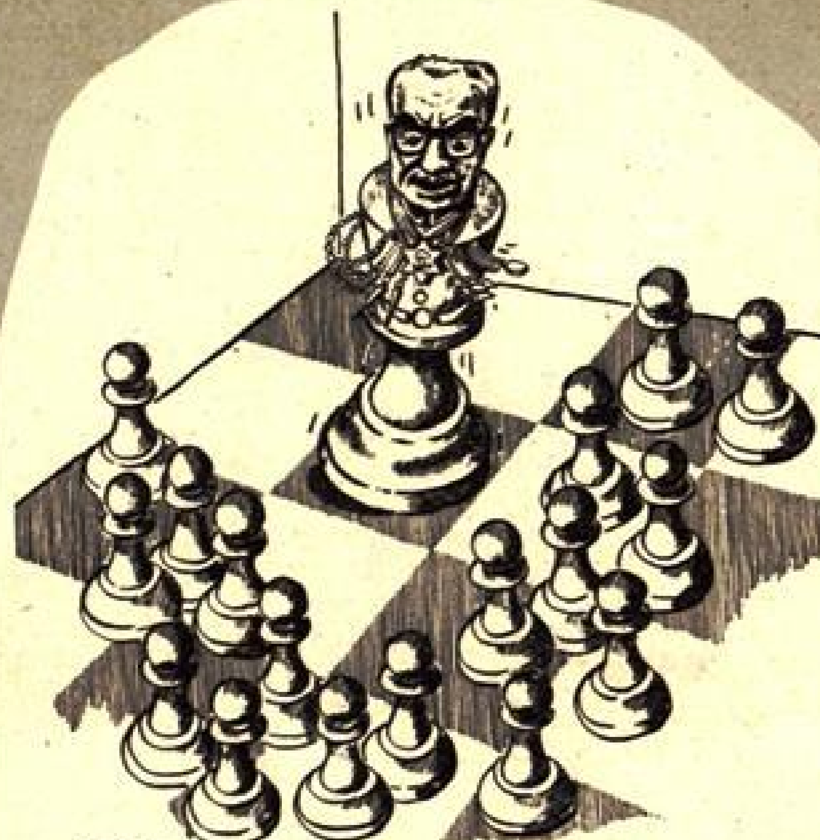


„Blüte! Aber recht geschickt gemacht!"
Auch 1979 wurde dem Lehrstellenmangel und der Jugendarbeitslosigkeit mit Proklamationen, leeren Versprechungen und unverbindlichen Zusagen energisch zu Leibe gerückt.

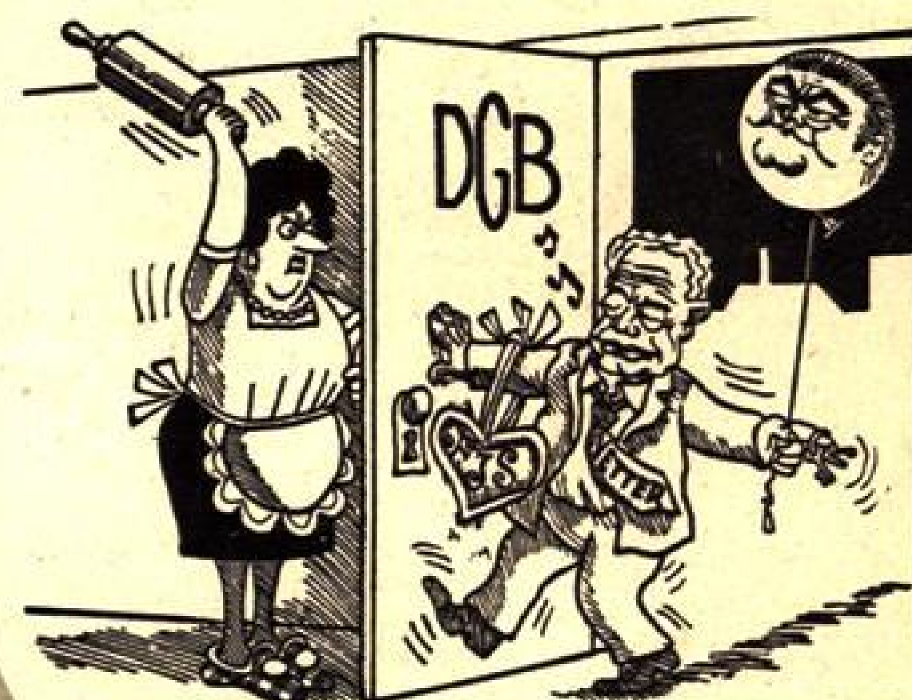
Datenschutz



Das Leben in der Bundesrepublik wurde in diesem Jahr noch übersichtlicher.



Schah — matt!
Für die „Sonne der Arier", Somoza und andere einschlägige Despoten war das vergangene Jahr gar kein gutes Jahr.



Das Treffen Vetter-Strauß stieß bei der Gewerkschaftsbasis nicht unbedingt auf Zustimmung.



„Kein Grund zur Panik: Es ist noch reichlich Grundwasser im Gift!"
Die paar Giftskandale übers Jahr haben entgegen den Schwarzmalereien gewisser interessierter Kreise die ökologische Situation in der Bundesrepublik auch nicht aus dem Gleichgewicht gebracht.



Carstens: „Wer mit mir der Meinung ist, daß wir die NS-Vergangenheit bewältigt haben, den bitte ich um das Handzeichen."
Man sah Carstens als Bundestagspräsidenten, man sieht ihn nun gar als Präsident dieser Republik — und ist von Vergangenheit ganz überwältigt.

